ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 66/2014 ISSN: 2192-6719

EUR 5,00

HELLERSDORF UND DIE FOLGEN


Hellersdorf





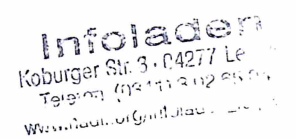
ABBILDUNGEN IM HEFT

✖ Die Schwerpunkt-Bilder entstanden während eines Ausflugs der Redaktion nach Berlin-Hellersdorf.

INHALT

EDITORIAL





GRENZTHEMEN

Auf den ersten Blick erscheint das Thema Grenze aus antirassistischer Perspektive sehr klar und einfach. Grenzen sind Mist und sollen weg. Deshalb heißt eine großartige Kampagne auch »noborder«.
Selbst die EU hat dieses Motto für sich entdeckt. Waren, Kapital und Arbeitskräfte sollten ungehindert zwischen den Mitgliedsstaaten ausgetauscht werden können. Der grenzenlose Markt wird es schon zum Wohle aller richten. Das besagt jedenfalls der ökonomische Glauben seit dem Moralphilosophen Adam Smith. Im Prinzip würde das wohl auch die CSU unterschreiben. Aber der eiserne Vorhang scheint in Bayern noch nicht abgebaut worden zu sein. Jedenfalls bezeichnete die Bavariapartei die Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien pauschal und grenzenlos als Sozialleistungsbetrüger*innen. Es war ihnen offensichtlich ein Bedürfnis eine Grenze zu ziehen zwischen guter Arbeitskräftemobilität und böser »Armutsmigration«. Derselbe Reflex zur Grenzziehung hat wohl auch zu der jahrelangen Blockade gegen den Doppelpass geführt. Menschen, die zwei Staatsbürgerschaften haben – das geht ja gar nicht!
Neben den Staatsgrenzen gibt es aber noch andere politische Grenzen, die uns im letzten halben Jahr beschäftigt haben. Vor allem natürlich die Grenze zwischen Rassismus und nicht Rassismus. Eine einfache Antwort haben uns Reclaim Society gegeben, denen zufolge alle Weißen immer rassistisch sind und alle People of Colour nicht rassistisch. Daraus ergibt sich allerdings eine neue Grenzfrage, ob sich zum Beispiel die ZAG in nichts unterscheidet von Sarrazin? Sarrazin ist nun ganz sicher rassistisch. Nach jeder Definition außer seiner eigenen. Und alle, die das so sehen, sind seiner Ansicht nach Tugendterrorist*innen. Er sieht seine Meinungsfreiheit dadurch gefährdet, dass er kritisiert wird. Dabei ist Meinungsfreiheit immer auch die Meinungsfreiheit derer, die ihn kritisieren. Aber das geht wohl über seine intellektuellen Grenzen hinaus.
Eine andere Grenzüberschreitung hat der Tagesspiegel-Redakteur Sebastian Leber gewagt. Mit seinem Beitrag »Danke, liebe Antifa« hat er in dem bürgerlichen Blatt die Leistungen der Antifa für eine Nazi-freie Berliner Innenstadt gewürdigt. Und wurde dafür in den Online-Kommentaren beschimpft und mit dem Tode bedroht. Nazis eben. Sarrazin fragte die Öffentlichkeit, ob Leber von allen guten Geistern verlassen worden sei. Für diese Grenzüberschreitung wollen wir uns erkenntlich zeigen. Danke, lieber Sebastian Leber.
Aber manchmal ist es auch wichtig, Grenzen aufzuzeigen. Die Partei der Verfassungsschutzfunktionäre (NPD) hat aufgerufen, am 26.4.2014 durch Kreuzberg und am 1.5.2014 durch Neukölln zu laufen. Und die liebe Antifa hat hier im Rahmen eines breiten Bündnisses über die Gewerkschaften bis in die Tagesspiegelleser*innenschaft hinein sehr klar Grenzen gesetzt: No pasaran. Die Nazis sind nicht durchgekommen und haben gleich die Lust verloren, das Ganze in Neukölln zu versuchen. Daher auch von uns an dieser Stelle: »Danke, liebe Antifa«!
Zu sehen, wie die NPD-Demo von der Polizei verteidigt wurde, hat uns daran erinnert, dass die Grenze zwischen Staat und NPD nicht deutlich ist. In Rostock-Lichtenhagen hat die Polizei durch Abwesenheit geglänzt und dadurch fahrlässig Menschenleben gefährdet. Es scheint sich um Versagen gehandelt zu haben. Erst als linke Demonstrant*innen auftauchten, war auch die Polizei zur Stelle. Der NSU-Prozess lässt auch wieder Zweifel aufkommen. Geschredderte Akten, V-Leute und Verfassungsschutzmitarbeitende, die zufällig in der Nähe von Tatorten waren. Ganz zu schweigen von den ganzen »Ermittlungspannen« im Fall Oury Jalloh. Da fragt man sich schon, wo ist die Grenze zwischen unterlassener Hilfeleistung und Mord, zwischen unterlassener Ermittlung und Beihilfe zum Terrorismus.
All dies sind Gründe, warum es weiter eine kritische Öffentlichkeit braucht, die gelegentlich zu militanten Mitteln greift: Die Grenze zwischen der Polizei und den politischen Rassist*innen ist unklar. Wir können nicht darauf vertrauen, dass die Polizei ihren Job macht. Und im Angesicht der vielen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte müssen noch viele Grenzen plattgemacht werden: Zum Beispiel diejenige zwischen Antira und Antifa und die zwischen der radikalen Linken und der linksliberalen politischen Mitte. ✖

Eure ZAG

»VERLEUGNUNG IST EIN SEHR MACHTVOLLER MECHANISMUS«

EIN GESPRÄCH MIT FRANCES HENRY ÜBER DIE POLIZEILICHE PRAXIS DES RACIAL PROFILING

INTERVIEW: HANNAH SCHULTES UND SEBASTIAN FRIEDRICH

Frances Henry, Anthropologin und Historikerin, forscht seit den 1970er Jahren zum Thema institutioneller Rassismus in Kanada. Im Oktober 2012 folgte die emeritierte Professorin der York University in Toronto einer Einladung der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) und sprach auf der Berliner Konferenz »Racial Profiling Reloaded« über Rassismus im Polizeiapparat und Möglichkeiten der Intervention und Dokumentation. Im Zuge ihres Aufenthalts in Berlin fand dieses Interview mit ihr statt.

Sie haben unter anderem zu Rassismus in den Medien, in der Universität, der Kunst, aber auch zur rassistischen Polizeipraxis des Racial Profiling veröffentlicht. War das Thema »rassistische Polizeikontrollen« bereits auf der antirassistischen Agenda, als Sie anfingen, zu Rassismus zu forschen?
Racial Profiling ist ein sehr junger US-amerikanischer Begriff – früher hieß es einfach Rassismus. Der Begriff beschreibt den spezifischen polizeilichen Gebrauch der Technik des Profiling, um bestimmte Individuen zur Zielgruppe zu machen. Menschen mit kritischen, antirassistischen Positionen wussten von Racial Profiling, weil Menschen in der Schwarzen Community es die ganze Zeit erlebten und davon berichteten. Ich war immer an institutionellem Rassismus interessiert, an der Art, wie rassistische Ideologie und rassistisches Verhalten in Praktiken von Organisationen übersetzt wird und daran, wie dies die Menschen in den Organisationen und Institutionen beeinflusst. Ich forsche seit langem zu Rassismus in Kanada und ich bin ziemlich sicher, dass eine Studie, die ich 1974 veröffentlichte, die erste Studie zu Rassismus in Kanada überhaupt war. Das von Carol Tator und mir 2006 veröffentlichte Buch »The Colour of Democracy« lieferte den Beweis für Rassismus in allen gesellschaftlichen Institutionen, auch in der kanadischen Justiz und in der Polizei.

Gab es einen besonderen Anlass, sich Racial Profiling wissenschaftlich zu nähern?
Mein Interesse am Thema wurde durch eine Studie des »Toronto Star« geweckt. Diese Zeitung, die für ihren investigativen Journalismus bekannt ist, führte 2002 eine Studie zu Racial Profiling in der Polizei von Toronto durch. In ihrem Bericht wurde Racial Profiling sehr offensichtlich: hinsichtlich der Anzahl der Kontrollen, der Durchsuchungen, der Ingewahrsamnahmen, der Anklagen, der Schwere der Anklagen, der Verurteilungen, der Möglichkeit auf Kaution entlassen zu werden, die Schwarzen Menschen wesentlich seltener gewährt wurde als Weißen. Das führte zu meinem Interesse am Thema und in Folge führten Carol Tator und ich eine eingehendere Studie zu Racial Profiling durch. In »Racial Profiling in Canada« verschoben wir den Fokus hin zu zwei Dingen. Zum einen enthielt die Studie die Geschichten der Betroffenen, die normalerweise als Einzelberichte abgetan werden und die aus Sicht der Justiz einfach eine Serie von Anekdoten darstellen. Kritische Forschung betont hingegen die Notwendigkeit, die Betroffenen sprechen zu lassen. Der andere Schwerpunkt lag auf der Organisationsweise der Polizei, also auf der autoritären militärähnlichen Struktur, und auf der tatsächlichen Anwendung der Technik des Profiling.

Woher kommt das »racial« im Begriff »Racial Profiling«?
Die Polizei muss eine Serie von Arten, Kriminelle oder Verdächtige zu identifizieren, aufstellen. Sie hat immer gesagt, dass Profiling ein wichtiges Werkzeug ist, um Sicherheit zu gewährleisten. Wir waren der Meinung: Ja, aber wenn race oder das äußere Erscheinungsbild ein Grund wird, um jemanden zu stoppen, der überhaupt nichts getan hat, aber »so aussieht, als könnte er ein Krimineller sein«, weil er Schwarz oder heute auch Muslim ist, wenn es keinen Grund gibt, jemanden zu verdächtigen und dieser Mensch trotzdem gestoppt wird – dann ist es Racial Profiling. Die Erfahrungsberichte der Menschen gaben uns Aufschluss über die Kontrollen. Begründet wurden Stopps zum Beispiel mit »Du siehst aus wie eine gesuchte Person«. Aber wenn man genauer nachfragte, stellte sich heraus, dass sie eine 1,80 Meter große Person mit sehr dunkler Haut suchten, während sie gerade aber einen 1,60 Meter großen Mann kontrolliert hatten, der eher hellere Haut hat. Er sieht also überhaupt nicht aus wie die gesuchte Person. Die Kontrolle basiert allein darauf, welcher rassifizierten Gruppe die Person zugeordnet wird.

Welche Strategien haben die von Ihnen Befragten entwickelt, mit diesen ständigen Schikanen umzugehen?
Driving While Black beschreibt das Phänomen, dass Schwarze Autofahrer – besonders dann wenn sie ein neues teures Auto fahren – überdurchschnittlich häufig kontrolliert werden. Eine weit verbreitete Strategie Schwarzer Autofahrer ist es, ihre Hände sichtbar vom Lenker zu nehmen und hochzuheben, sobald die Polizei sie auffordert, an die Seite ranzufahren, damit diese sehen, dass sie keine Waffe haben. Oder die Fahrer öffnen das Autofenster und strecken ihre Hände raus. Manche Menschen haben ihren Ausweis im Handschuhfach. Eine Regel ist, dass du niemals selbst ins Handschuhfach greifst, um ihn hervorzuholen, sondern erst fragst: »Mein Ausweis ist im Handschuhfach, wollen sie ihn hervorholen?« Und nur wenn der Beamte anordnet, dass der Angehaltene es selbst tun soll, holt er den Ausweis aus dem Handschuhfach.

AKTUELL

Was sagen Polizeibeamte zu Racial Profiling?
Ich konnte nur wenige befragen, denn die meisten sprechen ungern darüber. Verleugnung ist ein sehr machtvoller Mechanismus, der noch heute wirksam ist, obwohl die Existenz von Racial Profiling im Justizsystem zum Beispiel mittlerweile relativ anerkannt ist. Zu ihrer Verteidigung sagen Teile der Polizei immer noch, dass es kein Racial Profiling gibt. Die Forschung zeigt aber, dass sie es entgegen eigener Aussagen tun. Wenn Polizeibeamte angeklagt werden, ist es immer noch so, dass kein Gericht die Polizei verurteilt. Sie lügen füreinander, ändern ihre offiziellen Notizen oder »verlieren« sie.

Sehen Sie Strategien oder mögliche Allianzen, die effektiv sein könnten gegen Racial Profiling?
Ich weiß nicht, ob ich das beantworten kann. In Kanada gibt es, wie in den meisten US-amerikanischen Staaten, zivilgesellschaftliche Kontrolle, aber sie ist nicht sehr weitgehend, da sie die undurchdringbare Wand der Polizeikultur nicht tangiert. Ich war auf vielen Konferenzen und die Polizei ist immer dabei. Das sind kooperative, freundliche Beamte, die dort etwas lernen sollen und wollen. Aber das ändert nicht ihr Verhalten oder die Polizeikultur, von der sie ein Teil sind. Deshalb frage ich mich: Allianzen mit wem? In vielen Staaten gibt es zivilgesellschaftliche Gruppen, die die Polizei einladen, um mit ihnen von Mensch zu Mensch zu sprechen, und das funktioniert, um die Beziehung zur Polizei zu verbessern – an der Praxis des Racial Profiling ändert das nichts.

Was bleibt ist also, die Betroffenenseite zu stärken.
Es ist vielleicht eine Frage der Entwicklung. Wir waren damals in einer Gruppe namens *Black Action Defense Committee*, die aus Schwarzen Aktivist_innen und weißen Unterstützer_innen bestand. Diese radikale Gruppe organisierte Proteste im Rahmen des Legalen und ging zu den Gerichtsprozessen. Sie sprachen niemals mit der Polizei. Um diese Gruppe ist es sehr still geworden. Der Grund dafür ist wahrscheinlich, dass die Leute keine Erfolge mehr sahen. Jetzt gibt es mehr Verhandlungen, zu denen die Polizei routinemäßig eingeladen wird, sodass es eine bessere Interaktion gibt. Ich gehe davon aus, dass auf eine Entwicklungsphase von Widerstand auch eine Phase folgt, in der man sich gezwungen sieht, mit der Polizei zu sprechen.

Über welche Bereiche aktivistischer Arbeit können Erfolge erzielt werden?
Wir haben auch Öffentlichkeitsarbeit geleistet und natürlich ist es nie genug, aber das Thema ist eindeutig präsenter als zuvor. Einige progressive Richter_innen akzeptieren, dass Anwält_innen anführen, ihre Mandant_innen seien Opfer von Racial Profiling geworden und lassen sie dafür Beweise vorbringen. Ein sehr großer Erfolg ist also meiner Meinung nach die Anerkennung durch das Gericht, das heißt, dass der Vorwurf des Racial Profiling in der Verteidigung zulässig ist. Allerdings betrifft das nur eine geringe Anzahl von Gerichten in Großstädten.

Welche wichtigen Änderungen in der polizeilichen Praxis gibt es, seitdem sie mit Carol Tator die Studie zu Racial Profiling in Kanada veröffentlicht haben?
Es gibt einige neue Techniken, die die Polizei in Kanada und den USA nutzt, wie zum Beispiel *carding*. Jedes Mal, wenn sie jemanden stoppen, müssen sie ein Formular ausfüllen, in dem auch *race* und Ethnizität der Kontrollierten vermerkt wird. Das ist nützlich für die Forschung, um zu zeigen, dass rassistisch selektiert wurde, aber einfach nicht logisch. Dass eine Handlung als Racial Profiling erkennbar wird, ist ja schon das Resultat eines rassistisch motivierten Stopps. Wir erheben dann zum Beispiel über einen achtzehnmonatigen Zeitraum Daten und zeigen: Ja, sie haben mehr Schwarze und People of Colour als weiße Menschen kontrolliert, also hat Racial Profiling stattgefunden. Aber dann ist es ja schon zu spät, diese Leute wurden schon kontrolliert.

Gibt es noch andere Möglichkeiten für kritische Wissenschaftler_innen, Racial Profiling nachzuweisen?
Es ist fast unmöglich, jenseits der Auswertung des carding verlässliche Daten zu erheben. Die Institution der Polizei ist dafür nicht offen. Wenn du den Beamten zeigst, dass sie Schwarze Menschen häufiger kontrolliert haben, sagen sie: »Das haben wir ja nicht getan, weil wir rassistisch selektieren, sondern weil sie möglicherweise in kriminelle Aktivitäten involviert waren.« Man kann immer nur rückblickend erheben und ist dann mit diesen Rechtfertigungsstrategien konfrontiert. Also geht man zu den Betroffenen, deren geschilderte Erfahrungen aber in der Forschung als subjektive, anekdotenhafte Beweise gesehen werden. Wir wissen, dass Racial Profiling als Prinzip in der Polizeiarbeit existiert, aber dieses Wissen ist nicht gleichbedeutend mit dem wissenschaftlichen Nachweis, der bezeugt, dass es existiert. ✖

IM SÜDEN NICHTS NEUES

VERSCHLECHTERUNG DER SITUATION VON ARBEITSMIGRANT_INNEN IM SPANISCHEN JAÉN, DEM GRÖSSTEN OLIVENANBAUGEBIET DER WELT

LAURA-SOLMAZ LITSCHEL

Im Dezember 2013 erfror ein Arbeiter aus dem Maghreb im südspanischen Jaén in einem Auto. Die polizeiliche Untersuchung ergab, dass der Mann seit längerem in dem Auto gelebt hatte. Er hatte in dieser Saison keine Arbeit finden können und so auch keine Unterkunft. Die festgestellte Todesursache bei dem 40-Jährigen war »Herzstillstand«. Einige Freunde hatten versucht ihn noch in ein Krankenhaus zu bringen, dort verstarb er in der Notaufnahme.

Dieser Fall ist exemplarisch für die Situation vieler Arbeitsmigrant_innen in Andalusien während der Wirtschaftskrise. Sie durchqueren das ganze Jahr lang Spanien und bieten je nach Saison ihre Arbeitskraft an: in der Erdbeerernte in Huelva, der Obst- und Gemüseernte in Almeria und der Olivenernte in Jaén. Die meisten können sich im Gegensatz zu den Spanier_innen keine Unterkunft in Jaén leisten. So sind sie auf den ihnen rechtlich zustehenden Schlafplatz besonders angewiesen. Die zu geringe Zahl der vorhandenen Schlafplätze in der Provinz Jaén ist allen Beteiligten, vom Bürgermeister bis hin zur bürgerlichen Öffentlichkeit, bekannt – ändern will das allerdings niemand. Jetzt, wo es aufgrund der prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt genug Spanier_innen gibt, die zur ehemals unbeliebten, kräftezehrenden Feldarbeit bereit sind, sind die Arbeitsmigrant_innen vielen ein Dorn im Auge. Obwohl es in dem Gebiet Jaén inzwischen nur noch Arbeitnehmer_innen »con papeles« (mit Papieren) gibt, sind die Arbeitsmigrant_innen in Zeiten der Krise verstärkt rassistischen Diskriminierungen ausgesetzt. In der letzten Saison waren etwa 90.000 Arbeiter_innen in der Region beschäftigt, von denen ein großer Teil zur Arbeit nach Spanien migriert ist. Die Migrant_innen kommen vor allem aus den Maghreb-Staaten, aber auch aus Osteuropa.
»Sie [die im Senegal gebliebenen] glauben, Europa ist Eldorado, dass es, wenn sie kommen, mehr Geld gibt und alles viel einfacher ist. Aber ich sage ihnen: NEIN, es ist viel schwerer hier. Es ist wie im Senegal hier. Hier gibt es zu viele Leute, die arbeiten wollen.« [Zitat aus einem Interview mit einer Person aus dem Senegal, die inzwischen dorthin zurück gekehrt ist.]

KÄMPFE UM ARBEIT STATT ARBEITSKÄMPFE

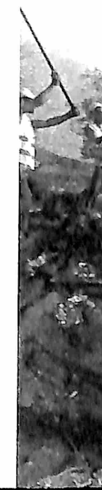
Durch die Krise im Bausektor versuchen viele Spanier_innen im landwirtschaftlichen Bereich Arbeit zu finden. Sie verdrängen damit die migrantischen Arbeiter_innen, die zum Teil seit vielen Jahren bei den gleichen Arbeitgeber_innen beschäftigt sind. Die Arbeitgeber_innen treffen die Auswahl ihrer Arbeitnehmer_innen zunehmend nach rassistischen oder sexistischen Kriterien. So werden seit dem Erstarken der Krise bei einem früher ausgeglichenen Geschlechterverhältnis heute nur noch etwa 20 % Frauen eingestellt. Obwohl Frauen schon lange in der Landwirtschaft beschäftigt sind, wird hier wieder mit antiquierten sexistischen Stigmatisierungen wie »körperlicher Unterlegenheit« und »weiblicher Schwäche« argumentiert. Für diejenigen, die keine Arbeit finden, hat das oft Obdachlosigkeit zur Folge oder, meist bei Frauen, Abhängigkeit vom verdienenden Lebenspartner. Das Problem der Obdachlosigkeit und der daraus folgenden Unmöglichkeit sich selber wieder aus dieser Situation zu befreien, da die finanziellen Mittel fehlen, ist neu und durch die Krise bedingt. Schwierig war die Situation von PoC-Arbeiter_innen u. a. bedingt durch die schlechte Bezahlung schon lange. Dabei spekulieren die Farmbesitzer_innen u. a. auf Sprachbarrieren und die damit einhergehende Angst der Arbeiter_innen, ihre Rechte einzufordern, wie der Sprecher der Gewerkschaft SAT-Jaén (Sindicato Andaluz de Trabajadores/-as), Andrés Bódalo, berichtet. Dennoch gab es vor der Krise im Unterschied zu heute genug Arbeit.
In Andalusien beträgt die Arbeitslosenrate inzwischen bis zu 35 % und in vielen Städten erstarkt dadurch die rechte Szene. Auch in Jaén sind die »Stop Inmigración« und Pro-Franco-Graffitis kaum zu übersehen und die »Abtreibung ist Mord«-Plakate an jeder Laterne bestärken den Eindruck einer rechtskonservativen Umgebung. Während Ende der 90er Jahre und Anfang der 2000er noch viele Arbeiter_innen ohne Papiere in Jaén beschäftigt waren, hat sich das inzwischen massiv geändert:
»Hier haben alle Arbeiter Papiere... Hier in der Provinz Jaén achten sie sehr darauf, alles vertraglich festzuhalten [...] Aufenthaltsgenehmigung, Pass und alles. Es gab ein Jahr, das Jahr 2000, als viel zu wenig Arbeiter_innen vorhanden waren. Damals haben alle, auch die Regierung, weg geschaut, damit alle Leute ohne und mit Papieren arbeiteten, aber das was sie interessiert hat, war das Kapital.« [Andrés Bodaló, Sprecher der SAT Jaén].

Der Besitz von Papieren erleichtert die Situation für die Betroffenen also nicht per se. Die Ausgrenzungen und Ausschlüsse verschieben sich nur, weshalb antirassistische Kämpfe nicht bei der Forderung nach »Papieren für Alle« stehen bleiben dürfen. Durch das von der EU angestrebte System der »Ursprungsverträge«, in der die Rückkehr in das Herkunftsland nach getaner Arbeit schon im Vertrag inbegriffen ist, wird diese Art der Ausbeutung zudem legalisiert.

WOHNEN, UM ZU ARBEITEN

In Jaén gibt es 24 Unterkunftsmöglichkeiten mit 800 Schlafplätzen für Arbeitsmigrant_innen, deren Ausstattung absolut ungenügend ist. Am Stadtrand von Jaén liegt beispielsweise eine große Lagerhalle, in der etwa hundert Männer, alles PoC-Personen, untergebracht sind.





Die Bewohner müssen ihre Kleider an einem Bauzaun trocknen. Die Halle ist kaum beheizt und erfüllt nicht mal hygienische Mindeststandards.
Um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können, müssen die Arbeiter_innen einige Tage vor Beginn der Saison anreisen, um einen der nun wieder begehrten Arbeitsplätze zu bekommen. Ende letzten Jahres weigerte sich der Bürgermeister der Provinz Úbeda, Teil der Region Jaén, das örtliche Sportstadion als Schlafplatz zur Verfügung zu stellen. Nur diejenigen, die auch später in Úbeda arbeiten würden, sollten auf die wenigen festen Wohnplätze verteilt werden. Alle anderen müssen während der Arbeitssuche gucken wo sie bleiben. Dies war eine drastische Veränderung zu den Vorjahren, vermutlich bedingt durch die Krise und wachsenden Unmut gegen die Migrant_innen. Das Ergebnis war, dass 150 Personen im Dezember bei Temperaturen bis zu -5°C tagelang in einer Shoppingmall unterkommen mussten. Erst durch das Eingreifen der Gewerkschaft SAT, die abgesehen von den Betroffenen selbst als einziger antirassistisch-intervenierender Gegenpol gesehen werden kann, kam es zu einer kleinen Verbesserung der Situation: Gemeinsam mit den Betroffenen besetzten vier SAT-Mitglieder eine Kirche, um dort zu nächtigen. Die SAT-Mitglieder sind jedoch oftmals überfordert mit der vielen Arbeit. Der einzige Festangestellte, Andrés Bódalo, muss sich seit Februar auch noch aufgrund diverser Anklagen bezüglich seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten vor Gericht verantworten.

DIE FELDER GLOBALER AUSEINANDERSETZUNGEN

Zentrale Akteure sind Großkonzerne wie Carrefour und die Zwischenhändler, deren Produkte sich später bei Discountern im Regal wiederfinden. Sie erhöhen den Marktdruck und bestimmen die Preise. Die Spaltung der Arbeiter_innen, und damit die Ausgrenzung von Migranten und Frauen, ist nur eine Folge davon: Ein weiterer Faktor ist die massive Umweltzerstörung. In der ganzen Provinz Jaén werden fast ausschließlich Monokulturen von Monsanto angebaut, da mit Monsanto-Saatgut und chemischen Mitteln die Olivenbäume wesentlich mehr tragen. Verlässt man die Stadt Jaén und fährt durch die Olivenplantagen der Region, fallen die Tonnen an Oliven auf, die nicht mehr geerntet werden. Denn die Arbeitskraft für die Ernte der Oliven ist teurer, als die Oliven einfach an den Bäumen oder auf der Erde verrotten zu lassen.

Der Widerspruch, dass Oliven mit Monsanto-Saatgut und Chemikalien auf maximalen Ertrag hin angebaut werden, obwohl es am Ende unrentabel ist, alle Bäume abzuernten, fällt besonders ins Auge. Das war vor einigen Jahren noch anders, aber durch fallende Preise und zunehmenden Einsatz von Maschinen müssen die Farmbesitzer nachziehen. So klagt ein Großgrundbesitzer bei der Arbeit auf seinem Feld:
»Es kann nicht sein, dass eine Flasche Olivenöl im Supermarkt zum Teil billiger ist als eine Flasche Wasser.« [Ein spanischer Bauer]

Die wirklich »großen Fische« sind die großen Supermarktketten, gerade aus Deutschland, das einer der größten Abnehmer des spanischen Olivenöls ist. Wer also in Supermärkten wie Lidl, Edeka oder Kaufland billiges Olivenöl aus Spanien kauft, sollte sich darüber im Klaren sein, welches System damit finanziell unterstützt wird. Menschen werden in prekäre Lebenssituationen gedrängt, in denen ihnen ein aktives Handeln und eine Selbstermächtigung aufgrund von strukturellem Rassismus beinahe unmöglich gemacht werden. ✖

INFORMATIONEN ZUM TEXT:

- *Der vorliegende Artikel ist Ergebnis einer halbjährlichen Forschung zur gewerkschaftlichen Organisierung der Sindicato Andaluz de Trabajadores/-as - SAT in der andalusischen Provinz Jaén und zu der Situation von Arbeitsmigrant_innen aus den Maghreb-Staaten, die selbstverständlich zum Teil auch gewerkschaftlich organisiert sind. Die Interviewpassagen sind von der Autorin frei aus dem Spanischen übersetzt. Es soll an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass durch Übersetzung von Inhalten auch immer eine Interpretation stattfindet, die Verzerrungen nach sich ziehen kann.*

QUELLEN:

- *El SAT ›ocupa‹ una iglesia de Úbeda para dar cobijo a los temporeros. Unos ochenta inmigrantes, conducidos por el sindicato, se refugian en una parroquia: [unter:* www.elmundo.es/andalucia/2013/11/28/5297ad0c63fd3d97378b4584.html].
- *Tercera Informacion: »Intentan detener al responsable del SAT en Jaén, Andrés Bódalo« 08. 03. 2014: [unter: www.tercerainformacion.es/spip.php?article65232].*
- *Vivas, Esther/ Montagut, Xavier (Hrsg.) 2007: »Supermercados, no gracias«.*







SO WENIG UNION WAR NIE.

CHRISTDEMOKRAT*INNEN, KONSERVATIVE UND RECHTSPOPULIST*INNEN IM EUROPAWAHLKAMPF

■ ALBAN WERNER, ZAG

Wahlkämpfe sind aufschlussreiche Zeiten für politische Beobachter*innen. Parteien - trotz aller Wandlungen immer noch die wichtigsten politischen Mitgliedsorganisationen - müssen im Wahlkampf nicht nur nach innen mobilisieren (wie vor Parteitagen, wenn die Leitfiguren unterschiedlicher »Flügel« ihre Bataillone sammeln müssen), sondern auch nach außen. Für die politische Gemengelage sind Wahlkämpfe nicht immer zwingend die wichtigsten Stimmungsanzeiger, aber die folgenreichsten. Während des Europawahlkampfes 2014 wurde in den meisten Mainstream-Medien die Befürchtung großgeschrieben, rechtspopulistische Parteien könnten vom Urnengang zum Europäischen Parlament zwischen dem 22. und 25. Mai am stärksten profitieren.

Den Ruf hörten alsbald die zuständigen Intellektuellen: Einem Appell von Ulrich Beck folgend erklärten im März unter der Überschrift *»Wählt Europa«* u.a. der Frankfurter Philosoph Jürgen Habermas, der Ex-Kommissionspräsident Jacques Delors, die Budapester Praxisphilosophin Ágnes Heller und der deutsche Regisseur Volker Schlöndorff: *»Die antieuropäischen Parteien und ihre Kandidaten wollen demokratisch gewählt werden, um die Demokratie in Europa zu untergraben. Wir fordern die Bürger Europas auf, dieser politischen Selbstmordattacke ihre Stimme zu verweigern«*. Es handelte sich um einen kaum verhüllten Wahlaufruf zugunsten der europäischen Sozialdemokratie, die mit dem amtierenden EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz als Kandidaten für die EU-Kommissionspräsidentschaft ins Rennen gegangen war. Doch wogegen schrieb die linksliberale Deutungselite da eigentlich an?

»WIR WOLL'N UNSERN SARKOZY WIEDERHABEN!«

Obwohl es einige Gemeinsamkeiten gibt, konnte von »der« konservativen oder »der« rechtspopulistischen Position im Europawahlkampf schlechthin keine Rede sein. Die größte Gemeinsamkeit bestand noch darin, dass unter den Parteien rechts von der sogenannten »politischen Mitte« niemand nach »mehr EU«, mehr Vergemeinschaftung politischer Kompetenzen rief; die Zeit der EU-Begeisterung zumindest einiger konservativer und christdemokratischer Parteien scheint beendet. Ansonsten aber gab es im Wahlkampf wenig Einigkeit. Zu unterschiedliche Schwerpunkte bestanden nicht nur zwischen den Parteien rechts von Liberalen und Sozialdemokratie in den jeweiligen Ländern, sondern auch zwischen ähnlichen Parteien in unterschiedlichen Ländern. Befremdlich musste für ausländische Beobachter*innen etwa die Kampagne der gaullistischen *UMP (Union pour un mouvement populaire)* anmuten. Das erste Drittel ihres Wahlprogramms nutzten die Gaullist*innen dazu, ihren 2012 abgewählten Präsidenten Nicolas Sarkozy frenetisch abzufeiern. Unter Sarkozy hatte Frankreich noch etwas zu sagen in Europa, so der Tenor, und habe zusammen mit Merkels Deutschland in der ersten Reihe mitgespielt. Nun, unter dem Sozialisten François Hollande, ginge es schnell bergab. Vermutlich würden selbst viele konservative Wähler*innen in den »Krisenländern« Griechenland, Portugal, Irland, Spanien oder Italien das ehemalige deutsch-französische Führungsduo anders bewerten, verdanken sie »Merkozy« doch beispiellose Sparauflagen, Lohn- und Rentenkürzungen und eine historisch einmalig hohe (Jugend)Arbeitslosigkeit. Die UMP lehnte weitere Erweiterungsrunden der EU ab. Die EU müsse ihre Wurzeln und ihre Grenzen kennen, deswegen stünde auch der Türkei keine Beitrittsperspektive zu. Man hatte sich immerhin zur Kenntnisnahme der humanitären Notlage für Geflüchtete durchringen können - konkret gefordert wurden jedoch Verschärfungen des europäischen Grenzregimes: Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex und Aussetzung des Schengen-Abkommens, falls die neuen Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien nicht jeweils bei der Grenzsicherung nachlegen.

Die Position ist kein Zufall - die UMP hatte von rechts eine ernstzunehmende Konkurrenz durch den *Front National (FN)* unter Marine Le Pen bekommen. Diese will nach ihren Erfolgen bei der Präsidentschaftskandidatur 2012 (Drittplatzierte hinter Hollande und Sarkozy) und den Kommunalwahlen im März 2014 zum nächsten Erfolg eilen zwischenzeitlich war der FN sogar Spitzenreiter bei landesweiten Umfragen, später überholte ihn die UMP wieder. Auf ein Wahlprogramm hatte der FN diesmal verzichtet. Dass ein von Marine Le Pen regiertes Frankreich das Schengen-Abkommen sofort verlassen, den Franc als landeseigene Währung wieder einführen sowie Roma und Sinti sofort massenweise abschieben wollte, hatten ihre Wähler*innen noch gut im Gedächtnis. Internationales Aufsehen erregte Le Pens Ankündigung, mit der Partij voor de Vrijheid (PVV) des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders zusammen im Europäischen Parlament eine Fraktion gründen zu wollen. Beide eint ihre offene Gegnerschaft zum Islam, den Le Pen allerdings mit einer Rhetorik des Laizismus, Wilders mit offen anti-muslimischem Rassismus als Feindbild bekämpft. Auf die Rhetorik von Mitte-Rechts und ganz rechts reagierten die Sozialist*innen von François Hollande bemerkenswert hilflos. Hollandes Kurswechsel vom Frühjahr 2014 zu einem unternehmens- und Neoliberalismusfreundlichen Sparkurs gab der UMP Gelegenheit, sich als die Partei noch weitergehender »Reformen« darzustellen, während der FN sich als Verteidiger sozialer Besitzstände profilierte.

»DIE INSEL IST VOLL!«

Was dem Front National gelungen war, schaffte im April auch die United Kingdom Independence Party (UKIP) des ehemaligen Konservativen Nigel Farage: Sie überholte in den Umfragen die oppositionelle Labour Party unter Ed Miliband in den Umfragen zur Europawahl. Im Vereinigten Königreich war die »EU-phorie« in der politischen Elite nie so stark verbreitet wie in Deutschland oder Frankreich. Die konservative Partei (Tories) verfügte traditionell über einen integrations-skeptischen Flügel, der sich z.B. den Beitragsrabatt der Insel als Erfolg auf die Fahnen schrieb. Die UKIP ist insofern bloß die konsequenteste Vertreterin einer Strömung, die sich quer durch die Bevölkerung zieht. UKIP-Kandidat*innen zum

Europäischen Parlament sagten daher, sie hätten alle »*ein übergreifendes Ziel: Uns selbst überflüssig zu machen, indem wir Großbritannien aus der EU herausführen und dem Königreich die Macht zurückgeben, uns selbst zu regieren. Wir wollen unser Land zurück. Sie etwa nicht?*«. Zunahme von Einwanderung auf die Insel war UKIP zufolge die Wurzel (fast) allen Übels: Ob (Jugend)Arbeitslosigkeit, Lohndumping, überfüllte Schulen oder überlastetes öffentliches Gesundheitswesen. Selbst schwindende Grünflächen wurden auf Zunahme von Migration zurückgeführt – die Insel sei voll. »Wir sind die einzige Partei, die die Wahrheit sagt über Einwanderung, Arbeitsplätze und Wohnraum«, und die die Interessen des Volks wirklich ernst nehme, so ihr Sprecher Nigel Farage. Gegen Rassismusvorwürfe verwahrte sich die Partei des »Klartext« – allerdings sah sie zuletzt Ausschlussverfahren gegen zwei Mitglieder als notwendig an, die ihre frühere Mitwirkung bei der faschistischen British National Party (BNP) bzw. der rassistisch-anti-muslimischen English Defense League (EDL) verschwiegen hatten.

Im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft ihres Landes geht der Riss mitten durch die Tories hindurch. Während die Führung unter Ministerpräsident David Cameron die Mitgliedschaftsbedingungen mit der EU nachverhandeln wollte, verlangte der rechtere Flügel den »BrExit«. Selbst die bloße Freihandelszone, auf die Cameron die EU gern reduzieren wollte, war den rechten Tories noch zu viel. Man einigte sich auf eine Volksabstimmung im Jahr 2017 – taktisch klug angesetzt erst nach der nächsten Wahl des britischen Unterhauses 2015: Da die Labour Party und eigentlich auch die mit den Tories koalierenden Liberaldemokrat*innen kein Referendum wollen, bekäme eine Stimme für die Tories zusätzliches Gewicht. UKIP entgegnete, man solle bereits die Europawahl 2014 als Referendum nutzen – und natürlich ihre Partei wählen. Programm und Rhetorik von UKIP und Tories ähnelten sich bemerkenswert: Sie waren einig, die Zuwanderung begrenzen zu wollen und hatten ähnlich der bayrischen CSU den »Sozialtourismus« (benefit tourism), sprich missbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialleistungen von Migrant*innen als Bedrohung des Landes ausgemacht. Ein anderes Feindbild war der (nicht zur EU gehörende) Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dessen Urteile einer minderheitenfeindlichen Innenpolitik Grenzen setzen.

Noch unübersichtlicher im britischen rechtsdemokratischen Spektrum wurde die Lage durch die Gründung der »4 Freedoms Party – UK EPP«. Darin hatten sich EU-freundliche Konservative zusammengeschlossen, die den Austritt der Tories aus der Europäischen Volkspartei (EPP) und deren Fraktion im Europaparlament vor fünf Jahren für einen Fehler halten. Ihr Sprecher Dirk Harness kritisierte in einem beinahe sozialliberal anmutenden Ton die regierende konservativ-liberale Koalition für ihre Politik gegen Migrant*innen und Obdachlose sowie für das Verkommenlassen öffentlicher Infrastruktur. Die Resonanz für die UK EPP ist noch überschaubar (die Partei wird zunächst nur in London mit Kandidat*innen antreten). Dennoch ist es bemerkenswert, dass ihr »mitfühlender« Konservatismus Anhänger*innen fand, der bemerkenswerte Rechtsruck durch Tories und UKIP also selbst für Konservative nicht alternativlos war.

KAMPF ZWEIER LINIEN

Gegen die britische und die französische Szenerie wirkte der deutsche Wahlkampf geradezu bieder und langweilig. Für den antirassistisch geschulten Blick bot das CDU-Programm nur einen wesentlichen Aufreger, wiederum im Bereich der Migration. Recycelt wurden aus dem Bundestagswahlkampf Forderungen, die befürchtete »ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen« noch besser einzuschränken, sowie Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Albanien und Montenegro als »sichere Drittstaaten« einzustufen, womit alle Geflüchteten aus diesen Ländern die Aussicht auf Asyl in Deutschland verlören. Hier sattelte die mit einem eigenen Programm angetretene CSU noch die Forderung nach Erweiterungsstopp für die EU auf, wodurch auch ein EU-Beitritt der Türkei hinfällig wäre. Wie die christlichen Werte und der Humanismus, die die CSU als »geistige Fundamente« der EU verbindlich anerkannt haben wollte, sich mit der geforderten restriktiven Abschottungs- und Abschiebepolitik vertragen, blieb das Geheimnis von Horst Seehofers Partei.

Die CSU bemühte sich jedenfalls erfolgreich, sich von der erstmals und mit sicherer Erfolgsaussicht kandidierenden Alternative für Deutschland (AfD) migrationspolitisch nicht rechts überholen zu lassen.

Im Programm der AfD fehlten nahezu alle klassischen rechtspopulistischen Feindbilder. Der Islam kam gar nicht vor. Wohl inspiriert vom Spitzenkandidaten und Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel, der auch Pro Asyl und Amnesty International unterstützt, hatte man eher liberal anmutende migrations- und asylpolitische Forderungen hineingeschrieben. Die Führungsriege der AfD um den ordoliberalen Ökonomen Bernd Lucke interessiert sich nicht für Hautfarbe, Religion oder Herkunft, sondern sortiert Menschen nach ihrer wirtschaftlichen »Nützlichkeit«; man orientierte sich ausdrücklich an den EU-skeptischen Tories. Der rechtere Flügel der AfD, vor allem die Jugendorganisation, scheint aber eine originär rechtspopulistische Partei à la UKIP zu wollen. Entsprechend luden sie im März Nigel Farage zu einer Veranstaltung nach Köln ein, Bernd Lucke protestierte erfolglos. Während Merkels CDU Zuwanderung entpolitisierte und Abschiebemöglichkeiten zum technischen Problem erklärte und Horst Seehofers CSU sich rechtzeitig vor Wahlen von der rechtspopulistischen Seite zeigte, fand in der AfD ein Kampf zweier Linien statt, wie man es denn eigentlich halten wolle mit Islam, Geflüchteten, Integration und der »Leitkultur«. Antirassistische Wachsamkeit bleibt weiter das Gebot – europaweit. ✖

DER BALKAN IST SICHER

DIE BUNDESREGIERUNG WILL ROMA SCHNELLER ABSCHIEBEN

▮ ANDREAS NOWAK, ZAG

Auf Vorschlag von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) beschloss das Kabinett auf seiner Sitzung am 30. April 2014 einen Gesetzentwurf, mit dem die Sucche nach Asyl von Menschen aus den Balkanstaaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien eingegrenzt werden soll; diese sollen künftig zu »sicheren Herkunftsstaaten« erklärt werden. Eine entsprechende Regelung zu Albanien und Montenegro wurde aufgeschoben.

Bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD wurde vereinbart »die Westbalkanstaaten« als sichere Herkunftsstaaten einzustufen, »um aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können«. Da nach der Definition Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten keine politische Verfolgung befürchten müssten, werden ihre Anträge regelmäßig als unbegründet abgelehnt (§29 a AsylVfG). Sie haben erst dann einen Anspruch auf ein Asylprüfungsverfahren, wenn sie besondere Tatsachen der Verfolgung glaubhaft machen können.

Nun macht das Ministerium Nägel mit Köpfen und will die Liste sicherer Herkunftsstaaten um die fünf genannten ergänzen. Bisher gelten neben den Mitgliedstaaten der EU Ghana und Senegal als sichere Herkunftsstaaten, in denen »weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet«. Die CSU freut sich über diese schnelle Umsetzung. Ihr Generalsekretär Andreas Scheuer begrüßte die Pläne. »Damit wird eine Kernforderung der CSU erfüllt«. Das ganze politische Projekt halten manche für eine Retourkutsche, da sich die SPD bei der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft und der Optionsmöglichkeit durchgesetzt hätte. Indem die CSU in der Frage des Asylrechts zum Zuge käme, würde der Koalitionsfrieden bewahrt. Sie hatte schon während des Wahlkampfs gegen die »Armutszuwanderung« gewettert. Insbesondere die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien sollte diskreditiert werden. Die CSU will aber offenbar nicht nur in der Frage der Balkanstaaten, die nicht Mitglied der EU sind, voran preschen, sondern auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Menschen aus der EU einschränken, die in der BRD Arbeit suchen. Deren Aufenthaltsrecht soll strenger gehandhabt werden: »Jeder EU-Bürger darf sich 90 Tage lang in einem anderen EU-Land aufhalten, um sich eine Arbeitsstelle zu suchen. In dieser Zeit hat er keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Und er muss in sein Land zurückkehren, wenn er keinen Job findet«, so Markus Ferber, EU-Parlamentarier aus der CSU.

AUSLÄNDERFEINDLICHE KAMPAGNE

Die Diskussion innerhalb der Regierungskoalition um Zuwanderung hatte sich Anfang des Jahres zugespitzt. Die CDU/CSU verwies dabei auf die steigenden Zahlen von Asylsuchenden in der BRD. So ist die Anzahl der Asylanträge innerhalb der letzten sechs Jahre seit 2007 (das Jahr mit den wenigsten Neuanträgen seit 1991) um 90.000 auf 109.000 gestiegen. Letztendlich im EU-Vergleich und der weltweiten Lage eigentlich keine erwähnenswerte Situation, denn weltweit sind die Flüchtlingszahlen gestiegen. Achtzig Prozent der Flüchtlinge suchen in Nachbarstaaten Schutz; in die EU schafft es nur ein Bruchteil der Flüchtlinge. Zwischen 2007 und 2013 verdoppelten sich die Antragstellungen in der EU von 222.000 auf nahezu 435.000. Dabei war der Anstieg in Bulgarien und Ungarn in Relation zum Vorjahr am größten. Insbesondere die Zahl der Flüchtlinge aus den Krisenstaaten Mali, Eritrea, Gambia und Syrien stieg im Vergleich zum Vorjahr EU-weit an. In absoluten Zahlen werden in Deutschland die meisten Erstanträge gestellt. In Schweden und Frankreich zusammen werden ebenso viele gestellt. Bezogen auf die Bevölkerungszahlen rangiert Deutschland bei den Asylanträgen hinter Luxemburg, Österreich, Malta und Schweden. Allerdings mit unterschiedlichen Ergebnissen. Während in Deutschland 2013 drei Viertel der Erstanträge abgelehnt wurden, waren es in Schweden weniger als die Hälfte. Asyl nach Artikel 16 a GG wurde 2013 in Deutschland insgesamt nur 919 Fällen gewährt. In 19.209 Fällen wurde auf Flüchtlingsschutz oder auf Abschiebungsverbot nach dem Aufenthaltsgesetz[1] entschieden.[2] Von einem Missbrauch des Asylrechts können also nur Unkundige sprechen.

Bemerkenswert seien aber die hohen Antragzahlen aus Serbien und Mazedonien, wird behauptet. Zwei Drittel der in Deutschland Asylbeantragenden kommt aus zehn Staaten, darunter sind Russland, Syrien und Serbien am stärksten vertreten. Schaut man sich die bislang verfügbaren Zahlen für 2013 an, dann wurden 16,2 Prozent der Anträge von SerbInnen und MazedonierInnen gestellt. Im Zuge einer Anfrage der Linken (Bundestags-Drucksache 18/433; 18/705) wurde mitgeteilt, dass die Gesamtschutzquote, d. h. die Gewährung eines Aufenthaltstitels, hier allerdings bei marginalen 0,1 bzw. 0,3 Prozent liegt. In der Schweiz oder Belgien fällt die Schutzquote für Roma aus Balkanstaaten mit zehn Prozent erheblich höher aus.[3] Letztendlich läuft es darauf hinaus, dass Behördenvertreter- und PolitikerInnen den Anspruch auf gründliche Prüfung eines Antrages auf Asyl für Menschen aus Südosteuropa auf dem Verwaltungsweg einschränken möchten.

VORURTEILE IN VERWALTUNG UND POLITIK

Die Neuregelung zu den sicheren Herkunftsstaaten trifft vor allem in Deutschland Schutz suchende Roma aus den genannten Staaten des Balkans. Offen spricht dies der Tagesspiegel aus (31.03.2014), wenn er den Platzmangel in Berliner Flüchtlingsheimen auf Roma zurückführt und die Anspruchsberechtigungen Asylsuchender gegeneinander aufwiegt. Damit stößt er in das selbe Horn wie der damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, der am 12. Oktober 2012 die vermehrten Asylanträge aus diesen Herkunftsstaaten pauschal als Rechtsmissbrauch bewertete. Stattdessen könnte auch gefragt werden, ob durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge systematisch die Diskriminierung und Gefährdung von Roma in diesen Staaten missachtet wird.

Die EU kann selbst in Staaten wie der Slowakei oder Ungarn nicht den Schutz und die Einhaltung der EU-Charta für die dortigen Roma garantieren, noch viel weniger in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro sowie Serbien. Bis letztes Jahr hatte selbst das BAMF in seiner Broschüre »Das deutsche Asylverfahren – ausführlich erklärt« behauptet, dass der Großteil der jugoslawischen Flüchtlinge, die 1992 Asyl in der BRD gesucht haben, »den Zuzug in die deutschen Sozialsysteme beabsichtigt« habe.[4] Ähnlich verhält es sich mit dem Report des European Asylum Support Office von 2013[5]. Hier wird Roma – und anderen Minderheiten in Südosteuropa – generell unterstellt, Asylanträge letztlich nur aufgrund von Arbeitslosigkeit und Armut zu stellen. Die Frage nach dem Zusammenhang von Migration, Diskriminierung und Armut wird gar nicht erst gestellt.

Dass Roma immer wieder Ziel von Verfolgung sind sowie regelmäßig Diskriminierungen und rassistischen Schikanen ausgesetzt sind, hat ein mal mehr eine Recherchereise von RechtsanwältInnen, ÄrztInnen, Flüchtlingshilfe-AktivistInnen und JournalistInnen aus Bremen, Berlin, Göttingen, Luxemburg und Brüssel nach Serbien zu Tage gebracht.[6] Sie beschreiben wie die Lage der Roma in Serbien durch Schikanen durch Polizei und Behörden, Zerstörung ihrer Siedlungen, Ausschluss der Kinder von Bildung, erschwertem Zugang zur Gesundheitsversorgung und der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Der bisherige Entwurf der Bundesregierung für die Neuregelung begründet die Änderung mit den Situationsbeschreibungen des Auswärtigen Amtes für die jeweiligen Länder. Weder wurden die Einlassungen von NGOs noch die Einschätzung der Lage der Roma durch die EU beachtet. Daher müssen die Situationsbeschreibungen, auf denen die Vorlage begründet wird, überprüft und bei jedem Einzelfall entschieden werden, ob sich einzelne Menschenrechtsverletzungen zu sogenannter kumulativer Verfolgung summieren. Die pauschale Rückweisung ist der Situation der Minderheiten auf dem Balkan aber offensichtlich nicht angemessen.

Die Kampagne der CSU unter dem Label »Armutsmigration« ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Doch selbst ihr Rechtspopulismus ist nur Ausdruck eines tief sitzenden Vorurteils gegen Roma, Albaner und andere Menschen aus südosteuropäischen Staaten. Dieses Vorurteil hat sich anscheinend auch in den Amtsstuben breit gemacht. Hier wird versucht mit zweierlei Maß zu messen, indem der Balkan für alle dort lebenden Menschen zu einer sicheren Zone erklärt wird. Papier ist geduldig. Die Strategie der Verantwortlichen ist einfach:[7] Die Balkanstaaten werden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt; Asylleistungen für Antragstellende aus diesen Ländern werden eingeschränkt; die Visabestimmungen werden verschärft; das BAMF lehnt schneller und öfter ab.

Am Ende steht eine weitere Aushöhlung des Rechts auf Schutz vor Verfolgung. ✖

FUSSNOTEN:

1 *Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet.*

2 *Diese Zahlen zum verwehrten Schutz beziehen sich auf Erst- und Folgeanträge. Siehe »Das Bundesamt in Zahlen. Asyl«, hrsg. v. BAMF. www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2013-asyl.pdf (24.04.2014)*

3 *www.proasyl.de/de/news/detail/news/grosse_koalition_gegen_roma_fluechtlinge_die_politik_der_null_anerkennung_steht/*

4 *Mittlerweile wurde dieser Passus nach Protesten entschärft. S.a. den offenen Brief an das BAMF www.migazin.de/wp-content/uploads/2012/12/121121_schreiben_an_bamf_praesident_manfred_schmidt.pdf.*

5 *http://easo.europa.eu/wp-content/uploads/EASO-Report-Western-Balkans.pdf (S. 49).*

6 *www.alle-bleiben.info/wp-content/uploads/2014/03/serbien_2013_web.pdf*

7 *www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/Serbien_kein_sicherer_Herkunftsstaat.pdf, S. 2.*

DIE TÖDLICHEN FOLGEN BUNDESDEUTSCHER FLÜCHTLINGSPOLITIK

21 JAHRE RECHERCHE UND DOKUMENTATION DES STAATLICHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN RASSISMUS

■ ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE, DOKUMENTATIONSSTELLE

Sie wiegen schwer – die beiden Bände der 670-seitigen ARI-Dokumentation, die den Zeitraum von Januar 1993 bis zum Dezember 2013 umfassen. Vor allem aber sind es die Inhalte, die die Chronologie so gewichtig machen. Sie liest sich wie eine Aufzählung von erschütternden, oft unglaublichen Geschehnissen, die Flüchtlingen in der BRD passieren.

Es geht um Menschen, die sich nach Krieg, Hunger, Armut und oft jahrelanger, gefährlicher Flucht in Deutschland zunächst in Sicherheit wähnten, dann ins Räderwerk der deutschen Asyl- und Sondergesetze gerieten und körperlich zu Schaden kamen. Es geht um Menschen, die in Deutschland niemals Fuß fassen sollen, die in Deutschland nicht erwünscht sind – die »Non-Citizens«.

Jede Geschichte steht für sich und ist wichtig, recherchiert, dokumentiert und veröffentlicht zu werden. Jede Geschichte zeigt ein kleines Stück Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen in diesem Land. Beim Weiterlesen entsteht Schritt für Schritt ein Bild der vielschichtigen rassistischen Gewalt, die Flüchtlinge alltäglich erfahren. Eine Realität, die von vielen nicht gesehen wird. Es wird deutlich, mit welcher Gewalt die gesetzlichen Vorgaben von Behörden, Gerichten, Polizei, medizinischem Personal und anderen umgesetzt werden; mit wie viel Willkür und Menschenverachtung Flüchtlinge gequält, ignoriert, schikaniert, isoliert und oft in den Suizid oder zu Selbstverletzungen getrieben werden. Erpressung, Schikanen, Rechtsbrüche und Betrug, aber auch Sippenhaftung, Familientrennungen oder Inhaftierung Minderjähriger sind einige Mittel des Staates und seiner willfährigen Mitarbeiter_innen, um damit die Geflüchteten zur »freiwilligen« Ausreise zu zwingen. Gelingt dies nicht, so wird die Ab- oder Rückschiebung mit brutaler körperlicher Gewalt durchgesetzt.

Im Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2014 töteten sich 176 Flüchtlinge angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 69 Menschen in Abschiebehaft. 1271 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hunger- und Durststreiks) oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 642 Menschen in Abschiebehaft.

- ✖ 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und 451 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt.
- ✖ 33 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und 582 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert oder kamen aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Lebensgefahr.
- ✖ 71 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos.
- ✖ 184 Flüchtlinge starben auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 129 an den deutschen Ost-Grenzen, 2 Personen trieben in der Neiße ab und sind seither vermisst. 544 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 306 an den deutschen Ost-Grenzen.
- ✖ 17 Flüchtlinge starben durch direkte Gewalteinwirkung von Polizei oder Bewachungspersonal entweder in Haft, in Gewahrsam, bei Festnahmen, bei Abschiebungen, auf der Straße oder in Behörden – mindestens 869 wurden verletzt. 18 Flüchtlinge starben durch unterlassene Hilfeleistung.
- ✖ 72 Flüchtlinge starben in den Flüchtlingsunterkünften bei Bränden, Anschlägen oder durch Gefahren in den Lagern, 924 Flüchtlinge wurden dabei z.T. erheblich verletzt
- ✖ 18 Flüchtlinge starben durch rassistische Angriffe im öffentlichen Bereich und 849 wurden bei Angriffen auf der Straße verletzt. ✖



WEITERE INFORMATIONEN:

- ✖ **Neu erschienene 21. Auflage der Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen« bestellen bei Dokumentationsstelle der Antirassistischen Initiative Berlin (ARI), www.ari-berlin.org/doku/titel.htm**

EIN PROZESSBESUCH IN MÜNCHEN

IN DEN MÜHLEN DER JUSTIZ

HANNA UND CARSTEN

Ein zweitägiger Besuch beim NSU-Prozess in München Mitte März hat uns überrascht – denn bei aller Faktenberichterstattung in bürgerlichen und linken Medien war uns nicht klar, wie umfassend im Münchner Gerichtssaal die Ausschlussmechanismen der rassistischen Gesellschaft reproduziert werden und eine Gemeinschaft derer zu entstehen scheint, die an Aufklärung kein Interesse haben. Zwei unterschiedliche Beobachtungen von Hanna und Carsten mit einem gemeinsamen Ergebnis.

C.: Erwartet habe ich einen straff geführten Prozess, strenge bayerische Justizbeamte, eine formale Atmosphäre, den Anschein der Ernsthaftigkeit. So hatte ich mir das vorgestellt, aus der Erfahrung einiger anderer Strafprozesse, in denen Gerichtssäle zumindest wie ein Ort der Wahrheitsfindung inszeniert werden. Von der Zuschauer_innen-Tribüne aus sieht mensch recht gut in den viel zu kleinen Saal, auf dessen Mitte sich die Augen der rund 200 Zuschauer_innen, Journalist_-innen und der direkten Prozessbeteiligten richten.

Dort grüßt ein Justizbediensteter in Zivil seinen Uniform-Kollegen mit einem Klaps auf den Po, über die Bänke hinweg werden ulkige und lässige Gesten ausgetauscht, mit einem Schwank vom Vortag – heraushängende Hemden, cooles Gehabe, es fehlt die Sonnenbrille. Mensch setzt sich mal auf den einen, mal auf einen anderen Platz, quatscht über dies und jenes. Und es ist mir auch heute noch nicht klar, ob die Beteiligten sich nicht der Aufmerksamkeit aller Anwesenden bewusst sind oder ob sie sich gerade deswegen so gebärden. Manchmal während des Prozesses schlafen sie ein. Die Gerichtsschreiberin greift zu einer 1,5 l Wasserflasche, mitten im Saal, im Zentrum der Aufmerksamkeit, und lässt sich das Wasser direkt aus der Flasche in ihren Hals hineinlaufen.

Hier geht es um nichts.

H.: Verteidiger_innen vorne, in einem Halbrund, während die Nebenklage, Angehörige der Ermordeten, Betroffene der Anschläge und deren jeweilige Vertretung etwas zurückgesetzt hinten unter der Zuschauer_innentribüne platziert sind. Möglicherweise unterscheidet sich diese Anordnung nicht von der in anderen Gerichtsprozessen, aber in genau diesem Prozess korrespondiert sie mit einer Stimmung, die im Gerichtssaal vorherrscht: »Wir weißen Deutschen, klären diesen Fall unter uns, mit unserem Regelwerk. Wir lassen uns dabei von den Geschädigten nicht reinreden.« Es wird symbolisch und praktisch nachvollzogen, was in Deutschland rassistischer Alltag ist und die Mordserie des NSU-Netzwerks ermöglicht hat.

C.: Zschäpe und ihr Verteidiger Heer betreten den Saal, drehen sich mit dem Rücken zu den Journalisten. Dabei kommt es zu einem langen intim wirkenden Gespräch. Heer Wange an Wange mit Zschäpe, flüsternd und lachend. Dieses Turteln zieht sich über den ganzen Tag. Aber Herr Heer turtelt auch mit dem Richter. Beständig nimmt er Kontakt auf. Mit einem leicht unterwürfigen Blick versucht er, Richter Götzl mit Gesten und Flüstereien für sich gewogen zu stimmen – ein permanentes Werben um Aufmerksamkeit, Einflüstern von Empörung und Meinung. Zwischen beiden werden verbale und nonverbale Absprachen getroffen, während andere Prozessbeteiligte sich erst zur Rede melden müssen. Richter Götzl sitzt nicht weit von den Angeklagten. Viel habe ich von seiner straffen Prozessführung gehört: »ein harter Hund«. Selbst linke Beobachter_innen sprechen vom »Götzl« und dass er halt so sei, von seinen Launen und dass mensch doch Verständnis haben müsse, er müsse den Prozess »halt unter Kontrolle halten« – sie klingen ganz vertraut mit ihm. Wenn Götzl mit den Verteidiger_innen spricht, kann mensch die Blumen in seiner Sprache riechen, er ist zuvorkommend, fast dienstbeflissen. Spricht er mit Nebenkläger_innen, geht er hart zur Sache, ruft sie zur Ordnung, wird barsch und unnachgiebig. Wird er kritisiert, regt er sich wie ein kleines Kind auf, egoman, beleidigt und sucht die Zustimmung von Verteidiger_innen und Bundesanwaltschaft. Und zu dritt sind sie sich fast immer einig – vor allem über das unsinnige Aufklärungsbedürfnis der Nebenklage. Dann beruhigt er sich meist wieder. Am ruhigsten ist er, wenn die Nazi- und Verfassungsschutz-Zeugen vor ihm sitzen und lügen, dass sich die Balken biegen. Dann hört er ruhig zu und tut: nichts. Er scheint dann nur eines zu sein: Entspannt und in seiner Sache.

H.: Die Verteidigerin von Ralf Wohlleben, Nicole Schneiders (NPD), bittet um eine Unterbrechung des Verfahrens, um sich ein Video von eineinhalb Minuten ansehen zu dürfen, bevor es in der Verhandlung Thema wird. Der Richter bietet erst 10 Minuten an, dehnte diese dann kurzerhand auf 25 Minuten aus. Er wirkt froh, direkt nach Beginn der Verhandlung eine erste Kaffeepause einlegen zu können. Die Angeklagten und ihre Verteidiger_innen scharen sich um die Gerichtstechnik und schauen sich gut gelaunt ein Video an, auf dem der 1,90 m große Verfassungsschützer Andreas Temme, den angeschossenen Halit Yozgat, der hinter einem 73 cm hohen Tisch lag, nicht gesehen haben will. Alle anderen Prozessbeteiligten müssen warten.

Am nächsten Tag stellt Yavuz Narin, Anwalt der Witwe Boulgarides einen Beweisantrag. Nachdem er ihn mündlich vorgetragen hat, fordert Götzl den Antrag in Schriftform. Narin bittet die Verhandlung für 5 Minuten zu unterbrechen, um den Antrag ausdrucken zu können. Der Richter weist die Bitte nicht nur zurück, sondern er weist den Nebenklageanwalt für seine angeblich ungenügende Vorbereitung zurecht. Narin muss den Gerichtssaal verlassen, um den Formalien nachkommen zu können, während die Verhandlung ohne die anwaltliche Vertretung von Yvonne Boulgarides fortgesetzt wird.

Nach einer Zeugenvernehmung zum Mord an seinem Sohn erhebt İsmail Yozgat das Wort. Er beginnt seine Erklärung, indem er alle Prozessbeteiligten einzeln begrüßt. Weiter kommt er nicht, denn er wird von dem vorsitzenden Richter unterbrochen. Dieser möchte die Erklärung nicht zulassen. Sie passe nicht in das Verfahren, jedenfalls nicht an dieser Stelle. Götzl fragt Yozgat nach dem Inhalt der Erklärung, lässt ihn aber nicht antworten. Es entspannt sich eine Schlagabtausch zwischen Yozagts Anwalt und dem vorsitzenden Richter, in dessen

Verlauf der Anwalt dem Richter vorhält, dass die Erklärung längst hätte gehalten werden können; mensch müsse dann nicht diese unsinnige Diskussion führen. »Das ist ungehörig, wenn sie mir so kommen!«, echauffiert sich Götzl. »Sie sind ungehörig!«, ruft jemensch vom Zuhörer_innenbalkon zurück. Götzl ist sich mit der Bundesanwaltschaft darüber einig, die Strafprozessordnung zu Yozgats Ungunsten auslegen zu wollen.

Mit Deniz Utlu lassen sich diese Vorgänge als Funktionen des bürokratisch-rassistischen Staatsapparates beschreiben. »In seiner Wirkungsweise ist dieser bürokratische Apparat rassistisch strukturiert, weil eine Gewichtung der Regeln im bürokratischen Regelwerk stattfindet, die oftmals Ideologien der Ungleichwertigkeit folgt [...].«[1]

Zwei Tage später, wir sind wieder in Berlin, trägt İsmail Yozgat seine Erklärung doch vor, auch wenn er von der Verteidigung Zschäpes unterbrochen wird. Er nimmt Bezug auf die Benennung eines zuvor namenlosen Platzes in Kassel in Halitplatz. »Aber sie haben uns nur gegeben, was sie wollen, nicht, was wir wollen.«[2] Yozgat wiederholt die Forderung, die er schon bei der offiziellen Gedenkfeier geäußert hat, die Holländische Straße in Kassel in Halitstraße umzubenennen. Schon damals musste er sich gegen Widerstände durchsetzen, um überhaupt sprechen zu dürfen. Alles was Herrn Götzl nach der Erklärung Yozgats einfällt, ist es, die Verantwortung für Straßenumbenennungen von sich zu weisen und eine Belehrung Herrn Yozgats durch seinen Anwalt einzufordern.

C.: Die Atmosphäre im Saal erinnert an die Bühne eines Volkstheaters. Mensch kennt sich, mensch macht sich das Leben leichter, hat einen professionellen Umgang. Das Grauen einer Terror-Mordserie löst sich auch auf in den sarkastischen und wissenden Bemerkungen der Journalist_innen und Prozessbeobachter_innen. Professionell sein bedeutet: Emotional nicht involviert sein, vernünftig, zivil, eingeordnet in unsere Gesellschaft, in unsere Zivilgesellschaft. Im Saal fühlt es sich aber an wie eine Gemeinschaft, fast wie eine große Familie: Justizbedienstete, Gericht, Bundesanwaltschaft, Verteidiger_innen, aber auch die Journalist_innen sind eingefangen worden und wahrscheinlich würde ich selbst in der Gefahr schweben unterzugehen, in dem Gefühl, hier in 100 Prozesstagen schon so viel gemeinsam durchgemacht und erlebt zu haben.

Aus dieser Gemeinschaft fallen einige heraus. Einige Nebenklageanwält_innen – Quälgeister – und natürlich: Die Angehörigen der Ermordeten. Sie sind nicht im lockeren Scherz verbunden mit den Täter_innen, mit den Polizist_innen und Verfassungsschützer_innen. Sie wirken ernst und haben sicher Anderes erlebt als die gemeinschaftsstiftende Wirkung eines Prozesses.

Ist es ein Zufall, dass alle (bis auf ein paar Nebenklage-Vertreter_innen, wenige Journalist_innen und die Angehörigen der Opfer) derselben weißen Gemeinschaft angehören?

Und ist es ein Zufall, dass ich mich nach zwei Tagen Prozessbesuch immer wieder dabei ertappe, von den Nebenklage-Anwält_innen als Verteidiger_innen zu sprechen. Verteidigen sie nicht die Familien der Ermordeten in diesem Prozess? Sind sie es nicht, die zur Rede gestellt werden und belehrt?

Dieser Prozess ist eine Farce – der Besuch im Strafgericht München hat mir bis zum Ekel Eines klar gemacht: Hier geht es weder um Aufklärung noch um Strafverfolgung. Hier wird etwas durchgezogen, etwas aufgeführt. Hier will mensch es hinter sich bringen, möglichst ohne Störung und ohne irgendetwas aufzuklären. ✖

FUSSNOTEN:

1 *www.rosalux.de/publication/39990/fuer-trauer-und-zorn.html*

2 *www.swr.de/blog/terrorismus/2014/03/13/angehoeriger-von-nsu-opfer-will-familien-boehnhardt-und-mundlos-die-hand-zur-versoehnung-reichen/*

NACH EINEM JAHR HAUPTVERHANDLUNG

EIN KURZES ZWISCHENRESÜMEE IM NSU-PROZESS

STEPHAN KUHN UND PEER STOLLE

In dem nunmehr einem Jahr andauernden NSU-Prozess dürften wesentliche Teile der Beweisaufnahme abgeschlossen sein. Die erhobenen Beweise hinsichtlich der rassistischen Morde, des Anschlags auf die Polizeibeamten in Heilbronn sowie der Brandstiftung in der Frühlingsstraße bestätigen die Anklage im Großen und Ganzen. Angesichts der Aktenlage ist auch davon auszugehen, dass die noch nicht verhandelten Sprengstoffanschläge in Köln sowie die diversen Banküberfälle dem NSU nachgewiesen werden können.

Das Ziel, Struktur und Taten des NSU umfassend aufzuklären verfehlt der Prozess demgegenüber bislang. Insbesondere bleiben die Kriterien der Opferauswahl genauso im Dunklen wie das Unterstützerumfeld des NSU und der Kenntnisstand in den Behörden. Dies liegt einerseits an den bisher gehörten Zeugen aus der rechten Szene, die in dem Prozess Erinnerungslücken vortäuschten oder schlicht die Unwahrheit sagten, andererseits an dem Verhalten der Bundesanwaltschaft, das einer notwendigen Aufklärung entgegenwirkt.

DIE EINLASSUNGEN DER ANGEKLAGTEN

Es war nicht viel zu erwarten, aber zumindest ein Anfang wurde gemacht. Die Angeklagten Carsten Schultze und Holger Gerlach, die sich bereits im Ermittlungsverfahren eingelassen hatten und dafür mit der Aufhebung der Haftbefehle und Aufnahme im Zeugenschutzprogramm des BKA[1] belohnt worden waren, haben auch in der Hauptverhandlung Angaben zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen gemacht. Beide spielen dabei ihre Rolle völlig herunter. Schultze ist dennoch der wichtigste Zeuge für die Tatbeteiligung des Angeklagten Wohlleben. Er hat angegeben eine Pistole mit Schalldämpfer in dessen Auftrag gekauft und später an das Trio weitergegeben zu haben. Diese Waffe, eine Ceska, wurde im Brandschutt der Frühlingsstraße[2] gefunden. Mittlerweile haben Waffensachverständige nachgewiesen, dass aus dieser die Hülsen und Geschosse abgefeuert wurden, die an den Tatorten sichergestellt werden konnten.

Damit steht fest, dass die Angeklagten Wohlleben und Schultze dem Trio die Tatwaffe, mit der die neun rassistischen Morde begangen wurden, verschafft haben. Da eine Waffe, die extra mit Schalldämpfer bestellt wird, nicht nur zum Drohen eingesetzt werden soll, dürfte Schultze und Wohlleben nachweisbar sein, so dass sie die Tötung von Menschen durch das Trio bei der Übergabe der Waffe zumindest billigend in Kauf nahmen.

Darüber hinaus hat Schultze auch Angaben zu einem weiteren Sprengstoffanschlag gemacht, der bisher nicht dem NSU zugerechnet worden ist. Im Jahr 2000 kam es zu einem sogenannten Taschenlampen-Sprengstoffanschlag in einer von einem Migranten betriebenen Gaststätte in Nürnberg, wobei ein Mitarbeiter des Betreibers verletzt wurde. Gegenüber Carsten Schultze bekannten sich Mundlos und Böhnhardt damals zu dieser Tat bekannt. Schultze hat auch gesagt, dass einer der beiden Uwes dem Angeklagten Wohlleben gegenüber im Rahmen eines Telefongespräches mitgeteilt hatte, dass die Abgetauchten jemanden angeschossen hätten. Diese Aussage belegt nicht nur, dass Schultze und Wohlleben wussten, was die Drei vorhatten, sondern auch, dass zumindest Böhnhardt und Mundlos relativ offen über die von ihnen begangenen Anschläge geplaudert haben. Es ist daher davon auszugehen, dass noch weitere Personen aus ihrem Umfeld Kenntnis von den Straftaten des Trios hatten.

Holger Gerlach hat zwar zugegeben, den »Dreien« Ausweispapiere zur Verfügung gestellt und eine Waffe überbracht zu haben, seine Aussage, er habe dabei aber nicht damit gerechnet, dass diese erhebliche Straftaten begehen, ist jedoch in sich widersprüchlich und unglaubhaft. In der Hauptverhandlung hat Gerlach bislang zur Sache geschwiegen und lediglich eine schriftliche Erklärung über seine Verteidiger abgegeben. Nachfragen der Prozessbeteiligten sind daher nicht möglich. Insofern muss auf anderen Wegen versucht werden, den Sachverhalt aufzuklären.
Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben und André Eminger verweigern erwartungsgemäß die Aussage.

DIE RASSISTISCHE MORDSERIE

Im Wesentlichen abgeschlossen ist die Beweisaufnahme zu der rassistischen Mordserie des NSU, der insgesamt neun migrantische Kleingewerbetreibende zum Opfer gefallen sind. Die Beweise zu den einzelnen Morden und der dabei verwendeten Tatwaffe der Marke Ceska wurden bereits erhoben. Mehrere Zeugen konnten sich an jeweils zwei auffällige Radfahrer erinnern, die an den jeweiligen Tatorten gesehen wurden und auf die die Beschreibung von Mundlos und Böhnhardt passten. Die Beweisaufnahme machte deutlich, dass die Morde kaltblütige Hinrichtungen waren: Die Mörder betraten die Tatorte und schossen sofort mehrfach auf den Kopf ihrer Opfer.

Die Zurechnung der Taten zum NSU erfolgt aber vor allem durch das verschickte NSU-Bekennervideo und die in der Brandruine des Hauses in der Frühlingsstraße in Zwickau gesicherten Funde. Hier wurde u.a. ein Computer mit dem fertigen Bekennervideo des NSU sowie Vorversionen sichergestellt. Gefunden wurden auch Ausspähnotizen zu den Tatorten, zahlreiche Waffen und Sprengstoff, die Handschellen, die der ermordeten Polizistin Kiesewetter und ihrem Kollegen abgenommen wurden, sowie Bekleidung mit Spuren von Tatorten. Es wurde deutlich, dass Beate Zschäpe sich im Alltagsleben zwischen all diesen Beweismitteln bewegt hat und diese gesehen haben muss. Sie hat den Computer benutzt, auf dem das Bekennervideo bearbeitet wurde und Fingerabdrücke auf Zeitungsausschnitten, die die Anschläge betrafen, hinterlassen.

DER ANSCHLAG IN HEILBRONN

Weitgehend abgeschlossen ist wohl nach Ansicht des Senates auch die Beweisaufnahme zu Heilbronn. Auch dort wurden in Tatortnähe zwei Radfahrer gesichtet. Ein auf den Namen von Holger Gerlach angemietetes Wohnmobil wurde im Rahmen der Ringfahndung wenige

Minuten nach der Tat auf einer Ausfahrtsstraße aus Heilbronn festgestellt. Offen bleibt aber weiterhin das Motiv und die Opferauswahl. Warum fand nach den Morden in Dortmund und in Kassel im April 2006 die rassistische Mordserie ihr Ende? Warum wurden jetzt Polizeibeamte zur Zielscheibe und warum blieb es bei dem singulären Anschlag? Warum Heilbronn? Warum Kiesewetter und Arnold? Auf diese Fragen konnten bisher noch keine Antworten gefunden werden.

DER BRANDANSCHLAG IN DER FRÜHLINGSSTRASSE

Die Beweisaufnahme hat auch ergeben, dass Beate Zschäpe in der Wohnung des Trios Feuer gelegt hat. Sie verließ das Haus, als der Brand ausbrach und es fanden sich Benzinspuren an ihren Socken. In der Hauptverhandlung gehörte Brandgutachter haben bestätigt, dass aufgrund der durch die Inbrandsetzung verursachten Explosion sowohl für die Nachbarin und weitere sich in dem Haus aufhaltende Personen als auch für etwaige Passanten Lebensgefahr bestand.

DURCHGEHEND RASSISTISCHE ERMITTLUNGEN

Der Prozess hat auch den durchgehend rassistischen Charakter der bisherigen Ermittlungen bestätigt. Die Polizeibehörden ermittelten fast ausschließlich im Opferumfeld und suchten nach Spuren in der Organisierten Kriminalität, zur Mafia, zum Drogenhandel. Selbst Beziehungsprobleme wurden als Tatmotiv nicht ausgeschlossen; als ob jemand eine Mordserie aus Eifersucht begehen würde. Spuren in Richtung rechte Szene und rassistisches Motiv wurden geflissentlich ignoriert. Rassistische Vorurteile wurden allerdings nicht nur im Zusammenhang mit der Ceska-Mordserie offenbar, sondern auch bei dem Anschlag in Heilbronn. Auch dort gerieten schnell Migranten ins Visier der Ermittlungen. In den Polizeiberichten werden jahrelang »Neger« und »Zigeuner«, die sozialisationsbedingt zum Lügen neigen würden, erwähnt, ohne dass jemand Anstoß an dieser rassistischen Wortwahl genommen hätte.

DIE ROLLE DES VERFASSUNGSSCHUTZES

Unterbelichtet blieb in dem Verfahren bisher die Rolle des Verfassungsschutzes. Mehrere Dutzend V-Männer bewegten sich im weiteren und engeren Umfeld des Trios. Die Informationslage nach dem Abtauchen war relativ gut, insbesondere durch die Mitteilungen des vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz geführten V-Mannes und Anführer des Thüringer Heimatschutzes, Tino Brandt. Dass diese Informationen nicht zu einem Fahndungserfolg führten, verwundert. Die Gründe hierfür konnten bisher noch nicht geklärt werden; dazu stehen noch einige Zeugenaussagen aus. Deutlich wurde aber, dass die Nazi-Szene von dem Verfassungsschutz wohl weitaus stärker profitierte als die Nachrichtendienste von ihren rechten Spitzeln. Es scheint, dass es eher Selbstschutz denn Naivität der V-Mann-Führer ist, wenn diese selbst heute noch davon ausgehen, dass sie Tino Brandt geführt hätten; obwohl die Aktenlage eher dafür spricht, dass es sich umgekehrt verhielt.

Einen zentralen Beitrag zur Nichtaufklärung der rassistischen Mordserie hat auch das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz geleistet. Dessen ehemaliger Mitarbeiter, Andreas T., war offensichtlich Tatzeuge des Mordes an Halit Yozgat in dessen Internetcafe in Kassel. Trotzdem streitet er auch in der Hauptverhandlung ab, irgendetwas gesehen zu haben. Obwohl aus den Ermittlungsakten deutlich wurde, dass er über Tatwissen verfügte, wurde und wird sein Aussageverhalten von seinen ehemaligen Kollegen gedeckt, die ebenfalls Aussagen quer zur Aktenlage und Logik abgegeben haben. Dass sie die Unwahrheit gesagt haben, ist allen Zuhörern klar geworden; warum hier vertuscht worden ist, blieb dagegen bisher im Dunkeln.

DAS SCHWEIGENDE UND LÜGENDE UMFELD

Kaum Fortschritte konnten bisher in Bezug auf die Aufklärung des Umfeld des Trios gemacht werden. In den letzten Monaten wurden zahlreiche Nazizeugen geladen. Sie sollten insbesondere zum Werdegang der drei Haupttäter, zum Aufenthalt des Trios nach ihrem Abtauchen, zum Aufbau der terroristischen Vereinigung und zur Persönlichkeit der Täter befragt werden. Einige von ihnen haben ganz geschwiegen, andere haben Erinnerungslücken vorgeschoben, die rechte Szene und ihre Gewaltaffinität beschönigt und/oder schlicht gelogen. Leider sind die meisten Zeugen damit durchgekommen. Zwangsmaßnahmen wurden weder von der Bundesanwaltschaft beantragt noch von dem Senat des Gerichts angeordnet.

DER FEHLENDE AUFKLÄRUNGSWILLE

Der fehlende Aufklärungswille der Bundesanwaltschaft (BAW) manifestiert sich in dem gesamten Verfahren. Ihr Erkenntnisinteresse reduziert sich scheinbar auf die fünf Angeklagten und den in der Anklageschrift behaupteten Sachverhalt. Beweisanträgen oder Fragen der Nebenklägervertreter zu dem Umfeld des Trios und rechten Strukturen in Tatortnähe tritt die BAW entgegen. Auch gegen die Beiziehung von für die Aufklärung notwendigen weiteren Akten sperrt sie sich massiv. Dies betrifft u. a. sämtliche Aktenordner aus dem Verfahren gegen den damaligen Mitarbeiter des Hessischen Verfassungsschutzes, Andreas T., der sich zur Tatzeit am Kasseler Tatort aufgehalten hat, den Ermittlungsbericht der Ermittlungsruppe »Umfeld« zu den persönlichen und beruflichen Beziehungen von Kiesewetter und Arnold, die Listen über weitere Beschuldigte und Kontaktpersonen in dem NSU-Komplex und die Art und Weise der Gewährung von Einsicht in die Asservate. Auch wird seitens der BAW immer wieder versucht, kritische Nachfragen der Nebenklage, insbesondere zu der politischen Einstellung der Zeugen und ihrer möglichen Einbindung in die rechte Szene, zu unterbinden, wobei sich bezeichnenderweise regelmäßig Allianzen mit der Verteidigung Zschäpe bilden. Aufklärung sieht anders aus.

SCHLUSS

Der mangelnde Aufklärungswille der Bundesanwaltschaft verwundert nicht weiter, da man dieses Verhalten auch von den anderen beteiligten Behörden kennt. Die Vehemenz, mit der sie neuen Erkenntnisansätzen entgegentritt, überrascht aber doch. Deutlich wird leider, dass die an den Prozess gestellte Erwartung, dieser werde die Öffentlichkeit umfassend über den NSU aufklären, nicht ansatzweise erfüllt wird. Umso wichtiger ist es, dass es andere Orte gibt, an denen um weitere Aufklärung gerungen werden kann. Ein neuer Untersuchungsausschusses des Bundestages wäre dafür ein notwendiger Baustein. ✖

ÜBER DIE AUTOREN:

- *Stephan Kuhn ist Rechtsanwalt in Frankfurt a.M. und vertritt als Nebenklägervertreter einen der Verletzten des Nagelbombenanschlages in der Kölner Keupstraße.*
- *Peer Stolle ist Rechtsanwalt in Berlin und vertritt einen der Söhne des Dortmunder Mordopfers Mehmet Kubasik.*

FUSSNOTEN:

1 *Holger Gerlach hat das Zeugenschutzprogramm mittlerweile verlassen.*

2 *Die Frühlingsstraße 26 in Zwickau-Weißenborn war die Letzte Unterkunft des Trios des engeren Kreises der NSU.*

O-PLATZ UNTERSTÜTZUNG

FINANZKOMMISSION HAT REFUGEE-STRIKE-BERLIN KONTO DER ARI BERLIN GEPRÜFT

ARI - ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE BERLIN / FINANZKOMMISSION

Die Antirassistische Initiative ist solidarisch mit den Kämpfen der Geflüchteten, dazu gehört für uns auch die Selbstorganisation und die finanzielle Selbstbestimmung.
Im Sommer 2013 wurde die ARI vom Refugee Strike auf dem Oranienplatz in Berlin gefragt, ob ihre Spendengelder über die Antirassistische Initiative abgewickelt werden können. Zwischen der ARI und der Finanzgruppe des Refugee Strikes wurde vereinbart, dass die ARI ein Konto zur Verfügung stellt und dieses von der Finanzgruppe des Oranienplatzes autonom verwaltet wird. Zu diesem Konto gehörte eine Bankkarte, für die eine Person der Finanzgruppe verantwortlich war. Seit November 2013 gab es diverse Angriffe - auch durch eine grüne Lokalpolitikerin - auf dieses Konto und damit auf die finanzielle Selbstverwaltung des Refugee Strike. Im Februar 2014 gipfelten diese Konflikte in mediale Vorwürfe.

Dazu ein Statement der Antirassistischen Initiative Berlin vom 6. April 2014

Seit Ende Februar 2014 ist die Antirassistische Initiative Berlin (ARI) wegen der Kontoführung des Refugee-Strike-Kontos, das sie der Finanzgruppe des Oranienplatzes zur Verfügung gestellt hat, in Presse und Öffentlichkeit angegriffen worden. Die Vorwürfe beruhen auf Gerüchten und sind völlig haltlos (siehe ARI Pressemitteilung vom 24.2.2014 www.ari-berlin.org/aktuelles/2014-02-24-unterstellungen-kahlefeld-ari.htm.)

In der Folge haben wir nach einem fairen Instrument gesucht, um der Öffentlichkeit Transparenz über die Kontoführung und die Verwendung der Spendengelder zu ermöglichen, ohne die Finanzen des Oranienplatzes öffentlich zu machen. Wir haben kein Interesse, uns gegenüber Boulevardmedien oder Repressionsorganen zu rechtfertigen oder gar Informationen weiter zu geben.

Die ARI/Antirassistische Initiative Berlin hat deshalb zur Prüfung des Kontos am 16.3.2014 eine Finanz-Untersuchungskommission eingeladen, bestehend aus Mitgliedern von Organisationen, die solidarisch mit den Kämpfen der Geflüchteten sind, gleichzeitig aber weder in die Finanzstrukturen des Oranienplatzes, noch in die Konflikte um den Oranienplatz oder das Refugee-Strike-Konto involviert sind.

Als Vertreter_innen einer solchen Untersuchungskommission haben sich Harald Glöde (Borderline Europe), Bruno Watara (Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg), Cristina Martin (Migrationsrat Berlin/Brandenburg) und Biplab Basu (Reach Out) zur Verfügung gestellt. (Statement der Untersuchungskommission im Anschluss)
Wir danken den Vertreter_innen der Untersuchungskommission für ihre Zeit und Arbeit.

Zur Zeit befindet sich noch ein Restbetrag auf dem Refugee-Strike-Konto. Die ARI hatte am 17.2. 2014 die Zusammenarbeit mit der damaligen Finanzgruppe eingestellt und auf deren Weisung hin die Kontokarte gesperrt. Seit Ende Februar ist das Konto eingefroren, danach eingegangene Spenden werden zurückgewiesen. Die ARI hat die Flüchtlinge des Oranienplatz mehrmals mündlich und schriftlich aufgefordert mitzuteilen, wohin wir das Restgeld überweisen sollen. Bisher gab es weder Rückmeldung noch Mitteilung.

Die ARI hat der Finanz-Untersuchungskommission alle vorhandenen Unterlagen vorgelegt und damit nachgewiesen, dass die Spendengelder auf dem Oranienplatz bei der Finanzgruppe angekommen sind. Wir erwarten nun von denjenigen, die unwahre Behauptungen aufgestellt haben, dass sie ihre Lügen zurücknehmen.

Die Schmutzkampagne hat uns verletzt und wütend gemacht, aber wir lassen uns nicht unsere Solidarität mit dem Kampf der Geflüchteten nehmen.

Wir fordern weiterhin die Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze wie des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Residenzpflicht sowie den Stopp aller Abschiebungen. Bleiberecht für Alle. Solidarität mit den Geflüchteten! ✖

Antirassistische Initiative Berlin/ ARI 6. April 2014

Statement of the fact finding committee for checking the bank account Refugee-Strike-Berlin of the Antiracist Initiative Berlin /ARI

We the undersigned, Harald Glöde (Borderline Europe), Bruno Watara (Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg), Cristina Martin (Migrationsrat Berlin/Brandenburg) und Biplab Basu (Reach out), members of the fact finding committee, called on to go through the documents of the bank account maintained on behalf of the Refugee Movement of Oranienplatz, Berlin, by the Antirassistische Initiative (ARI), Berlin hereby declare the following.

At the invitation of the managing body of ARI, we went to check the balance sheets of the bank account managed and administered on behalf of the Refugee (-Strike) Movement (Oranienplatz). We were given full and complete access to all the bank documents - daily account statements, statements of bank to bank money transfer as well as all the movements of the aforementioned bank account regarding the donations deposited by private parties. Besides that, we could also check the payment-receipts and compare them with the statements of account, as for example; the electricity bills, gas station

receipts for the trip to Italy and so on and so forth. We had free access to the mail correspondence between ARI and the »finance-group« regarding money transfer to various companies engaged by the camp movement; and we could also examine the validity of such transfers against the attached bill. This we did under oath of not divulging any names or any other details of the donors.

After a long and thorough scrutiny of the papers we came to the following conclusion: The (donation/solidarity) account managed and administered by ARI is flawless. They kept all the records of the total debit and credit movements meticulously.

A debit card, issued by the bank for the aforementioned account for the daily expenses of the running of the Oranienplatz (food for the refugees as well as for some activists-supporters and from time to time for guests, transport costs for refugees, some temporary lightings & etc.) was used by the members of a »finance-group«. The »finance-group« was elected by the refugees themselves. Using the debit card, the responsible person from the »finance-group« withdrew money from ATMs from time to time. A detailed list of purchases and other expenses from the cash money has been kept by the responsible persons and we were told that the list was made available to the public for scrutiny. They also informed us that the list can be seen at request for the persons responsible. This, however, did not fall under the mandate of the ARI to check and control the refugee members of the finance-group nor did the ARI have the authority to check through the individual refugee members of the protest camp at Oranienplatz regarding their daily needs and consumption. Hence, it neither fell under our jurisdiction, while going through the ARI »account management«.

Having gone through the ordeal of, first doubting ARI and then scrutinising all the balance sheets of the said bank account, we find it necessary to say a few words on the scandalising and destructive campaign launched against the refugee protest movement at the first instance and against any individual members of the movement, as well as against ARI by some ill advised people and manipulated by the media. This sort of campaign brings discredit to an enormously successful and almost unparalleled refugee movement in Berlin. This movement of refugees have given impetus to many recent social and political movements throughout Germany. It has become a symbol of protest and solidarity all over the country and abroad. Under the pretext of »we-want-truth-to-come-out« slogan some people are actually acting - knowingly or unknowingly, willingly or unwillingly - against the movement and its achievements. They are playing in the hands of those who opposed the Camp and the refugee-demands from the very beginning and still continue to do so. We, therefore, appeal to you all to refrain from spreading rumours and work towards increasing the momentum of the movement.

Harald Glöde (Borderline Europe)
Bruno Watara (Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg)
Cristina Martin (Migrationsrat Berlin/Brandenburg)
Biplab Basu (Reach out)
April 2014



PRIVILEGIEN NUTZEN!

ZUM HUNGER- UND DURSTSTREIK VON ASYLUM RIGHTS EVOLUTION

□ ELEONORA ROLDÁN MENDÍVIL

Innerhalb feministischer Räume habe ich gelernt, dass ich als Frau* keine Privilegien habe. Innerhalb anti-rassistischer PoC Kreise wurde mir beigebracht, dass wir als People of Color ganz unten stehen auf der Privilegierungs-Leiter. Lange habe ich mich als Third World Person bezeichnet - immerhin wurde ich doch in einem dieser ausgebeuteten Dritte Welt Länder geboren. Und was Klasse anging? Ja, da fand ich mich mit meinen Ausländerjobs machenden Eltern auch ganz schön deprivilegiert.

Was sind nun also diese ›Privilegien‹ von denen in verschiedensten linken sowie nicht-linken Kreisen so viel gesprochen wird?! Und: wenn ich kein Bock auf sie habe - kann ich sie dann einfach mal abgeben?! Ich bin Deutsche Staatsbürgerin* - seit 2011. Es hat mich einige hundert Euro und einige Vorsprechen bei einer Beamtin des Bezirksamts Pankow von Berlin gekostet - und Schwups; eine Hand auf das Deutsche Grundgesetz, eine Hand zum Eid gehoben:

»ICH WERDE DAS DEUTSCHE GRUNDGESETZ IMMER SCHÜTZEN«

- oder so ähnlich. Und es ist genau dieses Grundgesetz, welches fundamental zwischen Menschen und Menschen unterscheidet. Deutsche und Nicht-Deutsche. Staatsbürg*erinnen und Nicht-Staatsbürg*erinnen.

Egal wo - der Westen schirmt sich ab von dem selbstverursachten Übel und entscheidet heiter daher. Die einen dürfen leben, die anderen verrecken - sei es auf dem Meer zwischen Lybien und Italien oder auch vor der Küste Australiens, aufgespießt an den Zäunen der spanischen Kolonien Melilla und Ceuta, verhungert in den Wäldern zwischen Mexico und den USA oder zu Tode gefoltert in türkischen Abschiebegefängnissen. All diese Wunden werden von Tag zu Tag tiefer und kriechen mehr und mehr in die Realität von Erste Welt Bürg*erinnen - wie mir. Denn ich bin schon lange nicht mehr »Third World« - zu sehr bin ich geprägt von dieser Ersten Welt, zu viel ist für mich zu selbstverständlich; Sachen wie eine Krankenversicherung oder öffentlich zugängliche Bildung; das Wissen bei einer Verhaftung sehr wahrscheinlich nicht zu Tode geprügelt zu werden oder auch ganz banal: volle Supermärkte. Und doch beschweren wir uns. Zu Recht! Denn die Scheiße sitzt tiefer als mein staatsbürgerlich priviligiertes Leben auf Anhieb zeigen mag. Die Scheiße sitzt tatsächlich so tief, dass wir tot geglaube Theorien doch wieder heranziehen müssen; es nicht ausreicht »safer spaces« in einem unglaublich unsafem space zu schaffen.

WER KANN WO ›SICHER‹ SEIN?

Ja, mich kotzen Cops auch an; es schmerzt mich zu sehen wie in Pakistan oder Bangladesch Arbeit*erinnen verbrennen um die Klamotten herzustellen, die ich mir gerade so leisten kann. Und? Was jetzt? Ohnmächtigkeit schafft Frust. Und Frust führt zu unbedachten Aktionen oder zum Nichtstun. Also doch was tun - sich organisieren. Strukturen schaffen. Aktiv werden! Sonst ist es bald zu spät - und wir werden nicht sagen können »wir wussten von nichts«. Wir wissen - zu viel um nichts dagegen zu tun.

Am Samstag, den 3. Mai 2014 sind 25 Männer* aus verschiedenen afrikanischen Ländern am Alexanderplatz in den Hungerstreik getreten. Sie forderten den Stopp aller Abschiebungen, Aufenthaltsrecht für alle Streikenden, sowie die Abschaffung der Dublin-Verträge. Nichts Neues für die bundesdeutsche Öffentlichkeit. Als am Dienstag Mittag absolut nichts passiert war, weder von der Zivilgesellschaft noch von der Politik, beschlossen die verbleibenden 14 Männer* ab Mitternacht zusätzlich in den Durststreik zu treten. Hiermit setzten sie das letzte Mittel ein was ihnen politisch blieb. Wie einer der Hunger- und Durststreikenden sagte: »wenn uns die Deutschen Behörden abschieben wollen, dann können sie uns gleich hier, einen nach dem anderen, aufstellen und uns direkt erschießen. Für uns wäre es das Gleiche. Nur: das Eine wäre eine öffentliche, keine geheime Hinrichtung.«

IST DAS BOOT WIRKLICH VOLL?

Seit Jahrzehnten werden Drohszenarien geschaffen um Menschen mit ähnlichen Interessen zu spalten - denn egal wo, all unsere Leben sind bestimmt von den ökonomischen Interessen einer kleinen Elite. Und diese Elite hat weder ein bestimmtes Geschlecht noch eine bestimmte »Farbe«! Das Boot ist also absolut nicht voll! Es ist an uns, Menschen die in diesem Land Bürger*innenrechte genießen, alle Noteingänge zu öffnen und alles daran zu setzen, dass alle Menschen die in diesen Staatsgrenzen Schutz suchen, diesen auch bekommen. Nicht mehr auf Behörden verlassen - sondern selber, als Nachbar*innen, als Kolleg*innen zusammen handeln, Räume schaffen, Schutz garantieren; ist das nicht »grassroots«? Etwas weniger Quatschen, Twittern und Liken - und etwas mehr on the ground verändern! Und endlich, endlich die Probleme radikal, also von der Wurzel, anpacken!

Wäre die Deutsche Migrationspolitik rassistisch (= weiß vorherrschaftlich), dann würden die ganzen schwarzen und braunen IT-Spezialist*innen, Chirug*innen, Zahnärzt*innen, Professor*innen

und Biochemik*erinnen nicht schupdiwup innerhalb weniger Wochen Visa bekommen und langfristig in Deutschland bleiben können. Die deutsche Migrationspolitik richtet sich nach den Maßstäben deutscher wirtschaftlicher Interessen – und ist dementsprechend ganz banal: kapitalistisch. Dass (kolonial-) rassistische Praxen (wie die Residenzpflicht, die unter genau dem gleichen Namen bereits in den Deutschen Kolonien angewendet wurde) eine wichtige Rolle in der Überwachung und Kontrolle von nicht so »nützlichen« Arbeit*erinnen fungieren sei hiermit nicht abgestritten. Jedoch ist dies nur so, da braune und schwarze Menschen oft als Teil eines Subproletariats oder gar eines Surplus-Proletaritas, also einer für den Kapitalismus »überflüssigen« Masse verhandelt werden, die genau aus diesen Gründen eingepfercht und nur bei Bedarf abrufbar gemacht wird (wir erinnern uns: 1€-Jobs für das Tragen von Koffern etc.).

Bis dato haben die Streikenden von Asylum Rights Evolution wenig Aufmerksamkeit einer ach so ›linksradikalen‹ Szene bekommen – neben ein paar Einträgen auf Antifa-Blogs bleibt die ›große Solidarität‹ aus. Es scheint fast so als würden sich die revolutionären Kräfte der Stadt lieber auf Soli-Partys zeigen als konkret bei Wind und Regen Schichten zu übernehmen.

Daher dieser Text, daher dieser Aufruf: wer »Solidarität muss praktisch werden« ruft, der muss dies auch irgendwie umsetzten – und zwar nicht durch die gängige Charity, wie mal eine Person zur Ausländerbehörde zu begleiten (das verändert kein System sondern hält genau diese Ausländerbehörde überhaupt am laufen!) sondern durch praktische Veränderungen in der lethargischen »linken« Praxis im Bezug auf Asylsuchende. Solange wir weiterhin Deutschkurse und Anwält*innen stellen, solange wir weiterhin die Lücken des System zu füllen suchen – und dabei nicht gleichzeitig täglich auf die Barrikaden gehen und das komplette Versagen dieses Systems aufzeigen, solange werden wir weiterhin als »linke Gutmenschen« genau diese Art von Politik mit aufrecht erhalten!

Nein, wir können unsere Privilegien, als deutsche Staatsbürg*erinnen, als privilegierte der Zentrum-Peripherie Dichotomie nicht abgeben. Nie. Alles was wir tun können ist hiermit verantwortlich umzugehen, zu handeln. Unsere Privilegien nutzen und diese so vielen Menschen wie möglich zugänglich machen. Seien dies Sprachkenntnisse, Wissen zu vergangenen Kämpfen, Wissen um gesellschaftliche Strukturen, Wissen um Subversion und und und. Denn jetzt liegt es auch an uns praktisch tätig zu werden und die Bücher und Laptops nicht primär als Orte linker Politik zu begreifen. Den Hunger- und Durststreikenden läuft nämlich genau jetzt die Zeit davon – und, wo bleiben wir? ✖

ÜBER DIE AUTORIN:

✖ *Eleonora Roldán Mendívil ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Freie Bildungstrainerin zu den Themen white Awareness und PoC-Empowerment. Sie ist 1993 mit ihren politisch verfolgten Eltern als Asylsuchende nach Deutschland gekommen und ist seit 2012 als Unterstützerin selbstorganisierter Asylsuchendenkämpfe aktiv.*

DER ARTIKEL WURDE ZUERST ONLINE VERÖFFENTLICHT UNTER:

✖ *http://cosasquenoserompen.noblogs.org/post/2014/05/10/privilegien-nutzen-zum-hunger-und-durststreik-von-asylum-rights-evolution/*



NOUS SOMMES LES REFUGIES

DIE LEBENSWIRKLICHKEIT DER FLÜCHTLINGE IM LAGER HENNIGSDORF

FLÜCHTLINGE AUS DEM LAGER HENNINGSDORF

Im Landkreis Oberhavel befindet sich das Heim von Hennigsdorf, ca. 10 km vom Gesundbrunnen entfernt. Die Asylbewerber in Deutschland allgemein und speziell in Hennigsdorf sind während des Asylverfahrens vielfältigen Problemen ausgesetzt, Problemen, die mit der Residenzpflicht zu tun haben, der Isolation in Lagern, der Frage nach dem Recht auf Bleiben, der Diskriminierung sowie dem Rassismus in all seinen Ausformungen...

In Hennigsdorf werden die Flüchtlinge zu den bereits genannten Schwierigkeiten auch noch mit dem Problem des Gutscheins konfrontiert. Sie erhalten de facto 190 Euro in Form von Gutscheinen und 140 Euro in Bar. Die rassistische Dimension, die der Gutschein impliziert, ist die, dass er die Empfänger*innen der Freiheit beraubt, das auszuwählen, was sie wollen. Denn mit diesen Papieren kann man keine Kosmetikartikel oder pharmazeutische Produkte kaufen. Man kann nicht zum Friseur oder etwa ein Wörterbuch erwerben, um die Sprache zu lernen. Man kann sich kein Kinoticket kaufen und – schlimmer noch – kein BVG-Ticket; man kann sich noch nicht einmal einen Bibliotheksausweis leisten. Glauben die wirklich, dass wir nur für einen vollen Magen leben? Und man sollte hier wohl anmerken, dass das Gesetz zur Aufhebung des Gutscheins bereits vor 3 (DREI) Jahren im Parlament verabschiedet wurde. Aber der Landrat Karl-Heinz Schröter (SPD) tut alles dafür, um die Gutschein-Praxis aufrechtzuerhalten, wohingegen sie in anderen Landkreisen längst abgeschafft wurde. Dieses Gutschein-System ist der Höhepunkt der rassistischen Struktur, die die Gesellschaft in den Bereichen Oberhavel und Hennigsdorf durchzieht. Faktisch liegt das Heim ja mitten im Wald, wodurch die rassistisch motivierte Abspaltung vom Rest der Gesellschaft deutlich sichtbar wird: die klare Ablehnung jeglichen Kontakts mit den Menschen, die von »da draußen« kommen – diese minderwertigen Subjekte...

Mit Blick auf diese Gegebenheiten stellen wir uns oft die Frage, ob wir uns immer noch im rassistischen Zeitalter der amerikanischen Gesellschaft befinden, wo Weiß und Schwarz sich auf den Tod hassen und gegenseitig umbringen wollen.

Wie sieht so ein Leben eines Menschen aus – ohne Recht auf Arbeit? Ohne das Recht zu studieren? Ohne das Recht frei zu leben, wie und wo er will? Sogar ohne zu wissen, ob er das Recht hat zu bleiben. Oder, besser noch, ohne zu wissen, bis wann er bleiben kann.

Wenn es stimmen sollte, dass Flüchtlinge nach einer gewissen Aufenthaltsdauer eine Arbeitserlaubnis erhalten dürfen, so stimmt es ebenfalls, dass in Hennigsdorf niemand von dieser Regelung weiß, oder zumindest hat man dieses Wissen darum aus der Welt geschafft. Hingegen ist jedem gut bekannt, dass man Reinigungsjobs für 1 (EINEN) Euro/Stunde machen kann. EIN Euro pro Stunde! Ist das nicht eine neue Form des Kapitalismus? Was den Bildungsbereich betrifft kann man sagen, dass dem Flüchtling von vornherein nicht das Recht zusteht, zu studieren. Hennigsdorf verfügt über keinerlei pädagogische Einrichtung, die die Kleinen auffängt – wo sie doch gerade darauf angewiesen wären. Diese unschuldigen Opfer des Systems! Die Kinder von drei, vier oder fünf Jahren irren den ganzen Tag auf den Gängen umher – welch unglückliches, frustrierendes Klischee, vor allem im Blick auf die Zukunft der Wissenschaft. Wir fragen uns sehr wohl, ob die Leitenden im Bereich Oberhavel sich nicht genau dieser Entwicklungslogik auf lange Sicht verschrieben haben. Wie sonst wäre diese Situation zu erklären? Und wenn wir in Hennigsdorf ankommen, braucht es rund 9 (NEUN) Monate, bis wir mal »Guten Tag« auf Deutsch sagen können. Welchen Plan haben die Verantwortlichen für uns Flüchtlinge?

Aus unserer bescheidenen Sicht ist der Plan für uns Flüchtlinge, uns zu frustrieren, uns in den Heimen festzuhalten unter dem Vorwand des dummen Gesetzes der Residenzpflicht. In Hennigsdorf existiert keine wirkliche Infrastruktur, die eine Entfaltung oder Selbstverwirklichung ermöglichen würde: Es gibt keinen Internetzugang, keine Post, kein Fernsehen, kein Radio und das trotz des tatkräftigen Einsatzes von politischen Aktivisten, mit dem Ziel, zumindest eine Internetverbindung zu errichten. Und das zu erwartende Resultat: Stress und Depression, die die Flüchtlinge in den Selbstmord treiben. Es ist anzumerken, dass gemäß einer Studie, die 2008 von den Vereinten Nationen durchgeführt wurde, Deutschland das Land weltweit ist, in dem die Flüchtlinge am häufigsten Selbstmord begehen. Was für ein Weltrekord! So ist es ganz besonders schlimm, wenn ein Flüchtling einen Brief erhält, will sagen einen Abschiebungsbescheid, der ihn zurückschickt in das Land, in dem er bereits auf der Straße geschlafen hat, im Gefängnis war oder gefoltert wurde, kurz: wo er sich seiner Menschenrechte aufs Übelste beraubt sah (Ungarn, Italien, Spanien, Bulgarien, Polen...). Also diese Länder, in denen es so chaotisch zugeht, dass diese Menschen als solche gar nicht wahrgenommen werden... Dies zeigt das furchtbare Ausmaß der Dublin-Verordnung. Ein pakistanischer Freund sagte, als er solch einen Brief erhielt, in dem ihm seine Abschiebung nach Ungarn angekündigt wurde: »Ich befinde mich auf der letzten Etappe meines Lebenswegs, denn anstatt nach Ungarn zurückzukehren, wo man mich auf direktem Weg nach Pakistan abschieben würde (denn eine solche Vereinbarung besteht zwischen Ungarn und Pakistan), bringe ich mich lieber um.« Diese Art von organisiertem Hinterhalt, von der Polizei initiiert, lässt sich häufig beobachten, wo die Flüchtlinge angehalten, aufgegriffen und deportiert werden. Welches menschliche Wesen würde nicht bessere Lebensbedingungen anstreben? Welches Urteil will man fällen über diese illegalen und unmenschlichen Deportationen?

In Hennigsdorf fordern wir bessere Lebensbedingungen in den Heimen, Bildung für alle, die Wiederherstellung des Rechts auf Arbeit für Flüchtlinge, die schon mindestens ein Jahr auf deutschem Boden verbracht haben. Wir fordern menschlichere Bedingungen und vor allem die Abschaffung der folgenden Punkte: Residenzpflicht, Gutschein, Isolation in Lagern und Deportation. Wir fordern, dass unsere Rechte und unsere Freiheiten, die verletzt und uns geraubt wurden, uns wiedergegeben und zugestanden werden.

WIR SIND MENSCHLICHE WESEN, GENAUSO WIE IHR. UND GENAUSO WIE IHR HABEN WIR EIN RECHT AUF GLÜCK UND AUF MENSCHLICHE LEBENSBEDINGUNGEN. WIR SIND WEDER KRIMINELLE NOCH BETTLER:
WIR SIND DIE FLÜCHTLINGE.

ÜBER DIESEN TEXT:

- *Übersetzung aus dem Französischen von Marenka Kress*

WOMEN IN EXILE ERHÄLT CLARA-ZETKIN-PREIS

AUSZEICHNUNG FÜR FRAUENPOLITISCHES ENGAGEMENT

ZAG

Women in Exile wurde mit dem Clara-Zetkin-Frauenpreis 2014 ausgezeichnet. Der Preis würdigt das herausragende Engagement von Frauen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft einsetzen. Die Partei DIE LINKE und die Linksfraktion im Bundestag vergeben die Auszeichnung seit 2011 alljährlich anlässlich des Frauentages am 8. März. Women in Exile engagiert sich seit 2002 gegen die doppelte Diskriminierung von geflüchteten Frauen als Flüchtlinge und als Frauen. Dazu informieren sie Bewohnerinnen der Heime über ihre Rechte und setzen sich für die Abschaffung von Lagern ein.

Besonders pikant ist diese Ehrung, da in Brandenburg DIE LINKE mit in der Landesregierung sitzt. Deshalb appelliert Elisabeth Ngari von »Women in Exile« insbesondere an DIE LINKE in Brandenburg: »Seit Jahren tragen wir unsere Forderungen an die Brandenburger Landesregierung heran. Doch geändert hat sich bisher nichts. Im Gegenteil, die Zahl der Sammelunterkünfte hat sich in den selben Jahren fast verdoppelt und immer noch gelten Mindeststandards von sechs Quadratmeter pro Person. Wir hoffen immer noch, dass sich das bald ändert. Darüber würden wir uns noch mehr freuen, als über einen Preis.« ✖

WOMEN IN EXILE RUFEN AUF!

FLÜCHTLINGSFRAUEN WERDEN LAUT! AKTIONSTOUR QUER DURCH DEUTSCHLAND

WOMEN IN EXILE

Gefahrenvolle Reisewege, herum geschoben durch ganz Europa, untergebracht in Sammelunterkünften oft weit weg von jeder Infrastruktur, Gutscheine, Arbeitsverbote, ein alltäglicher Kampf um ausreichende medizinische Versorgung, immer gegenwärtig die Angst vor Abschiebung... und Sexismus, wie ihn jede Frau erlebt noch dazu... wir Flüchtlingsfrauen haben allen Grund laut zu werden und ein menschenwürdiges Leben einzufordern.

WIR LADEN ALLE FLÜCHTLINGSFRAUEN EIN, MIT UNS ZUSAMMEN LAUT ZU WERDEN!

Im Sommer 2014 wollen wir uns gemeinsam mit anderen Flüchtlingsfrauen an einem Projekt des Musikers Heinz Ratz und seiner Band Strom & Wasser beteiligen:

Auf Flößen werden wir vom 14.7. bis 27.8. über Flüsse und Kanäle von Nürnberg bis Berlin reisen, als schwimmende Demonstration auf die Situation von fliehenden Frauen und Kindern aufmerksam machen und lautstark unsere Forderungen in die Öffentlichkeit tragen.

Außerdem wird ein Rahmenprogramm in den Flüchtlingsunterkünften stattfinden, dabei wollen wir mit Flüchtlingsfrauen ins Gespräch über ihre Sorgen und Probleme kommen und sie zu den abendlichen Konzerten von 'Strom und Wasser feat. The Refugee Women' einladen. Diese abendlichen Konzerte werden so zu Begegnungen zwischen deutschem Publikum und Flüchtlingsfrauen. Die Tour-Termine finden sich hier: www.strom-wasser.de

Wir wollen diese Reise mit euch nutzen, um uns mit anderen Flüchtlingsorganisationen zu vernetzen und mit Flüchtlingsfrauen in ganz Deutschland zu sprechen und werden über unsere Erlebnisse während der Tour auf einem Webblog berichten. So werden wir die Situation von Flüchtlingsfrauen in Deutschland dokumentieren und unsere und eure Anliegen und unseren und euren Widerstand öffentlich machen.

Flüchtlingsfrauen, Schwestern, Freundinnen, Unterstützerinnen, Aktivist_innen: Kommt mit!

Unterstützt uns als Reporterin, Fahrerin, Übersetzerin, mit Kinderbetreuung...!

Wenn ihr Interesse oder Fragen habt meldet euch:
info@women-in-exile.net



VERFLUCHT SEI DAS INTERNET!

EINE ÜBERSICHT ÜBER AKTUELLE KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN

CARLO VON LYNX

Im letzten Sommer wurde dem Internet die Unschuld genommen. Wir wissen nun, dass wir in einem Wilden Westen leben, in dem nicht nur das Briefgeheimnis, sondern auch das virtuelle Versammlungsrecht mit Füßen getreten wird. Rein rechtlich dürfte das alles gar nicht passieren – in den meisten Ländern gibt es Grenzen, wie weit die Überwachung gehen darf – aber wie ahndet man etwas, was technisch nicht nachweisbar ist? Wir können den wildgewordenen Cowboys also nur Einhalt bieten, in dem wir das Internet um Schutzmaßnahmen aufrüsten und von unseren Regierungen einfordern, dass solche Schutzmaßnahmen zur Pflichtübung werden.

In der Praxis ist die Lage aber nach wie vor recht düster. Auch wenn seit Snowden wöchentlich neue Technologien auftauchen, sind die grundsätzlichen Probleme nach wie vor schwer zu lösen. #youbroketheinternet ist eine Initiative, welche die Trommel rührt für Technologien, die das Internet von Grund auf auf neue Beine stellen wollen. Diese gibt es tatsächlich, sie brauchen noch ein wenig Zuwendung, Knete und Aufmerksamkeit. In der Zwischenzeit können wir Euch eine Handvoll Kompromisslösungen anbieten. Unzureichend, aber besser als nichts. Eines haben sie alle gemeinsam, sie verschlüsseln die Inhalte der Gespräche. Was alles Weitergehende betrifft, da trennen sich Weizen und Spreu. Ich werde jetzt mit Projektnamen um mich werfen. Ihr werdet es schon hinkriegen diese zu finden und fehlendes Wissen durch Wikipedia aufzustocken, ja? Wichtig sind dabei die jeweiligen Vor- und Nachteile.

Übersicht über aktuelle Kommunikationstechnologien für Aktivist*innengruppen aus der Sicht von http://youbroketheinternet.org – einer Gruppe von Hacktivisten aus dem CCC-Umfeld.

E-MAIL MIT PGP (UND SCHLEUDER)

VORTEILE:

- ✖ Vertrauenswürdigkeit der Software:[1] 99 %

NACHTEILE:

- ✖ Sauschwer richtig zu benutzen
- ✖ Gefahr, versehentlich unverschlüsselt zu versenden
- ✖ Sichtbarkeit der Vorratsdaten (wer mit wem)
- ✖ Sichtbarkeit der Betreffzeilen, Datenmengen, Gesprächsintensität
- ✖ Nachträgliche Entschlüsselbarkeit[2]
- ✖ Wird garantiert von der NSA archiviert, für alle Zeiten

POND, DAS NEUE MAILSYSTEM VON TOR

VORTEILE:

- ✖ Schlauer Schutz aller denkbar schützenswerten Daten
- ✖ Extrem schwer für Gegner anzugreifen, sogar für die NSA
- ✖ Einfach und unmöglich falsch zu benutzen
- ✖ Vertrauenswürdigkeit der Software:[1] 80 %
- ✖ Vergisst vergangene Gespräche nach einer Weile, außer man klickt »Aufbewahren«
- ✖ Kann auch Dateien versenden, irgendwie

NACHTEILE:

- ✖ Untauglich für Gruppenkommunikation
- ✖ Derzeit noch umständlich zu installieren
- ✖ Benötigt den Betrieb von Servern[3]

RETROSHARE, PURES PEER-TO-PEER

VORTEILE:

- ✖ Bietet Chat, Messaging, Mail, Foren und sogar sicheres File Sharing
- ✖ Gewöhnungsbedürftig, aber schwer falsch zu benutzen.

NACHTEILE:

- ✖ Sichtbarkeit der Vorratsdaten und Datenflüsse
- ✖ Vertrauenswürdigkeit der Software:[1] 70 %
- ✖ Beiträge im Forum nachträglich entschlüsselbar[2]
- ✖ Software muss möglichst immer laufen, Last: mittel

TIPS:

- ✖ Unbedingt Pseudonym verwenden, da Username einsehbar
- ✖ Besser nur echte Freunde hinzufügen

RETROSHARE IN KOMBINATION MIT TOR

VORTEILE:

- ✖ Hinreichender Schutz aller Daten usw
- ✖ Bietet Chat, Messaging, Mail und Foren
- ✖ File Sharing nur für kleine Datenmengen empfehlenswert
- ✖ Gewöhnungsbedürftig, aber schwer falsch zu benutzen.

NACHTEILE:

- ✖ Tor-Konfiguration nach wie vor undokumentiert, also sehr schwierig
- ✖ Vertrauenswürdigkeit der Software:[1] 60 %
- ✖ Beiträge im Forum nachträglich entschlüsselbar[2]
- ✖ Software muss möglichst immer laufen, Last: gering, da kein peer-to-peer

SERVER AUF TOR-BASIS

VORTEILE:

- ✖ Ziemlich sichere Angelegenheit, solange keiner weiß, wer den Server betreibt.
- ✖ Hinterlässt keine Spuren, wenn man sicheren Browser verwendet.
- ✖ Bietet alles, was die open-source-Welt an Webdiensten, Groupware zu bieten hat.
- ✖ Vertrauenswürdigkeit der Software:[1] Tor 90 % ... der Rest, kommt drauf an
- ✖ Jeder kann den Server von zuhause aus betreiben, DSL reicht

NACHTEILE:

- ✖ Serverbetreiber weiß alles. Wenn jemand den Server findet, ebenfalls.
- ✖ Man muss regelmäßig hinsurfen, um neue Nachrichten zu erhalten.
- ✖ Zum Austausch großer Datenmengen nicht so geeignet.

I2P

VORTEILE:

- ✖ Chat, Mail (»Bote«), Foren, File Sharing, Serverdienste
- ✖ Gewöhnungsbedürftig, aber schwer falsch zu benutzen.
- ✖ Wie auch bei Tor kann man eigene Server von zuhause aus einbringen.

NACHTEILE:

- ✖ Unbekannt, ob die Schutzmethode der Vorratsdaten tatsächlich funktioniert.
- ✖ Vertrauenswürdigkeit der Software:[1] 70 %
- ✖ Software muss nicht immer laufen, Last: mittel
- ✖ Installation benötigt mehrere Bauteile

In allen Fällen ist eine Installation von neuer Software unausweichlich. Ebenfalls ist es unvermeidlich, dass man sich die Mühe macht, die nötigen bürokratischen Prozeduren durchzugehen, damit die Computer einander cryptographisch gesichert kennenlernen. Da hilft es überhaupt nicht, dass man E-mail bereits hat. Man fängt so oder so bei Null an. Oft reicht es auch, bestimmte Schlüsseldateien per USB-Stick auszutauschen. Bei Pond reicht es dem Computer eine gemeinsam ausgemachte Geheimphrase beizubiegen, z.B. »D1g1tale Int1msphäre 1st me1n Recht.«

Außerdem hat sich Mumble in vielen Arbeitsgruppen als unvermeidliches Arbeitsmittel etabliert. Da alle Alternativen unsicher oder nicht vertrauenswürdig sind, hat sich diese Software für Audiokonferenzen konkurrenzlos durchgesetzt. Man benötigt einen Server, dem man leider 100%ig vertrauen muss, da er alle Gespräche aufzeichnen kann. Manche setzen ihn hinter Tor auf, aber das kann die Sprachverständlichkeit behindern. Mumble ist erstmals nervig zu installieren (man muss eine push-to-talk Taste definieren, sonst wird man kirre), aber anschließend kann man sehr gut dezentrale Meetings abhalten. Wichtig wäre es, bei der ersten Kontaktaufnahme mit dem Server, dessen Zertifikat zu kennen, (z.B. In dem der Betreiber die Fingerprint-Quersummen des Zertifikats zuvor auf anderem sicheren Weg mitgeteilt hat). Anschließend speichert der Client das Zertifikat, und schlägt Alarm, sollte sich dieses jemals ändern - viel schlauer als ein gewöhnlicher Web-Browser also.

Dem Firefox kann man so ein Verhalten übrigens auch beibringen, in dem man das »Certificate Patrol« Add-on installiert. Wenn anschließend ein Angreifer systematisch alle HTTPS-Verbindungen zu kapern versucht (so wie es einem heutzutage in einer Firma oder Uni passieren kann), dann gehören plötzlich alle Zertifikate einem einzigen Anbieter, und man weiß Bescheid. Ärgerlich ist, dass manche Websites andauernd ohne Not ihre Zertifikate austauschen und dadurch die Möglichkeit zum Selbstschutz beeinträchtigen. Man kann dem Add-on beibringen diese zu ignorieren, aber dann sind genau diese ein möglicher Angriffsvektor.

Andererseits, wer über Google Geheimnisse austauscht ist sowieso doof. Dank brillanter Gesetzgebung ist kein U.S. Dienst vertrauenswürdig, nicht einmal die mit Hippievergangenheit. Somit sollte man zum durchsuchen des Webs auch nicht DuckDuckGo verwenden, sondern bis auf Weiteres lieber das holländische ixquick.

Die Sicherheit des Computers selbst ist auch eine ernstzunehmende Angelegenheit. Mit einem beliebigen Linux ist man in der Regel aus dem Schneider. Manche Linuxe sind speziell auf Hacktivismus und Schutz der Anonymität zugeschnitten und sollen mit Absicht nur von schreibgeschützten Medien (CD, USB mit Schalter) aus benutzt werden: Whonix, TAILS oder Libertè Linux. Denn falls es einem Angreifer doch gelingt einzubrechen, dann ist es besser, wenn der Spuk vorbei ist, sobald der Strom aus ist.

Bei so ziemlich allen Computern neuer als Mitte 2000 ist anzunehmen, dass eine nichtabschaltbare Fernsteuerungsfunktion existiert - diese wird scheinbar für den Kriegsfall zurückgehalten - somit sind keine nachvollziehbaren Fälle bekannt, in denen diese Schnittstelle benutzt worden ist. Manche behaupten sogar, es gebe sie nicht. Jedenfalls lohnt es sich nicht auf dieser Ebene zu spekulieren, da niemand von uns wichtig genug ist, dieses Staatsgeheimnis zu lüften. Außerdem stecken alle Projekte von sogenannter free hardware noch in Kinderschuhen, aber es lohnt sich diese zu unterstützen.

Die ganze Architektur unserer Sicherheit wackelt, aber dennoch lohnt es sich das Beste zu versuchen. Manche Lücken sind einfach zu wertvoll, als dass man sie auf einfache Bürger*innen wie uns verfeuern würde - denn jedes Leck fliegt irgendwann auf und wird geflickt. Man tut der Angreiferseite einen Gefallen, wenn man die Methoden, die tatsächlich funktionieren, zu benutzen verpasst.

EIN NEUES INTERNET

Mit youbroketheinternet.org versuchen wir nicht jeden einzelnen Rechner einbruchsicher zu machen, aber einen Riegel vor die demokratiegefährdende Massenüberwachung zu schieben. Projekte wie Tribler, secushare, GNUnet führen dabei die Arbeit fort, die Pioniere*innen wie Freenet, Tor und I2P geleistet haben. Ein Internet, welches keine leicht fälschbaren Domain-Adressen mehr verwendet (blafasel.com, schwätz.de, ihr wisst schon), sondern bei jedem Handgriff auf selbst regulierte, autoritätsfreie Ende-zu-Ende-Verschlüsselung setzt - sicherer als heutiges Online-Banking.

Diese neuen Technologien sind sogar zur Mesh-Vernetzung und eigenständigem Routing fähig. Das heißt, dass Nachbarn ihre WLANs damit direkt vernetzen können, aber auch dass man Interkontinentalleitungen sicherer einsetzen kann als heute, wo alles per Handschlag geregelt ist. 2010 gab es einen Unfall, bei dem 15 Minuten lang der ganze Datenverkehr in die USA über China geleitet wurde. Ein dümmliches Versehen eines einzelnen Angestellten der chinesischen Telekom, stimmt's? Der chinesische Geheimdienst wird sich gefreut haben. Da gab es mal ordentlich was zu schnorcheln. Mit GNUnet wäre das technisch unmöglich gewesen.

Im Rahmen der großen Politik stehen wir meines Erachtens vor dem Risiko grundsätzlich die Chance der demokratischen Partizipation zu verspielen. Wenn wir in Zukunft mit Demos nicht nur nichts mehr erreichen (was ein Indikator ist, wie weit die Lage schon verkorkst ist), sondern gar nicht mehr fähig sind, sie frei zu organisieren, dann werden wir auch zu den wichtigsten Themen unserer Zeit keine ernst genommene Stimme mehr beitragen können.

Alle gewählten Repräsentant*innen verstecken sich hinter dem Deckmantel der vermeintlich ausreichenden, gewählten Repräsentation, und der Planet wird gegen die Wand gefahren, wie sich die Wissenschaftler*innen weitgehend einig sind. Netzpolitik ist somit Politik des Rechts mitzumachen, der wissenschaftlichen Vernunft eine Chance zu geben gegenüber Verflechtung und Beeinflussung. Besonders in Anbetracht der Chancen von Liquid Democracy, welche mal geschickt, mal naiv, aber bestimmt unangemessen zerredet wurden.

Somit finde ich keinen Anlass wichtiger um auf die Straße zu gehen. Am besten monatlich. Einen Vorschlag, wie Regierungen geschützte Kommunikation per Gesetz einfordern könnten, ist auf unserer Homepage verlinkt (»legislation«). Im öffentlichen Diskurs wird solch eine Option nicht mal angedacht. Totale Denkblockade. Man starrt ratlos auf einzelne Privathandys und lenkt davon ab, dass laut Edward alle Handys aufgezeichnet und verwertet werden. Stichwort XkeyScore, die Suchmaschine, mit der man alle Konversationen der technisierten Menschheit bequem und schnell gugeln kann (Facebook, Skype, Mail, SMS, Telefonie). Auch die deutsche Regierung hat Zugriff darauf, sagt Edward. Alle ausser Eurer, wenn Ihr heute anfangt die richtige Software zu benutzen. Vermeidet diese aus dem Netz zu laden. Verteilt sie am besten auf sicherem Weg untereinander, per CD und Stick, samt Euren cryptographischen öffentlichen Schlüsseln. ✖

ÜBER DEN AUTOR:

✖ *carlo von lynx: Hacktivist und Pirat.*

ENDNOTEN:

1 *Vertrauenswürdigkeit der Software ist, wie der Heartbleed-Bug von openssl neulich gezeigt hat, ein heikles Thema. Auch die meistbenutzten Programme können versehentlich oder absichtlich spektakuläre Sicherheitslücken enthalten. Im Fall von Heartbleed kann angenommen werden, dass die NSA zwei Jahre lang damit sein BULLRUN-Projekt zum abschnorcheln allerlei HTTPS-Verbindungen betrieben hat, statt die Öffentlichkeit vor dieser eklatanten Lücke zu warnen, die vermutlich alle anderen Geheimdienste und kriminellen Organisationen ebenfalls zu nutzen wussten. Dennoch lehne ich mich aus dem Fenster und gebe Abschätzungen ab, anhand des Codes, der Autoren, der Arbeitsweisen und der Einschätzung aus der Hacker*innenCommunity. Kleine Projekte mögen zwar noch Fehler machen, dafür werden sie noch nicht von den Diensten infiltriert. Bei Serveranwendungen spielt noch die Sicherheit ebendieser hinein.*

2 *Sogenannte »perfect forward secrecy« ist die Eigenschaft einer verschlüsselten Kommunikation, da nicht der Hauptschlüssel verwendet wurde, sondern ein sich regelmäßig erneuender. Dadurch kann das Material nicht nachträglich entschlüsselt werden, falls der eigene Schlüssel in falsche Hände gekommen ist (etwa durch Virusverseuchung des Computers).*

3 *Der Server in Pond hat relativ wenig Macht und Wissen, dennoch sollte man nicht einfach den voreingestellten Server verwenden. Nicht weil die/der Programmierer*in von Google bezahlt wird, sondern weil der Server in den USA steht und man auf Dauer gesetzgebungsbedingt doch noch Vorratsdaten herausquetschen könnte. Die Wau-Holland-Stiftung betreibt einen Server für befreundete Hacktivist*innen, aber besser ist es, wenn jede Arbeitsgruppe eine*n Freiwillige*n findet, die/der das selbst macht Enormer Vorteil von Pond-Servern: man kann und sollte ihn von zuhause aus betreiben.*

RECHTS(D)RUCK: »HELLERSDORF« UND DIE FOLGEN

■ ZAG



Im Sommerloch des Jahres 1991 produzierten die Redaktionen etablierter Medienunternehmen mit ihren Publikationen das BILD eines potenziellen Ansturms von Geflüchteten, vor dem Europa und vor allem Deutschland stünde. In damals bereits typischer, bei genauerem Hinsehen aber recht eigentümlicher Weise bemächtigte man sich des Schicksals von Geflüchteten, um es gegen sie zu wenden. Übervolle Flüchtlingsboote, die mit Beginn des Jahres 1991 aus Albanien kommend an der italienischen Küste anlegten, fanden sich im politischen Sprachgebrauch in Deutschland in einer Metaphorik vom Staat als das eigentlich übervolle Boot wieder. Eindrücklichstes Beispiel dafür lieferte die erschütternde Photografie eines mit über 10.000 Flüchtenden aus Albanien völlig überladenen Frachters, der am 8. August 1991 in Bari anlegte.

Einen Monat später betitelte »Der Spiegel« in seiner Ausgabe vom 9. September 1991 die Illustration einer übervollen und zugleich bestürmten Arche BRD, die mit ihren schwarz-rot-goldenen hohen, steilen Bordwänden an einen Frachter erinnerte, mit »Ansturm der Armen«. Entlehnt war diese Kopplung von Flucht mit Ansturm einer mit »Das Boot ist voll!« überschriebenen Wahlwerbung der Republikaner vom Juni desselben Jahres.
Die rechten Rechtsaußen der CSU boten die scheinbar wirksamste Munition, indem eine im Grundrecht verankerte Lehre aus dem Nationalsozialismus endgültig ins Trommelfeuer der Meinungsbildung genommen wurde: das Grundrecht auf Asyl.

Mobilisiert hatte diese Agitation in Politik und Medien einen gänzlich anderen Sturm, der in dieser Form bis dahin kaum für möglich gehalten wurde. Er sollte zu einer Zäsur in der bundesrepublikanischen Geschichte werden. In der Ausgabe 62 blickte die ZAG auf die Kämpfe gegen diesen Sturm zurück. Seinen Anfang nahm er rückblickend, als am 17. September 1991 Neonazis auf dem Marktplatz von Hoyerswerda vietnamesische Händler angriffen. Es war der Auftakt für rassistische Ausschreitungen und Übergriffe, die in ihrer Dimension an die Zeit des Nationalsozialismus erinnerten: Menschen die unter Applaus und vor Fernsehkameras bei zeitweiser Abwesenheit der Exekutive Geflüchtete und Vertragsarbeiter_innen kollektiv angriffen. Vor allem die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen sollten dafür ein Jahr später traurige Berühmtheit erlangen.

Auch hier wurden die Ereignisse politisch gegen die Betroffenen gewendet. Eingebettet in die haarsträubend kurzgeschlossene Folgerung,

SCHWERPUNKT

dass Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft der Zuwanderung entspringe, setzten sich die rassistischen Ausschreitungen und Übergriffe 1993 als politisches Druckmittel und Begründung durch. Es brauchte die SPD und FDP für eine qualifizierte Zweidrittelmehrheit zur Änderung des Grundgesetzes, um das Grundrecht auf Asyl faktisch auszuhebeln. Ein rechtlich verankertes Bollwerk gegen den Faschismus war ganz demokratisch parlamentarisch zu Fall gebracht worden.

Im Jahr 2013 holten die Angriffe und Proteste gegen die Unterbringung von Geflüchteten in Berlin-Hellersdorf, Duisburg, Pätz, Schneeberg und an anderen Orten die Zeit zu Beginn der 1990er Jahre wieder ins Gedächtnis. Anders als vor zwanzig Jahren wurde in der Politik und den Medien mehrheitlich die von Neonazis geschürte Hetze gegen Wohnheime für Geflüchtete eilig verurteilt. Auf den etablierten Debattierbühnen der Meinungsdemokratie, in der Geflüchtete und Migrant_innen gar nicht oder nur moderat moderiert auftreten können, hat sich die Perspektive auf Flucht und Migration nach Deutschland indes nicht geändert. Migration wird vorrangig als Einwanderung oder Auswanderung zum Thema gemacht, als Mahnung, Menetekel oder Problem der Einwanderungsländer thematisiert. Die Probleme und Sichtweisen der geflüchteten Menschen bleiben ausgeblendet. Sichtbar wird dies beispielsweise an der zynischen Schiffsmetaphorik, die lediglich ihre grammatikalische Form geändert hat. Die Sorge um Europa und die Nation drückt sich nun nicht mehr im indirekten Imperativ »Das Boot ist voll!« aus. In zeitgemäß nüchterner Distanz einer beschreibenden Feststellung heißt es nun: »Die Boote sind voll«. Als Überschrift zu finden vor Artikeln zur europäischen Einwanderungspolitik von FAZ über Süddeutsche Zeitung bis zuletzt im Spiegel. Letzterer überschrieb in seiner Ausgabe vom 14.04.2014 mit diesem Titel einen Artikel zum Thema und ließ gegen Ende über die inhaltliche Perspektive keinen Zweifel mit der Frage: »Ist das Boot also voll?«. Und als wenn die Autor_innen dieses Artikels das Geschmäckle dieser Frage ahnen, lassen sie im gleichen Absatz Hamburgs Ersten Oberbürgermeister Olaf Scholz (SPD) zugleich fragen: »[...] aber was passiert, wenn die Leute sagen, es reicht?«

Aus den Ereignissen um das Sonnenblumenhaus in Rostock Lichtenhagen war die Lehre der antirassistischen und antifaschistischen Linken damals, dass man sich nicht darauf verlassen kann, dass Staat und Polizei diesem Mob entgegentreten werden, »wenn die Leute sagen, es reicht«. Zudem wurde geschlussfolgert, dass Antirassismus nicht nur Bedeutung im Kampf gegen Nazis gewinne, sondern sich auch gegen die rassistische Politik der Mitte und der staatlichen Institutionen richten müsse, in denen sich Rassismus verkörpert und aktualisiert. Zugleich haben die Geflüchteten die gesellschaftspolitische Isolierung durchbrochen und selbst eine Welle der Mobilisierung und des öffentlichen Interesses für Flüchtlingspolitik entfacht.

Die Proteste gegen die Flüchtlingslager im Jahre 2013 zeigten nun aber ein nach wie vor jederzeit abrufbares rassistisches Stimmungspotenzial. Den antirassistischen Gegendemonstrationen wird von Kommunalpolitiker_innen vorgeworfen, sie würden die Stimmung für linksradikale Agitation ausnutzen wollen. Ihre Kritik am institutionellen Rassismus wird gar nicht erst gehört.
Gleichzeitig werden von und mit den etablierten Parteien sogenannte »Bürgerversammlungen« durchgeführt, welche den Nazis und dem Mob der Bürger_innen die Möglichkeit bieten, für ihre rassistischen Weltvorstellungen unter dem Motto »Mehr Demokratie« oder »Wir wurden ja nicht gefragt« zu werben. Dennoch waren die antirassistischen Mobilisierungen und Aktionen in Hamburg, Hellersdorf und Schneeberg erfolgreich.

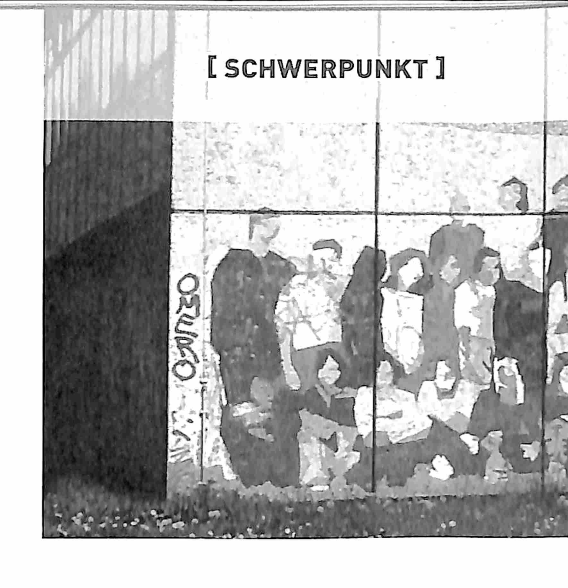
Im Rahmen der Debatten um die jüngsten Ereignisse in Hellersdorf und Duisburg wurde gefordert, nach neuen antirassistischen Antworten zu suchen, um nicht bei der Auseinandersetzung um dezentrale Unterbringung einerseits und dem aktiven Schutz von Sammelunterkünften für Geflüchtete andererseits stehen zu bleiben. Braucht es so etwas wie eine radikale antirassistische »Realpolitik«?

Mit dieser Ausgabe wollen wir den gegenwärtigen politischen Antirassismus beleuchten. Wir wollen fragen, inwieweit die gegenwärtige Situation eine neue politische Qualität besitzt, vor der antirassistische Gruppen stehen. Was bedeuten die von Hass erfüllten Proteste für die in Sammellagern untergebrachten Menschen? Was sollten antirassistische Forderungen sein, welche Formen und Inhalte antirassistischer Politik erscheinen heute erfolgreich? ✖

QUELLENANGABE:

✖ *Pagenstecher, Cord: »Das Boot ist voll« Schreckversion des vereinten Deutschland, in: Paul, Gerhard (Hrsg.): Das Jahrhundert der Bilder. Bd. 2. 1949 bis heute.*

✖ *»Die Boote sind voll: Seit Italien die Flüchtlinge aus dem Mittelmeer rettet, fliehen immer mehr Menschen nach Europa. Die Angst vor den Armen wird zum heiklen Thema im Wahlkampf«, in: »Der Spiegel«, Ausgabe 16 vom 14.04.2014 S. 32 – 34.*



WO WIR STEHEN, WOHIN WIR GEHEN

WIE WEITER IM KAMPF GEGEN RASSISMUS UND FASCHISMUS

JANA KRTEK, ZAG

Anlässlich der Angriffe auf Flüchtlingslager 2013 entwickelte sich eine rege Debatte, ob die Antifa- und Antira-Szene in einer Krise seien. Zum einen zeigten sich Schwächen in der Abwehr der Angriffe auf die Wohnheime und eine gewisse Ratlosigkeit, wie mit der Strategie der NPD-Kader, sich hinter Bürgerinitiativen zu verstecken, umzugehen sei. Andererseits wurde deutlich, dass die erzeugte rassistische Stimmung auch außerhalb bekannter Neonazi-Kreise in der Nachbarschaft von geplanten Flüchtlingsunterkünften auf Zustimmung traf.

In der AK, dem AIB, der Jungle World u. a. Zeitschriften sowie auf dem Antira-Kongress in Frankfurt und dem Antifa-Kongress in Berlin Anfang 2014 wurden diese Fragen diskutiert. Drei Themen lassen sich grob unterscheiden: (1) Diskussionen über Feuerwehrpolitik, also darüber, wie in Fällen der Ankündigung der Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft mit wem und wie Unterstützung der HeimbewohnerInnen und Geflüchteten organisierbar ist. (2) Diskussionen über die Einschätzung der allgemeinen Lage, die häufig als Vergleich zwischen der aktuellen Situation und den 1990er Jahren vorgebracht werden und (3) die Diskussion von Perspektiven und Potenzialen von Antira und Antifa.

FEUERWEHRPOLITIK

Gegen die Mobilisierung von Nazis gegen die Eröffnung von Flüchtlingswohnheimen, hat die antifaschistische und antirassistische Linke mit verschiedenen Strategien reagiert. In Anbetracht der Erfahrungen die, in den 90er Jahren gesammelt wurden, war ein direkter Schutz der Geflüchteten und der Wohnheime wohl unerlässlich. Nicht so sehr um einen Angriff mit Gegengewalt abzuwehren, sondern um öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen und der Polizei und Politik auf die Hände zu schauen und die »Dynamik der rassistischen Selbstermächtigung zu stoppen«, so Fiedler. Wie aber lässt sich dieser Gegendruck verstetigen? In Schneeberg hatte letztes Jahr zwar eine große Mobilisierung der Antifa dafür gesorgt, öffentlich zu zeigen, dass rassistische Hetze nicht unwidersprochen bleibt. Doch was bleibt sind die Schwierigkeiten des Alltags der AktivistInnen vor Ort nachdem die UnterstützerInnen wieder abgereist sind. Herausschälen aus den Diskussionen und Artikeln (s.a. in dieser ZAG, die Texte von Jelpke und Müller) lassen sich verkürzt und zusammengefasst vielleicht folgende Punkte:

(1) Im Vorfeld Verbündete suchen und informieren. Das Heft selbst in die Hand nehmen. Dies kann zu einer Bündelung der Kräfte vor der eigentlichen Auseinandersetzung führen und eröffnet womöglich neue Bündnisse. Dies ist in Teilen Sachsens oder Mecklenburg-Vorpommerns eventuell schwieriger als andernorts.

(2) Recherche zu den GegnerInnen der Flüchtlingsunterkunft. Wer ist das, aus welchen Zusammenhängen sind die GegnerInnen bekannt? So konnte die enge Verbindung der angeblichen Bürgerinitiativen vor Ort zur NPD nachgewiesen werden. Damit hat mensch zwar noch niemanden überzeugt, doch kann dies zur Ausgrenzung der Nazis und Spaltung der GegnerInnenschaft führen.

(3) Gesicht zeigen, Schutz, Infostand, Demo usf., keine rassistische öffentliche Demonstration sollte unbeantwortet bleiben. Dies erzeugt Aufmerksamkeit, fordert die Positionierung von Politik und EinwohnerInnen heraus und die Polizei zum Handeln auf. Darüber hinaus hat es auch Signalcharakter für die Geflüchteten und stellt für sie zumindest ansatzweise einen tatsächlichen Schutz vor Übergriffen dar.

(4) Verallgemeinerung der Forderungen nach besseren sozialen Standards für alle. Die Mobilisierungen der Nazis ermöglichen es den BewohnerInnen, diffuse Ängste, Bedürfnisse und Ungerechtigkeiten zu artikulieren, die häufig keinen direkten Zusammenhang mit den Geflüchteten haben, die aber ansonsten stumm bleiben. Das wäre auch manches Mal wünschenswert. Doch die Unterkünfte sind Anlass und die Mobilisierung der Nazis ermöglicht es Unzufriedenheit und rassistische Ressentiments auszudrücken. Diese Unzufriedenheit gilt es zu kanalisieren, indem einerseits berechtigte Forderungen verallgemeinerbar gemacht und von den rassistischen Protesten getrennt werden.

(5) Den wohlgesonnenen AnwohnerInnen eine Möglichkeit geben ihre Meinung auszudrücken; Willkommens-Initiativen, Patenschaften, Angebote für die Leute vor Ort, die sich mit der Frage auseinandersetzen, wie kann die Situation vor Ort für die Geflüchteten verbessert werden. Allein für Antifas und Antiras ist diese Arbeit über die akute Hilfe nur schwer leistbar. Deshalb müssen die Willigen vor Ort so früh wie möglich eingebunden werden. Statt aber in BürgerInnenversammlungen RassistInnen Raum zu geben, sollte einerseits Rassismus und die RassistInnen als Probleme und andererseits die Bedürfnisse der Geflüchteten thematisiert werden, so dass die Geflüchteten als Menschen mit eigener Geschichte und Wünschen wahrgenommen werden. Letzteres bedeutet zumindest die Chance, dass paternalistische Ansätze in der Unterstützungsarbeit reflektiert werden.

WIE RASSISTISCH IST HEUTE?

Hervorstechend an der Diskussion ist die Frage, wie sich die heutige Situation von den 90er Jahren unterscheidet. Andrej Reisin beobachtet keinen bundesweiten rassistischen Furor. Die Lage müsse differenzierter betrachtet werden. Unterstützung und Ablehnung würde sich vielerorts die Waage halten. Zudem seien es neue Gruppen, die die Forderungen nach Schutz der Flüchtlinge unterstützten und nicht allein PolitaktivistInnen. Darüber hinaus sei die NPD in großen Teilen der Republik weder kampagnen- noch mobilisierunsfähig. »Von einer übergreifenden völkischen Bewegung, die jenseits aller Schichten und sonstiger Gegensätze eine breite rassistische Mobilisierung auf die Beine stellen könnte, kann aber keine Rede sein.« Fiedler hält dagegen, es sei angesichts der Tatsache, dass »Tausende Menschen durch ein steuerfinanziertes Grenzregime umgebracht werden«, vermessen, »die Gefahren einer neuen völkischen Bewegung in Deutschland in den Mittelpunkt der Kritik zu rücken.« Weder ist also der Rassismus verschwunden, noch sei die antirassistische Bewegung auf sich selbst

bezogen, wie Reisin, Schilk und Ziedler ihr vorwerfen. Die antirassistischen AktivistInnen würden stattdessen durch ihre frühzeitige Präsenz, Dokumentation der Angriffe und Gegenprotest die Situation für die Geflüchteten verbessern. Dabei würde, so Fiedler, heutzutage im Gegensatz zu den 90ern pragmatische Bündnisarbeit als Option betrachtet.

NEUE BÜNDNISSE

Als eine der Veränderungen heben Schilk & Zeidler hervor, dass es gerade die PolitikerInnen vor Ort seien, die sich gegen »bornierte Fremdenfeinde« und »ostdeutsche Wutbürger« richteten. Es gibt ihrer Ansicht nach keinen »diskursfähigen rechten Konsens«. Dies hört sich an, als ob wir den PolitikerInnen und der gewachsenen Zivilgesellschaft vertrauen sollten, dass diese die Gefahren für MigrantInnen und Geflüchtete fern halten. Doch (1) es kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese »Zivilgesellschaft« überall stark genug ist, (2) dass Faschismus und Rassismus nicht ihr Produkt sind und (3) die Beschränkungen, denen die Geflüchteten unterliegen Ergebnis der Politik dieser PolitikerInnen sind.

Insofern ist die Kritik von Reinhardt an Schilk & Ziedler leicht nachvollziehbar, dass es trotz mannigfaltiger und teils widersprüchlicher Ereignisse und Äußerungen von PolitikerInnen einen rassistischen Konsens, Diskurs (oder wie mensch es bezeichnen mag) gibt. Teile der Zivilgesellschaft und der Staatsapparate begrüßen Einwanderung und verurteilen offenen Rassismus von Nazis, zugleich heißen die gleichen Kreise Einschränkung der Freizügigkeit in der EU gut und erklären Multikulti für gescheitert.

RECHTSPOPULISMUS

Mensch mag nun zwar Schilk & Zeidler zustimmen, dass es keinen dominanten rassistischen Diskurs von rechts gibt, dennoch verändert dieser Diskurs die politische Landschaft insbesondere in Flüchtlings- und Europapolitik. Nach Gerber, sei ein wesentlicher Fortschritt im Vergleich zu den 90ern, dass die sächsische Staatsregierung und der Berliner Senat die Vorkommnisse in Schneeberg und Hellersdorf kritisiert haben. Die Gruppe »Antifa Klein-Paris« sieht in dem Argument einen Fehlschluss. »Denn auch wenn diesmal das offene Bündnis zwischen gesellschaftlichem Establishment und rassistischem Mob ausbleibt, bedeutet dies noch lange nicht den Siegeszug antirassistischer Positionen«.

Zudem gibt es mit der CSU und der AfD zwei Parteien, die erfolgreich mit fremdenfeindlichen Parolen WählerInnen gewinnen. Die Wahlerfolge der rechtspopulistischen Parteien sind in der BRD bislang eher gering, doch könnte die Etablierung der AfD »die politische Tektonik der Bundesrepublik deutlich nach rechts verschieben. [...], weil sich durch die AfD perspektivisch eine Machtoption rechts der Union eröffnet, oder [...] weil sich die Union in Konkurrenz zur AfD zu einer Kurskorrektur gezwungen sieht [...]« (Avanti, S. 34).

INSTITUTIONELLER RASSISMUS

Auf der einen Seite dieser Debatte herrscht die Einschätzung vor, dass die extreme Rechte nicht in der Lage sei, den Status quo zu gefährden, und auf der anderen Seite, dass die rassistischen Einstellungen weiterhin verbeitet seien und die europäische Flüchtlingsabwehr Zeichen ihrer staatlichen Verankerung ist. Dass die Gefahr für Staat und Wirtschaft gering sein mag, ist aber nur ein geringer Trost, wenn der ungefährdete Status quo bereits rassistisch ist. Die polizeilichen Ermittlungen zur Mordserie des NSU (s. Artikel in dieser ZAG) haben dies gezeigt. Es gelingt der radikalen Linken anscheinend nicht, diesen institutionellen Rassismus allgemein zu vermitteln. Zwar gab es dafür eine günstige Gelegenheit, wie Kasparek auf dem Antira Kongress betonte, als es gelang die staatliche Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer in den Fokus der öffentlichen Kritik zu rücken. Doch letzten Endes kam es zu keiner Änderung auf EU-Ebene (Jakob). Ähnlich verlief die Kritik an den Verfassungsschutzämtern im Zuge der NSU-Affäre im Sande. Es ist zweifelhaft, ob diese Schwäche allein der radikalen Linken zuzuordnen ist, die nur eine szeneinterne Mobilisierung hinbekäme, da sie zu abgehoben sei, um die »Menschen in der Provinz« zu erreichen (Schilk & Zeidler).

KRISE DER LINKEN

Für Buschman und Kasparek liegt die Schwäche der antirassistischen Bewegung in den fehlenden gemeinsamen politischen Visionen begründet. Im Interview von Zimmermann in der AK wird diese Krise an fehlendem Nachwuchs, den mangelnden Bündnissen, fehlenden strategischen Diskussionen und der sozialen Zusammensetzung der Antifa als überwiegend weiß und männlich festgemacht. Für die Antira führt Jakob dies auf das manchmal konfliktreiche Verhältnis zwischen weißen und migrantischen Antira-Gruppen zurück. Dies zeige sich u. a. an der Auseinandersetzung zu Critical Whiteness, die fortwirke, obzwar sie nicht mehr so polarisierend sei, wie zu Zeiten des No-Border-Camps in Köln 2012.[1]

SOZIALSTRUKTUR

Allerdings ist auch die Rechte trotz punktueller Erfolge, in der Krise. Es wird bei Reisin, u.a. in der Jungle World, auf die mangelnde Kampagnenfähigkeit der NPD abgestellt, doch werden deren Ursachen nicht benannt. Da die Kampagnen gegen Flüchtlingsunterkünfte insbesondere auf dem Land und im Osten Fuß fassen würden, konstatiert Reisin einen Stadt-Land- wie auch einen Ost-West-Gegensatz für die Mobilisierungsfähigkeit der Nazis. Weitere Gründe seien strukturelle Probleme, unentwickelte Bürgerlichkeit, Arbeitslosigkeit und Armut, so dass ein Bezirk wie Berlin-Hellersdorf dann doch – als Ausnahme zwar – aber die Regel bestätigen würde. Die Formel für die Mobilisierungserfolge der Nazis: Provinz, Osten, arm und arbeitslos scheint

aber nicht aufzugehen. Sieht mensch sich die Chroniken an[2], dann ist die regionale Verteilung nicht so klar. Dass diese Mobilisierung gegen Flüchtlingswohnheime »nicht nur in Regionen mit einer hohen Armutsquote, sondern ebenso gut in bürgerlichen Quartieren« (Avanti, S. 33) gedeiht, zeigen Beispiele aus Berlin-Reinickendorf oder Stuttgart-Feuerbach. Bürgerlichkeit und gute soziale Absicherung allein reichen als Immunisierung gegen Fremdenfeindlichkeit keineswegs aus.

In diesem Zusammenhang überrascht die verkürzte Vorstellung des Zusammenspiels von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Diese scheinen sich eins zu eins ineinander zu übersetzen. So argumentiert Reisin, letzten Endes würde nicht der »Volksmob die Geschicke des Staates« lenken, sondern »die politischen und wirtschaftlichen Eliten«. Diese hätten aber kein Interesse an einer Eskalation, sondern an Einwanderung, weil nur diese den demografischen Wandel abwenden würde und der deutschen Weltmarktposition helfe. Avanti argumentiert ähnlich. Für eine politische Analyse ist dies unzureichend, weil unklar bleibt, wer da was nicht will, kollektive Subjekte zu Schablonen gestanzt und die Differenzen zwischen den Akteuren und die sich daraus ergebende Dynamik auf Null gestellt werden. Insofern könnte der Hinweis von Reinhardt für die politische Analyse fruchtbar sein, dass es um »Hegemonien« geht.

PERSPEKTIVEN

Mensch mag den Vergleich der derzeitigen rassistischen Mobilisierung mit jener der 1990er Jahren als nutzlos bezeichnen wie Buschmann & Kasparek – die zu beantwortende Frage bleibt: Wie sieht die gesellschaftliche Situation in Bezug auf Rassismus heute aus, welche Handlungsoptionen hat eine antifaschistische und antirassistische Linke.

Es gibt eine Basis, auf die mensch sich beziehen kann: Kenntnisse aus der Recherchearbeit, Erfahrungen in der Mobilisierung und in Bündnisarbeit, ein ausgedehntes geschichtliches und theoretisches Sensorium, institutionelle Verankerung usw. Dennoch gibt es neue Herausforderungen, die sich als Schwäche oder Krise der linken Antifa und Antira selbst zeigen. Das doppeldeutige Motto des Kongresses »Antifa in der Krise« ernst nehmen, heißt die gesellschaftliche Krise der letzten Jahre verstehen. Eine umfassendere Idee von Krise – in der alle, auch die antifaschistischen und antirassistischen Gruppen einbegriffen sind –, könnte ein Ausgangspunkt für die Analyse der aktuellen rassistischen Konjunkturen sein. Diese Umbruchssituation sollten wir offensiv nutzen.

Deshalb könnte (1) eine stärkere gegenseitige Bezugnahme von Antifa und Antira ein Schritt zur Stärkung der Mobilisierung wie auch der Analysefähigkeit darstellen. (2) Darüber hinaus wäre die Diskussion über das unterschiedliche Verständnis von Rassismus und dessen Bedeutung für die Analyse der gegenwärtigen Situation nötig, wie sie Kammerer, Benjamin & Charms einfordern. Das würde (3) sich auch in der Bündnisarbeit mit mehrheitlich migrantischen Gruppen niederschlagen, in der es nötig ist eigene Interessen kenntlich zu machen und – auch für mehrheitlich nicht-migrantische, männlich dominierte Gruppen – Politik der ersten Person zu betreiben. Dies kann (4) durch die Erweiterung von Antifa und Antira hin zu einer gesellschaftspolitischen Bewegung geschehen. Ansätze dafür gibt es mit der Beteiligung an der Blockupy-Kampagne oder an den Kämpfen für eine soziale Stadt, die ergänzt werden könnten durch die vertiefte, internationalisierte Zusammenarbeit mit Flüchtlingen und den Ausbau der bestehenden Kompetenzen. Diese strategischen Entscheidungen erfordern (5) eine Diskussion des utopischen Moments unseres Engagements, wie es Buschmann & Kasparek für notwendig erachten: Was *können* wir realistischer und was *wollen* wir unrealistischer Weise erreichen. ✖

ÜBER DIE AUTORIN

✖ *Jana Krtek studierte europäische Ethnlogie und ist Redakteurin der ZAG*

QUELLEN:

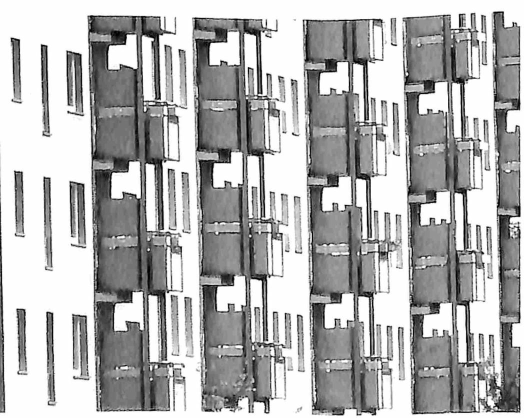
- *Avanti, Projekt undogmatische Linke Berlin, »Antifa in der Krise?!«, Antifaschistisches Infoblatt, »Die Aufarbeitung des NSU-Terrors?«, Nr. 101, Winter 2013, S. 32-35.*
- *Buschmann, Max & Bernd Kasparek, »Der Hungerstreik macht's sichtbar«, AK, »Thema: Das Ende des Paternalismus«, Nr. 590, 21.01.2014.*
- *Fiedler, Felix, »Antirassismus jetzt!«, Jungle World Nr. 49, 5.12.2013.*
- *Gerber, Jan-Georg, »Das Subjekt der Begierde«, Jungle World Nr. 50, 12.12.2013.*
- *Gruppe »Antifa Klein-Paris«, »Die Bürokratie des Mobs«, Jungle World Nr. 2, 9.1.2014.*
- *Jakob, Christian, »No Border Lasts Forever Konferenz antirassistischer Netzwerke«, Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 102, Frühjahr 2014, S. 16-17.*
- *Kammerer, Maxim; Felix Benjamin & Dan Charms, »Das Problem heißt Rassismus - doch was heißt das?«, Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 102, Frühjahr 2014, S. 12-13.*
- *Reinhardt, Jacob, »Es ist schlimmer als in den Neunzigern«, Jungle World Nr. 3, 16.1.2014.*
- *Reisin, Andrej, »Das sind nicht die Neunziger«, Jungle World Nr. 46, 14.11.2013.*
- *Schilk, Felix & Tim Zeidler, »Sehnsucht nach dem rassistischen Konsens«, Jungle World Nr. 48, 28.11.2013.*
- *Zimmermann, Maike, »Wir mssen reden. Interview«, AK, Nr. 592, 18. März 2014, S. 25-26.*

FUSSNOTEN:

1 *S. a. Buschmann & Kasparek zum Streit zwischen den Unterstützenden des Hungerstreiks auf dem Münchener Rindermarkt.*

2 *S. ZAG 65 und 66 sowie »Dokumentationsarchiv Monitoring Agitation Against Refugees in Germany« www.dok-maar.de.*





FEINDBILD FLÜCHTLING

AUFGABENSTELLUNGEN FÜR EINE ANTIRASSISTISCHE POLITIK

□ ULLA JELPKE

Die rassistische Agitation gegen Asylsuchende und Flüchtlingsunterkünfte ist wieder zu einem zentralen Thema von Neofaschist*innen und rechtspopulistischen Parteien in Deutschland geworden. »Die rechtsextremistische Szene wendet sich seit Mitte 2013 verstärkt gegen Asylsuchende«, erkennt auch das Bundesministerium des Inneren in einer Stellungnahme. Die unter schlechten Wahlergebnissen, Finanznot und internen Posten- und Linienkämpfen und nicht zuletzt dem Verbotsverfahren leidende NPD hofft mit dieser Thematik wieder in die Offensive zu kommen. Auch Splitterparteien wie Pro NRW/Pro Deutschland und Die Rechte nutzen die Gunst der Stunde. Das Kalkül der Rechtsextremen geht dahin, an rassistische Einstellungen, die auch in der sprichwörtlichen Mitte der Gesellschaft anzutreffen sind, anzuknüpfen.

Es bleibt nicht bei der bloßen rechtsextremen Agitation. Das Bundeskriminalamt zählte für das vergangene Jahr 58 rechtsextreme Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte – von vor den Heimen gesprühten rassistischen Parolen über eingeschlagene Fensterscheiben bis zu Brandanschlägen. Das sind mehr als doppelt so viele derartige Straftaten wie im Vorjahr und ist doch nur die Spitze des Eisbergs. Denn nur eindeutig rechtsextrem motivierte Taten finden überhaupt ihren Weg in diese Auflistung. Wenn dagegen Unbekannte die Fenster eines von Flüchtlingen bewohnten Hauses einwerfen, ohne dabei Naziparolen zu skandieren, taucht der Vorfall häufig gar nicht erst in der Statistik auf. Für die ersten zwei Monate des laufenden Jahres zählte die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl bereits weitere 20 Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Besonders erschreckend: darunter sind zwölf Brandanschläge. Das lässt Erinnerungen an die Anschlagswelle auf Flüchtlingsunterkünfte Anfang der 1990er Jahre aufkommen. Vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen hetzten bürgerliche Politiker*innen gegen einen angeblich massenhaften Asylmissbrauch. Vor dem Hintergrund dieser von der Springerpresse befeuerten »Das-Boot-ist-voll«-Kampagne konnten sich Faschisten bei Anschlägen auf Flüchtlingsheime und Angriffen auf Migrant*innen als Vollstrecker*innen des »Volkswillens« fühlen. Allein im Jahr 1992 starben 27 Menschen bei neofaschistischen Angriffen und Anschlägen. Glücklicherweise gab es bei der neuerlichen Kampagne gegen Flüchtlinge bislang keine Toten oder Schwerverletzten. Doch Rechtsextremismusforscher*innen warnen vor der Gefahr, dass sich die Anschläge zu einer neuerliche Welle verbreitern können – mit tödlichen Folgen.

STIMMUNGSMACHE UND APPELLE

Leider schürt die Bundesregierung mit ihrer aktuellen Stimmungsmache gegen angeblichen Asylmissbrauch von Flüchtlingen aus den Balkanstaaten und dem Gespenst einer drohenden massiven »Einwanderung von Bulgaren und Rumänen in unsere Sozialsysteme« heute erneut fremdenfeindliche Ressentiments. Dabei wird insbesondere von Teilen der bürgerlichen Presse die Klaviatur des Antiziganismus gespielt, handelt es sich doch sowohl bei einem Großteil der aus den südosteuropäischen EU-Staaten stammenden Arbeitssuchenden ebenso wie bei den Flüchtlingen aus den Balkanstaaten um Roma. Dass Roma auch nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International tatsächlich vielerorts systematischer Diskriminierung und rassistischen Übergriffen von Neofaschisten, aber auch Polizeibehörden, ausgesetzt sind, ignoriert die Bundesregierung dabei.

Hintergrund der neuerlichen Hetzkampagne ist ein tatsächlicher Anstieg der Zahl von Asylsuchenden, die im vergangenen Jahr mit rund 127.000 den höchsten Stand seit 1999 erreicht hat. Verwunderlich ist dieser Anstieg der Schutzsuchenden angesichts einer Vielzahl von Kriegen und Bürgerkriegen – auch die mit deutscher Truppenbeteiligung wie in Afghanistan oder westlicher Waffenhilfe wie in Syrien – sowie rassistischer und religiöser Verfolgung, Armut und Hunger in vielen Teilen der Welt nicht.

Bloße Appelle an die Anwohner*innen, eine Willkommenskultur zu entwickeln, werden nicht ausreichen. Es gilt, die (oftmals unbegründeten) Sorgen der Bewohner*innen eines Stadtteils ebenso ernst zu nehmen wie das Recht der Flüchtlinge auf Schutz und menschenwürdige Unterbringung. Denn nur gemeinsam lässt sich ein friedliches und nachbarschaftliches Miteinander erreichen. Hierzu ist es seitens der politisch Verantwortlichen notwendig von Anfang an auf eine gute Informationspolitik gegenüber der Nachbarschaft zu setzen und diese nicht plötzlich und unvorbereitet mit der Eröffnung eines Flüchtlingsheims zu konfrontieren. Den Anwohner*innen muss das Gefühl gegeben werden, mit zu entscheiden und nicht von Behörden überrumpelt zu werden; andernfalls könnten sich die Nazis später als Anwälte der Bürger*innen in Szene setzen. Es gibt ja auch gute Beispiele, wie die für die Flüchtlinge zuständigen Behörden gemeinsam mit Bürger*innen, Flüchtlingsinitiativen, Kirchengemeinden etc. vor Eröffnung von Asylbewerber*innenheimen den Empfang der Flüchtlinge etwa durch Informationsblätter für die Nachbarschaft, Sachspenden und Willkommensfeste vorbereitet haben. Allerdings bleibt die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern und Sammelunterkünften ein grundsätzliches Problem. Diese faktische Kasernierung trägt zur Isolierung und Stigmatisierung der Flüchtlinge bei und bringt sie so erst in das Fadenkreuz von Neonazis. Eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen würde sie dagegen weitgehend aus dem Fokus der Öffentlichkeit nehmen und ihnen so mehr Schutz bieten. Zugleich könnte so die Lebensqualität der Flüchtlinge im Vergleich zu der Unterbringung in Sammelunterkünften deutlich verbessert werden. Generell muss auf die Realisierung der sozialen Menschenrechte für Flüchtlinge gedrängt werden, um deren weitgehenden Sonderstatus zu beenden. Dies betrifft u.a. die Aufhebung des Arbeitsverbots und der Residenzpflicht ebenso wie das Recht auf die freie Wahl einer angemessenen Unterkunft sowie eine auf Inklusion zielende Aufnahme in Regelschulen für die Kinder.

NAZIKADER ZIEHEN DIE FÄDEN

Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte entspringen keineswegs dem Nichts. Auch wenn sie nach außen unter harmlosen Etiketten wie »Bürger*inneninitiativen« firmieren und scheinbar honorige Bürger*innen als Sprecher*innen firmieren, stecken oftmals langjährige Naziaktivist*innen dahinter, die ihre organisatorischen Erfahrungen geschickt einbringen um Ängste und Sorgen der Anwohner*innen in eine ent-

sprechende rassistische Richtung zu lenken. Im sächsischen 15.000-Einwohner*innen-Ort Schneeberg zieht die NPD die Fäden bei den von Teilen der Bevölkerung mitgetragenen Protesten gegen 400 in einer ehemaligen Kaserne untergebrachte Asylbewerber*innen. Eine Facebook-Gruppe »Schneeberg wehrt sich!« mit 2900 Mitgliedern wird von Stefan Hartung, einem Gemeinderat der NPD im Nachbarort Bad Schlema, organisiert. Diese Facebook-Gruppe dient den Gegner*innen der Flüchtlingsunterkunft als Forum; über Facebook laufen auch Mobilisierungen wie zu Fackelmärschen und anderen Protesten.

In Berlin-Hellersdorf konnten Nazikader bereits im vergangenen Sommer auf tumultartigen Bürger*innenversammlungen unter der Maske »besorgter Anwohner*innen« gegen die Eröffnung des Sammellagers in der Carola-Neher-Straße agitieren. Daneben liefen die rassistischen Mobilisierungen über eine angebliche »Bürger*inneninitiative« oder »Bürger*innenbewegung« und deren Facebookgruppe. Die offensichtliche Identität von »Bürgerbewegung Hellersdorf« und Nazinetzwerken wurde dabei schon dadurch deutlich, dass auf deren Internetseite militante Aktionen gegen die Flüchtlingsunterkunft sowie Übergriffe auf Flüchtlinge oder deren Unterstützer*innen noch vor offiziellen Polizei- und Pressemeldungen als »zufällige Beobachtungen« gemeldet werden. Antifaschistische Recherchen haben inzwischen offengelegt, dass im Umfeld der Hellersdorfer Proteste gegen das Flüchtlingsheim und hinter der tatsächlich nur virtuell existierenden Bürger*inneninitiative eine Vielzahl bekannter gewaltbereiter Naziaktivisten agieren, die in persönlichen informellen, weit über die Parteigrenzen von NPD und Die Rechte hinausgehenden Netzwerken arbeiten. »Hier sind keine besorgten, zukunftsfrustrierten Jugendlichen am Werk, sondern knallharte Nazis mit jahrzehntelanger Organisierung und starkem individuellem und strukturellem gesellschaftlichen Rückhalt«, warnt die antifaschistische Gruppe recherche&aktion, die diese Netzwerke aufgedeckt hat, auf ihrer Website. »Sie sind das Ergebnis einer verfehlten Politik gegenüber rechten Umtrieben in den letzten 30 Jahren - der Bezirk und das Land täten gut daran, diese Fehler nicht fortzuführen.« Das Internetportal »blick nach rechts« kam in Bezug auf den Versuch von Nazis, auch in Berlin-Adlershof getarnt als »Bürgerinitiative« die Stimmung vor Ort zu beeinflussen zu dem Schluss, dass dieser Plan »nur dann aufgeht, wenn ein entsprechendes rechtsoffenes Sympathisantenumfeld vor Ort existiert.« Er sei dann zum Scheitern verurteilt, wenn die Neonazis ohne lokale Verankerung seien. Aber auch in diesen Fällen zeige sich, »dass ein gewisser Teil von Anwohner*innen offenbar dankbar die rechte Hetze aufnimmt«[1].

GUTE ARGUMENTE GEGEN DIFFUSE ÄNGSTE

Überzeugte Neonazis und rechtsextreme Netzwerke hinter der Stimmungsmache gegen Flüchtlingsunterkünfte müssen aufgedeckt, kenntlich gemacht und isoliert werden. Es trifft jedoch nicht immer den Kern, wenn alle Kritiker*innen eines Neubaus einer Flüchtlingsunterkunft pauschal als Rechtsextreme abgekanzelt werden. Denn es gibt eben auch jene Initiativen von Bürger*innen, die eher im Stillen und in klarer Abgrenzung von offen rassistisch agierenden Aktivist*innen wirken wollen. Ein Beispiel konnten zwei Mitarbeiter des »Göttinger Instituts für Demokratieforschung« untersuchen. In dem Beispiel geht es um eine Unterkunft in einem bürgerlich geprägten Vorort, die Bürger*innen bringen ein Bündel an Argumenten vor: der Bau erfolge über die Köpfe der Bürger*innen hinweg, für den Platz sei ein Sport- und Spielplatz zugesagt gewesen, der Standort sei nicht integrationsfördernd, die am Ort Ansässigen seien konservativ und wollten auch gar nicht integrativ wirken, man habe Angst vor den zum Teil traumatisierten Bewohner*innen. In den Gesprächen klang auch eine Angst vor Veränderung im eigenen Viertel an, der Verweis auf die traumatisierten Flüchtlinge lässt eine diffuse Angst vor dem bedrohlichen Fremden anklingen. Doch die Öffentlichkeit sucht diese Initiative nicht, tatsächlich auch aus Furcht vor rechten Übernahmeversuchen. Sie beschränkt sich auf eine Unterschriftensammlung und vor allem auf sämtliche juristischen Möglichkeiten, ein öffentliches Bauprojekt zu verhindern.

Dieses Beispiel zeigt, dass es nicht nur nicht zielführend ist, alle örtlichen Kritiker*innen von Asylunterkünften pauschal als Rechtsextreme abzutun und entsprechend offensiv anzugehen. Es geht dann auch am Kern der Sache vorbei, nämlich einer Mischung aus diffusen Ängsten vor »den« Fremden, vor Wandel im engsten Wohnumfeld, vor Eingriffen »von oben über die Köpfe der Menschen hinweg«. Dieser Mischung muss vor Ort mit guten Argumenten und beispielhaftem Engagement für die Aufnahme der betroffenen Menschen begegnet werden. Von Seiten der Politik muss dabei immer deutlich gemacht werden: die Rechte von Asylsuchenden sind nicht verhandelbar. ✖

ÜBER DIE AUTORIN:

✖ *Ulla Jelpke ist Mitglied des Bundestages, Fraktion DIE LINKE.*

FUSSNOTE:

1 *Theo Schneider: NPD-Hetze mit »Bürgern«, bnr.de, 9.4.2014*



WILLKOMMEN?!

ÜBER DIE SCHWIERIGKEIT, LOKALES HANDELN UND ANTIRASSISTISCHE PRAXIS ZU VERBINDEN[1]

▌YVES MÜLLER

Ob in Bayern, Sachsen, Berlin oder Rheinland-Pfalz: Überall öffnen seit Monaten Sammelunterkünfte, um die steigende Zahl der Geflüchteten aufzunehmen. Und (fast) überall finden sich auch Initiativen, Vereine, Runde Tische, Einzelpersonen zusammen, um Sachspenden zu übergeben und Willkommens-Feste zu organisieren. Die Initiativen heißen »Hoyerswerda hilft mit Herz!«, »Schneeberg für Menschlichkeit«, »Willkommen in Westend«, »Hellersdorf hilft!« oder »Neue Nachbarschaft Moabit«. Sie gründen sich dort, wo gerade eine neue Sammelunterkunft für Geflüchtete und Asylsuchende eröffnet wurde, und sie setzen sich meist aus engagierten Anwohner_innen zusammen. Viele haben sich schon vorher in den Kirchengemeinden, im Bürgerverein, bei einer Partei oder im Sportverein ehrenamtlich eingebracht. Andere engagieren sich das erste Mal und wollen einfach »helfen«. Anhand der eigenen Projektpraxis im Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD), Unterstützungsangebote für Geflüchtete in dem südöstlichen Berliner Bezirk zu etablieren und gleichzeitig Rassismus zu problematisieren, möchte ich einige Erfahrungen und Herausforderungen benennen.

Treptow-Köpenick im Südosten Berlins ist der flächenmäßig größte Bezirk und grenzt im Osten an Marzahn-Hellersdorf, im Westen an Neukölln. Der Bezirk mit seinen verstreuten Dörfern und Stadtrandsiedlungen zwischen viel Grün und Gewässern ist nicht arm, hat aber einige »soziale Brennpunkte«. Zwei Unistandorte finden sich zwischen Plattenbaugebieten und Industriebrachen. Einer seit mehr als 25 Jahren gewachsenen Neonaziszene steht eine mit dieser Aufgabe gewachsene demokratische Zivilgesellschaft gegenüber. Trotz jahrelanger Antifa-Arbeit bleibt die alternative Szene am Stadtrand überschaubar.

Inzwischen wurden drei sogenannte Gemeinschafts- und eine Notunterkunft im Bezirk eingerichtet. Während ein »Lager« bereits seit mehr als 20 Jahren fast unbemerkt existiert, ist die Gegenwehr von einigen rassistisch gesinnten Anwohner_innen, unterstützt von der Berliner NPD, gegen die neu öffnenden Einrichtungen recht groß. Rassistische Stereotype auf den vom Bezirksamt organisierten »Bürgerversammlungen« wechseln sich mit Aufrufen zum Massenmord auf den Facebook-Profilen der rechten »Nein-zum-Heim«-Initiativen ab; NPD-Kundgebungen folgen auf nächtliche Schmierereien und eingeschlagene Fensterscheiben.[2]

In diesem rassistischen Klima kann eine gelingende »Willkommenskultur« entscheidende Gegenakzente setzen. Doch was heißt das? »Flüchtlinge und Asylsuchende sind in Treptow-Köpenick herzlich willkommen«[3], so ein Statement des Bezirksamts. Einzelne Initiativen haben ein Netzwerk »Willkommen in Treptow-Köpenick« ins Leben gerufen.[4] Auch anderenorts heißt es, man wolle eine »wahre Willkommenskultur« etablieren. Dabei geht es vielen Aktiven vor Ort in erster Linie um die Wiederherstellung des sozialen Friedens und erst an zweiter Stelle um eine Unterstützung der Geflüchteten. Führt man sich diese Prioritäten vor Augen, muss man sich fragen, wie unter diesen Umständen den »alteingesessenen« Anwohner_innen ein niedrigschwelliges Angebot der Beteiligung gemacht werden kann, ohne dabei antirassistische Standards zu unterlaufen? Ist es nicht ein Widerspruch, in den Sammelunterkünften aktiv zu sein und für deren bessere Ausstattung einzutreten, aber gleichzeitig deren Abschaffung und eine grundlegende Änderung der Asylgesetzgebung zu fordern? Wie lässt sich ein Diskurs zwischen grundsätzlich solidarischen Anwohner_innen und antirassistischen Aktivist_innen gestalten?

SOLIDARITÄT STATT RASSISMUS

Inzwischen klären etliche an Anwohner_innen gerichtete Broschüren und FAQ's über rechtliche Rahmenbedingungen und mögliche Veränderungen vor Ort auf.[5] Diese Informationspolitik durch Anti-Rechts-Projekte und Kommunen ist eine wichtige Stütze für aufgeschlossene Anwohner_innen und Aktive. Rassistischen Ressentiments allerdings kann nicht allein mit Argumenten begegnet werden. Ein wichtiger Schwerpunkt der Tätigkeit von »Willkommensinitiativen« und lokalen »Runden Tischen« muss daher die Auseinandersetzung mit den rassistischen Mobilisierungen vor Ort sein. Das bedeutet, sich eindeutig abzugrenzen und nicht inhaltlich auf die »Nein-zum-Heim«-Rassist_innen zuzugehen. Keine rassistische Kundgebung irgendeiner selbsternannten »Bürgerinitiative« sollte daher unwidersprochen bleiben. In der Realität bleibt es jedoch auch im Jahr 2014 allzu oft antifaschistischen und antirassistischen Gruppen überlassen, die Verbindungen von vermeintlich harmlosen Bürger_innen, Nazis und rechten Hooligans aufzudecken und dagegen zu mobilisieren. Häufig wird dann reflexhaft diese Intervention als Stigmatisierung des eigenen Ortes oder Stadtteils »von außen« begriffen. Schon allein deshalb sollten eigene lokale Strategien für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Rassismus entwickelt werden. Wo dies nicht geschieht, sind überregionale Antifa-Demonstrationen wohl das geringste Übel, um Öffentlichkeit und Gegenmacht herzustellen.

MENSCHENWÜRDIGES LEBEN STATT LAGERSYSTEM

Im Unterschied zu den genannten Willkommensinitiativen verfolgen die u.a. in Aachen und Chemnitz etablierten »Save-Me«-Kampagnen, einen anderen Ansatz. Sie werben um die aktive Beteiligung in Form von Pat_innenschaften.[6] Dabei soll es um die Begegnung auf Augenhöhe und die Bedürfnisse der Geflüchteten gehen. Das ist allerdings offenbar leichter gesagt als getan, herrscht doch allgemein ein paternalistisches Bild vom »Flüchtling« vor, das schnell enttäuscht werden kann.

Dass die zwangsweise lagerähnliche Unterbringung von Menschen über Monate und sogar Jahre, das Arbeitsverbot, der Ausschluss aus dem regulären Gesundheitssystem und die ständige Drohung von Abschiebung zutiefst unmenschlich sind, wird nicht Wenigen erst bewusst, wenn sie im Kontakt mit Geflüchteten von den Problemen und Ängsten erfahren. Das Engagement für die in den Sammelunterkünften lebenden Geflüchteten setzt für viele keineswegs die Kritik an dem rassistischen Asylsystem und ein Verständnis für die Funktionsweise von institutionellem Rassismus voraus. Viele hilfsbereite Anwohner_innen sind nicht frei von Vorbehalten, die sich in herausragendem Maße gegen Rroma wenden. Derlei Vorurteile münden letztlich in die Einteilung von »guten« und »schlechten« Asylsuchenden,

wodurch die Solidarität aufgeweicht und zu einer Leistung wird, die einen Teil einfach ausschließt. Die Motivation, helfen zu wollen, ist gut und richtig, führt aber zu Schwierigkeiten, wenn sie mit paternalistischem Denken einhergeht. Statt den Geflüchteten ein höheres Maß an Selbstbestimmung und Eigenständigkeit zu ermöglichen, werden neue Abhängigkeiten geschaffen.

Langfristig erfolgreich sind »Willkommensinitiativen« meist dann, wenn sie sich selbst als kritische Akteur_innen begreifen und das Asylsystem sowie die Rahmenbedingungen der Unterbringung nicht als gegeben ansehen. Schließlich geht es um die Erweiterung der materiellen und symbolischen Ressourcen von Geflüchteten. Auch geflüchtete und Asylsuchende Menschen sind Teil dieser Gesellschaft. Eine echte »Willkommenskultur« kann beitragen, die Teilhabechancen zu erhöhen und den Weg für tatsächliche politische Mitbestimmung zu ebnen. Ohne die kritische Benennung einer ausgrenzenden Asylpolitik und rassistischer Praxen geht das aber nicht.

Daher sollte es »Willkommensinitiativen«, über die Information und die Abgrenzung zur rassistischen Mobilisierung hinaus, um die unmittelbare Verbesserung der Lebenssituation von Geflüchteten und Asylsuchenden, sowie um die Unterstützung der politischen Forderungen von Flüchtlingsselbstorganisationen und AntiRa-Gruppen gehen. Geflüchtete und Asylsuchende sind in besonderem Maße von rassistischer Diskriminierung betroffen. Sofern sie in Sammelunterkünften leben müssen, sind sie einfach lokalisierbar und ein leichtes Ziel für Rassist_innen. Schon aus diesem Grund muss die Isolation in den Sammelunterkünften durchbrochen und die sprachliche, physische sowie digitale Mobilität der Geflüchteten gefördert werden. Die Ausgrenzung aus dem Sozial- und Gesundheitssystem macht krank und muss beendet werden. Die Forderung nach Wohnungen statt Lagerunterbringung muss auch in die Kommunen und von diesen zurück in die Landespolitik getragen werden.

Gleichwohl: Die Eröffnung neuer Sammelunterkünfte gehört in den Bezirken inzwischen zur Normalität. Zwar sind die Probleme zumindest in Berlin meist nicht so prekär wie in den »Dschungel-Heimen« und »Lagern« der 1990er Jahre, doch können ehemalige Schulen und Verwaltungsgebäude kaum als geeignet für die Unterbringung von Menschen bezeichnet werden. Die Mindestanforderungen an Bau und Betrieb dieser Einrichtungen reichen mitnichten aus, um eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten. Verbesserungen müssen immer wieder mühsam durchgesetzt werden. Wichtiges Hilfsmittel sind dabei immer wieder die von antirassistischen Initiativen durchgeführten »Lagerinventuren«, deren Ziel neben der grundsätzlichen Anprangerung des Lagersystems eben auch die reale Verbesserung der Lebensbedingungen in den Unterkünften ist.[7] Letztlich muss es darum gehen, allen Menschen mit oder ohne regulärem Aufenthaltsstatus eigenen Wohnraum zu vermitteln.

INTERKULTUR STATT »WILLKOMMENSKULTUR«

Tatsächlich scheint der »Willkommenskultur«-Ansatz niedrigschwellig genug, um möglichst viele Anwohner_innen mitzunehmen. Dabei bleibt oft genug im Dunkeln, was genau dieser Ansatz beinhaltet bzw. was die Adressat_innen, also die Geflüchteten und Asylsuchenden, eigentlich von dieser Willkommenskultur haben. Willkommenskultur bezeichnet die Offenheit einer Gesellschaft gegenüber Migrant_innen und die Wertschätzung kultureller Vielfalt. Inzwischen haben Unternehmen und Institutionen den Wert von Willkommenskultur erkannt und nutzen die staatlich protektionierte Maßnahme für ihr Image und ihre Weiterentwicklung und Anpassung an die Bedingungen des Marktes. Doch ohne das Gerede von Integration, im hiesigen Verständnis also die Standards der Anpassung an die gesellschaftlich vorgegebenen Rahmenbedingungen, funktioniert auch Willkommenskultur nicht. Willkommen sind letztlich nämlich nur diejenigen Migrant_innen, die in der Lage sind, sich zu integrieren, die also hochqualifiziert sind und sich auf dem Arbeitsmarkt nützlich machen. Die Devise lautet: »Fördern und Fordern«. Diese Form der »Integration« und »Willkommenskultur« löst das Gegensatzpaar »Wir« und »die Anderen« nicht auf, sondern basiert auf diesem weiterhin.

Ist dann der Begriff der »Willkommenskultur« angemessen? Kann dieser einfach mal eben für die Beschreibung zivilgesellschaftlichen Engagements rund um die Sammelunterkünfte genutzt werden? Muss nicht vielmehr die Perspektive erweitert werden, um von dem gegensätzlichen »Wir und die Anderen« wegzukommen? Ist die Etablierung einer nachhaltigen, einer tatsächlichen »Willkommenskultur« nicht eigentlich etwas anderes, nämlich erstens die Einsicht in die realen gesellschaftlichen Verhältnisse und zweitens die Erkenntnis, diese gemeinsam mitgestalten zu können? Mark Terkessidis plädiert daher für eine »Politik, die Barrierefreiheit herstellen will« und die statt ethnisierender oder kulturalistischer Zuschreibungen das Prinzip »Interkultur« präferiert.[8] Dabei legt Interkultur den Fokus auf den Wandel »hin zu einer Transformation des öffentlichen Raumes, der zivilen Kultur und der Institutionen.«[9] In diesem Sinne sollten lokale Initiativen ihre Forderungen verallgemeinern: denn alle Menschen sollten mitbestimmen und gestalten können, ausreichend guten Wohnraum, Zugang zur Gesundheitsversorgung und genügend Geld zum Leben zu haben. ✖

ÜBER DIE AUTORIN:

✖ *Yves Müller arbeitet im Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD) in Berlin und ist als freiberuflicher Historiker tätig.*

FUSSNOTEN:

1 *Der Beitrag basiert in Teilen auf dem Artikel »Willkommen?! Zivilgesellschaftliches Engagement in den Sammelunterkünften« in: Berliner Zustände. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Jahr 2013, S. 32-37.*

2 *Mit den »Nein-zum-Heim«-Facebook-Aktivitäten setzt sich Jan Ole Arps auseinander. Vgl. analyse & kritik, Nr. 592 vom 18.03.2014. Das Dokumentationsarchiv Monitoring Agitation Against Refugees in Germany sammelt Brandanschläge und Angriffe gegen Sammelunterkünfte und deren Bewohner_innen. Vgl. www.dok-maar.de/.*

3 *So im vom Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin gestarteten Aufruf »Treptow-Köpenick sagt: Willkommen! - Refugees Welcome!«. Vgl. https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/beauftragte/integration.php*

4 *Vgl. http://willkommenintk.de*

5 *Für Treptow-Köpenick hat das Zentrum für Demokratie gemeinsam mit dem Bezirksamt ein solches FAQ-Papier zusammengestellt. Vgl. www.berlin.de/imperia/md/content/batreptowkoepenick/veranstaltungen/bzbmin/intb/faqs_2014_02_web.pdf?start&ts=1392811906&file=faqs_2014_02_web.pdf.*

6 *Vgl. www.save-me-kampagne.de sowie beispielhaft http://freya-klinger.de/2013/05/save-me-kampagne-chemnitz-werde-patin-werde-pate/*

7 *In Sachsen existiert ein Kriterienkatalog, mit dessen Hilfe man die Situation in den Unterkünften bewerten kann. Vgl. »Heim-TÜV« - Bewertungsschema (Freistaat Sachsen), Anlage 2, www.landtag.sachsen.de/de/integration_migration/themen/6772.aspx*

8 *Mark Terkessidis (2010): Interkultur, Berlin, S. 130.*

9 *»Intercultural City«, zit. nach ebenda., S. 131.*

1½ JAHRE ORANIENPLATZ

EINE PROTESTBEWEGUNG LÄSST SICH NICHT RÄUMEN

MENSCHEN AUS DER PROTESTBEWEGUNG RUND UM DEN ORANIENPLATZ

Der 8. April 2014 - Tag der Räumung des Protestcamps am Oranienplatz - ist ein trauriger Höhepunkt der Zerstörung von Strukturen unserer Protestbewegung. Das internationale Widerstandssymbol Oranienplatz wurde gebrochen. Die Anlaufstelle Oranienplatz, die so viele Menschen in unterschiedlichen Situationen empowert und ermutigt hat, ist verkleinert worden.

Möglich wurde diese Zerstörung durch eine Spaltung innerhalb unserer Bewegung. Die Spaltung wurde seit Sommer 2013 immer sichtbarer auf dem Oranienplatz und fand am Ende der dreimonatigen Verhandlungen mit dem Berliner Senat im Frühjahr 2014 einen besonderen Höhepunkt.

Von einer friedlichen und freiwilligen Räumung des Platzes kann nicht die Rede sein. Sowohl Geflüchtete als auch Unterstützer*innen wurden im Vorfeld der Räumung von anderen Geflüchteten und der Polizei bedroht, bei der Räumung angegriffen und verletzt. Dies wurde bewusst vom Berliner Senat angestachelt und provoziert.
Unmittelbar nach der Räumung traten mehrere Menschen auf dem Oranienplatz in Hungerstreik als Zeichen gegen die Spaltungspolitik des Senats, für einen richtigen Info-Punkt, für den Fortbestand der besetzten Schule als selbstorganisiertes Zentrum von Geflüchteten und für einen Aufenthaltstitel aller Protestierenden nach § 23. Es gelang die einseitige breite Öffentlichkeit, die die Räumung als politische »Meisterleistung« von Senatorin Kolat feierte, zumindest zu stören.
Zur Räumung und Spaltung auf dem Oranienplatz haben viele Gründe geführt. Am Ende ist unsere Bewegung jedoch nicht, auch weil der Oranienplatz nicht das alleinige Zentrum des Protests ist. Proteste, die das Camp am Oranienplatz hervorgebracht hat, werden weiter gehen. Neue Formen und Wege des Protests entstanden und entstehen ununterbrochen. Eine Diskussion über den Zustand, die Fehler und die Angriffe auf die Bewegung ist sehr wichtig auch für die kommenden Kämpfe. Dieser Text ist ein Beitrag zu einer breiten Diskussion.

VERHANDLUNGEN MIT DEM BERLINER SENAT

Es gibt sehr viele Menschen, die auf dem Oranienplatz gekämpft und gelebt haben. Die Verhandlungen mit dem Berliner Senat im Frühjahr 2014 haben viele von uns als Chance betrachtet, Teile der Forderungen durchzusetzen und unsere eigenen Lebenssituationen zu verbessern. Viele Protestierende wurden im Verhandlungsprozess aber auch bis zum Schluss außen vorgelassen.

Trotz berechtigter Skepsis an den Verhandlungen, wurde dem Senat von fast allen Seiten der Protestierenden immer wieder zugearbeitet und wurden Lösungen aufgezeigt. Da der Innensenator Henkel (CDU) und Bürgermeister Wowereit (SPD) nicht bereit waren einen politischen Schritt auf die Protestierenden zuzugehen, hat sich der Senat unter der Verhandlungsführerin, Arbeitssenatorin Kolat (SPD), dazu entschieden zu spalten und eine Zustimmung zum Senatsangebot von 80 %, die niemals bestand, in der Öffentlichkeit zu verkünden. Geflüchtete wurden damit gegeneinander gestellt. Die reale Zustimmung zum Senatsangebot sollte erst nach dessen öffentlicher Verkündung über massiven Druck erzwungen werden. Ein gemeinsamer Entscheidungs- und Diskussionsprozess unter den Protestierenden war zu diesem Zeitpunkt unmöglich geworden. Es entstand eine Polarisierung, bei der es nicht mehr um die Inhalte des Angebots ging.

Das Papier enthält hauptsächlich Vorschläge wie eine »umfassende Einzelfallprüfung«, die allen Beteiligten des Protests sowieso zugestanden hätte. Neben einem kurzzeitigen Schlafplatz in alten und neu geschaffenen Lagern und eingeschränkter Essensversorgung, enthält das Angebot des Senats keinerlei Sicherheiten für die Protestierenden und lässt völlig offen was im Einzelfall passiert. Das politische Zugeständnis - neben der Anerkennung von Geflüchteten als Verhandlungspartner*innen - ist die Zuständigkeitserklärung von Berlin für die Asylverfahren der Protestierenden. Damit ist sowohl die willkürliche Verteilungsregelung von Geflüchteten auf alle Bundesländer als auch die Residenzpflicht im Kern außer Kraft gesetzt. Aber es zeichnet sich bereits ab, dass nicht einmal die Umverteilung nach Berlin für alle Protestierenden erreicht wird. Daran können auch 15 neue, vom Senat bezahlte Berater*innen nichts ändern.

Trotzdem haben einzelne von uns die berechtigte Hoffnung, dass in einigen Fällen die Chancen, irgendwann einen Aufenthalt in Deutschland zu bekommen, ein bisschen größer sind als ohne das Angebot des Senats. Dieser Umstand rechtfertigt allerdings in keinem Moment den zerstörerischen Umgang mit der Bewegung.

DER STEINIGE WEG UNSERER BEWEGUNG

Wichtigster Ausdruck der Bewegung sind die unzähligen verschiedensten Aktionen und gemeinsamen Kämpfe, die aus unserer Bewegung entstanden sind, die so viel Öffentlichkeit erreicht haben und Gedanken vieler Menschen verändern. Es sind viele konkrete Gemeinschaften und Freundschaften neu entstanden, die tagtäglich Grenzen überwinden, langfristig fortbestehen und sich im Widerstand gegen die bestehende Migrations- und Asylpolitik bestärken.

Die Verhandlungen mit und die Spaltung durch den Senat sind hingegen kein Höhepunkt der Bewegung. Trotzdem sind sie ein Ausgangspunkt dieses Textes, da sie einen tiefen Einschnitt in die Bewegung bedeuten und eine wichtige Vorgeschichte haben.

Einer der Umbrüche, der eine wichtige Rolle bei der Spaltung der Protestbewegung am Oranienplatz gespielt hat, ist die Entstehung vom Bezugspunkt »Lampedusa in Berlin«. Seit Beginn des Protests am Oranienplatz im Oktober 2012 sind Geflüchtete beteiligt, die über

Lampedusa nach Deutschland gekommen sind und italienische Papiere haben, mit denen sie als Tourist*innen nach Deutschland reisen dürfen, aber hier keine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung und keine Sozialgelder bekommen können.

Im Frühjahr 2013 sind mehr Menschen mit diesem Status und den Erfahrungen von Lampedusa auf dem Oranienplatz angekommen. In einem langsamen Prozess bis in den Sommer hinein bildete sich der Zusammenhang »Lampedusa in Berlin«. Es gab Auseinandersetzung um die Ausrichtung vom Protest des Oranienplatzes als Ganzem, da neben den Lampedusa-Flüchtlingen mit Flüchtlingsstatus in Italien viele der dortigen Protestierenden im Asylverfahren in Deutschland sind und gegen die Bedingungen des deutschen Asylsystems protestieren. Der Fokus lag vor allem auf der Abschaffung der Lagerunterbringung, der Residenzpflicht und dem Kampf gegen Abschiebungen. »Lampedusa in Berlin« stellte das Recht auf einen Aufenthalt und eine Arbeitserlaubnis in den Mittelpunkt. Beide Ausrichtungen sind eng miteinander verbunden und beziehen sich auf dasselbe Asylsystem in Deutschland und der EU. Im gesamten Jahr 2013 wurden viele Aktionen gemeinsam geplant. Auch die Forderungen wurden verbunden: Neben den bestehenden Forderungen nach 1. Abschaffung der Residenzpflicht, 2. Abschaffung der Lagerpflicht, 3. Stopp aller Abschiebungen wurde 4. Arbeitserlaubnis und Zugang zu Bildung und Wohnen von allen gemeinsam vertreten.

Trotzdem haben sich im Sommer 2013 Konflikte auf dem Oranienplatz zugespitzt. Nach dem Beispiel »Lampedusa in Hamburg« vertraten einige die Meinung, dass ein alleiniger Protest als »Lampedusa in Berlin« effektiver ist, als ein gemeinsamer Protest gegen das Asylsystem als Ganzes. Auf der Seite der Menschen, die im Asylverfahren in Deutschland stecken, wurde die Ablehnung der primären Forderung nach Arbeitserlaubnis ebenfalls stärker. Die Konflikte wurden – auch aufgrund der existentiellen Situation aller Beteiligten – sehr heftig ausgetragen. Darunter litt die Organisierungsstruktur und viele Beteiligte zogen sich im Sommer 2013 zurück.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg unter der Federführung von Bürgermeisterin Monika Herrman versuchten schamlos diese Situation auszunutzen. Besonders nach der großen Öffentlichkeit um den Tod von 336 Menschen am 3. Oktober 2013 vor Lampedusa, begannen sie Verhandlungen mit einigen wenigen der Gruppe »Lampedusa in Berlin« über das Verlassen des Oranienplatzes und den Umzug in ein Winterquartier. Der Umzug von über 100 Menschen fand am 24. November 2013 statt, die Konflikte innerhalb der Bewegung wurden verstärkt, aber die Räumung vom Oranienplatz wurde durch breite Proteste verhindert.

GEFLÜCHTETE DIFFAMIERT

DIE GRÜNEN, in der Hoffnung auf einen leeren Oranienplatz, fingen rund um den November 2013 an, immer wieder von Instrumentalisierung der Refugees durch Unterstützer*innen zu sprechen. Dazu wurden Geflüchtete, die auf ihren Forderungen nach einer grundlegenden Änderungen des Asylsystems beharrten, als einzelne Antreiber*innen und Hardliner*innen diffamiert. Es durfte nur noch das Bild der hilfsbedürftigen Flüchtlinge, die humanitäre Hilfe und einen Schlafplatz brauchen, bestehen bleiben. Diese Vorlage nahm die Presse fast einheitlich auf und verweigerte meist jegliche Gegendarstellung. Auch der Senat aus SPD und CDU, während der Verhandlungen und Räumung im Frühjahr 2014, schlug immer wieder in dieselbe Kerbe. Schuldige für die dramatische Situation auf dem Oranienplatz waren gefunden: »Unterstützer*innen, die mit dem Staat abrechnen wollen«. Die selbstbewussten Geflüchteten wurden in der Öffentlichkeit wieder zu entmündigten, hilflosen Opfern. Die öffentliche Ordnung pendelte zurück in gewohnt rassistische Bahnen und Bilder. Dem Bedürfnis nach »Normalität« entspricht auch die direkte Rollrasenverlegung auf dem Oranienplatz nach der Räumung des Camps.
Doch die Protestbewegung rund um den Oranienplatz und die besetzte Schule ist bis heute so stark und vielfältig, dass es selbst im Frühjahr 2014, bei Verkündung der »Einigung Oranienplatz« der kurzzeitig bestehenden Querfront zwischen GRÜNEN, SPD, CDU und Medien nicht gelungen ist, ihre Version bruchlos durchzusetzen.
Die Stärke der Bewegung entsteht u.a. durch ihre Breite, ihre Entschlossenheit und Selbsreflektionen. Dabei entstanden und entstehen viele Kämpfe gegen Dominanz und Vereinnahmung, gegen Rassismus und Sexismus in den eigenen Strukturen. Die Auseinandersetzung damit ist extrem wichtig, hat zu vielen Konflikten und zu Spaltungen geführt und muss noch viel stärker geführt werden. Aber diese Auseinandersetzungen haben nichts mit dem Instrumentalisierungsvorwurf aus der Parteipolitik zu tun.

KEIN ANFANG UND KEIN ENDE

Menschen kommen weiterhin aus verschiedenen Ländern, die von Krieg und Armut zerstört und von Menschenrechtsverletzungen betroffen sind. Und alle wissen, dass Deutschland eines der europäischen Länder ist, die die Waffen und Politik produzieren, die Menschen zur Flucht zwingen.
So wie unser Protest vom Oranienplatz seine Wurzeln und seine Stärke aus den vielen Kämpfen, in den Jahren vor der Ankunft des Protestmarschs aus Würzburg in Berlin, gewonnen hat, so wird auch nach der Räumung am 8. April 2014 vieles weitergehen. Unsere politischen Gegner*innen können das Wachstum unseres Widerstands nicht aufhalten.
Zu diesem Zeitpunkt sind viele von uns zu Fuß auf dem Weg nach Brüssel. Gestartet vor den EU-Parlamentswahlen im Mai 2014 in Straßburg hin zum Gipfel des Europäischen Rates am 26./27. Juni in Brüssel. Die Vernetzung und Organisierung über nationale Grenzen hinweg stellt die Bewegung vor extreme Herausforderungen und sie ist bisher nicht mehr als ein Anfang mit vielen Hoffnungen. Aber sie ist notwendig, weil eine Veränderung der ausgrenzenden Politik gegen Geflüchtete auf allen Ebenen stattfinden muss – von der lokalen bis zur globalen Ebene. Ein Verweis der politisch Verantwortlichen auf die jeweils andere Ebene der Politik ist nicht mehr möglich. Unser Widerstand ist überall – Oranienplatz ist überall. ✖

ÜBER DIE AUTOREN:

✖ *Menschen aus der Protestbewegung rund um den Oranienplatz, sind seit Beginn der Besetzung 2012 dabei. Sie haben ungesicherten und gesicherten Aufenthaltsstatus. Der Text ist aus gemeinsamen Diskussionen über die Bewegung entstanden.*

WEITERE INFORMATIONEN UNTER:

✖ *www.refugeestrikeberlin.net*
✖ *http://freedomnotfrontex.noblogs.org*

WOHNST DU SCHON ODER KÄMPFST DU NOCH FÜR DICH ALLEIN?

BERICHT ÜBER DEN WORKSHOP »VOM ANTI-LAGERKAMPF ZUR MIETENPOLITIK« AUF DER FRANKFURTER KONFERENZ NO BORDER LASTS FOREVER³, 2014.

□ BÜNDNIS GEGEN LAGER

Schon die Prämisse des Workshops war bezeichnend für die politische Situation: Als VertreterInnen des Bündnisses gegen Lager Berlin/Brandenburg konnten wir eigentlich nur von Schwierigkeiten berichten, Bündnisse zwischen denen, die sich aus antirassistischen Kämpfen heraus für ein Wohnungsrecht für Flüchtlinge einsetzen und denen, die für eine sozialere Wohnungspolitik kämpfen, zu initiieren. Gibt es nun überhaupt einen Grund dafür, beide Kämpfe verbinden zu wollen oder sind die Anliegen grundverschieden – die Berührungspunkte zu dünn, zu selten? Ehedem handelt es sich in beiden Fällen um soziale Fragen, die mit anderen Deklassierungsmechanismen, wie Rassismus, verschränkt sind.
So hatten wir in Berlin bereits versucht, als originär antirassistisches Bündnis Verbindungen mit Gruppen zur Mietenpolitik zu knüpfen und im letzten Jahr auch eine Podiums-Veranstaltung mit Betroffenen, dem Flüchtlingsrat und der Mietergemeinschaft organisiert. Beides waren gute Ansätze, blieben aber folgenlos. Ein Bündnis, gemeinsame Aktionen oder gar Kampagnen kamen, bis auf einige Texte, nicht zustande.

NOTSTANDSGEREDE

Die politische Situation, in der wir uns befinden: Die Flüchtlingsunterbringung wird als eine Art Notstand inszeniert. Die Länder und Kommunen sehen sich wegen der Zunahme an Flüchtlingen überfordert und versuchen »das Problem Flüchtlingsunterbringung« mit einfachen Mitteln zu lösen: Sammelunterkünfte und Unterbringung wie in Zeiten des Katastrophenschutzes. Sämtliche lang erkämpften Standards der Gemeinschafts-Unterbringung (z.B. von Kindern und Alten) werden im Falle der Flüchtlingsunterbringung über Bord geworfen. Und das, obwohl beispielsweise in Berlin (aber auch anderen Regionen) lange Jahre Wohnungsunterbringung für Flüchtlinge als Standard galt. Ebenso sehen wir uns einer kommunalen Wohnungspolitik gegenüber, in denen gut organisierte ImmobilienbesitzerInnen in der Lage sind, Preise für Mieten in die Höhe zu treiben, Menschen zu entmieten oder sie verstärkt auch zwangsweise aus ihren Wohnungen zu räumen. Das alles ohne eine signifikante Erhöhung der Löhne oder der Sozialleistungen. Wo Leute mit wenigen Mitteln, mit teils instabilen sozialen Netzwerken und unsicherem Aufenthaltsstatus wie Flüchtlinge, Obdachlose oder HartzIV-EmpfängerInnen wohnen sollen, gilt als urbane Fragestellung. Unsere These: Anhand der Unterbringung von Flüchtlingen in großen Sammelunterkünften – mit Mehrbettzimmern, ohne Standards der Sozialen Arbeit – wird geprobt, wohin die Bio-Politik für alle Arten sozial Schwacher in Zukunft hinführen könnte.

WORKSHOP-PHASE

Der Workshop in Frankfurt begann mit einem Austausch der rund 25 Anwesenden. Hier ging es um Fragen, wie wir beispielsweise die Marktsituation von Flüchtlingen mit denen von Menschen mit europäischen Staatsbürgerschaften vergleichen können. Das Knüpfen solidarischer Netzwerke, das Kreieren sozialer »Problemgruppen« durch die Behörden, alternative Konzepte des Zusammenwohnens und die profitorientierte Politik der (oftmals kommunalen) Wohnungsbaugenossenschaften wurden dabei angesprochen. Hier bot sich an, die unterschiedlichen regionalen Perspektiven der Anwesenden zu reflektieren: Wir lernten, dass die Stadt Frankfurt a. M. Flüchtlinge weiterhin hauptsächlich in Wohnungen unterbringt oder dass im Umland von Frankfurt zumindest eine chronische Krankheit für ein Wohnungsanrecht sorgen könne. Initiativen wie die hessische »Wohnungen für alle!«, die Kölner »Alle für Kalle« sowie das Bündnis »Recht auf Stadt« in Hamburg wurden vorgestellt. Es wurde darüber gesprochen, welche Analyse es uns ermöglicht, soziale Kämpfe als antirassistische zu sehen, und die sozialen Aspekte von rassistischem Ausschluss mitzudenken. Wir stellten uns die Frage wie wir mehr demokratische Beteiligung der Betroffenen erreichen könnten, wie Menschen ermächtigt werden können, selbst über ihre Lebensbedingungen zu entscheiden. In der eigentlichen Workshop-Phase wurden folgende Themen vertieft:

✖ Solidarische Netzwerke

Beispielsweise in Hessen fanden vielfältige Aktionen statt, bei denen es in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen von und für Flüchtlinge Hausbesetzungen gab, um symbolisch darauf hinzuweisen, dass in Zeiten von Leerstand die Lagerunterbringung überflüssig gemacht werden könnte und dazu nur vernünftige Wohnungspolitik betrieben werden müsste. Das sehr breite Bündnis »Alle für Kalle«, das in Köln eine Zwangsräumung verhindern konnte, möchte die Kampagne gern noch auf Kämpfe ums Wohnen ausweiten und hat auch schon viele Kontakte geknüpft. »Zwangsräumung verhindern!« aus Berlin, hat sich an den Kämpfen für die Leute aus der Berliner Eisfabrik beteiligt und sich auch Gedanken darum gemacht, ob es sich bei einer möglichen unfreiwilligen Räumung des Oranienplatzes in Berlin politisch gesprochen um eine Zwangsräumung handle und wie man sich solidarisch am Gegenprotest beteiligen könnte. Unter dem Slogan »one struggle – one fight« stehen die Auseinandersetzungen in Hamburg, die sich um die Gruppe »Lampedusa in Haamburg«, »Flora bleibt« und »Recht

auf Stadt« drehen und trotz des manchmal beschränkten Blickfeldes linker Diskurse insgesamt auf eine Demokratisierung der städtischen Wohnungspolitik hinwirken wollen. Damit sind sie auch recht erfolgreich.
Um die vorhandenen Praxen auf die oben geschilderte Situation von Flüchtlingsunterbringung anzupassen, könnten perspektivisch verschiedene Formen solidarischer Begleitung ausprobiert werden, die vom Support bei der individuellen Wohnungssuche bis zum konfliktbereiten Besuch von Gemeinderatssitzungen reichen können. Ebenso sollte, gerade im städtischen Raum, die nachbarschaftliche Vernetzung und eine Einflusspolitik auf Initiativen in den Stadtteilen für eine Verbindung beider Kämpfe genutzt werden. Für die Außenwirkung würde es sich konkret anbieten, symbolische Besetzungen voranzutreiben und Zwangsräumungen stets öffentlich zu machen und besonders ausdrücklich zu zeigen, wenn man solche verhindert hat. Betroffenen wird damit Mut gemacht und gleichzeitig gezeigt, welche Kraft gemeinsamer Protest entwickeln kann.

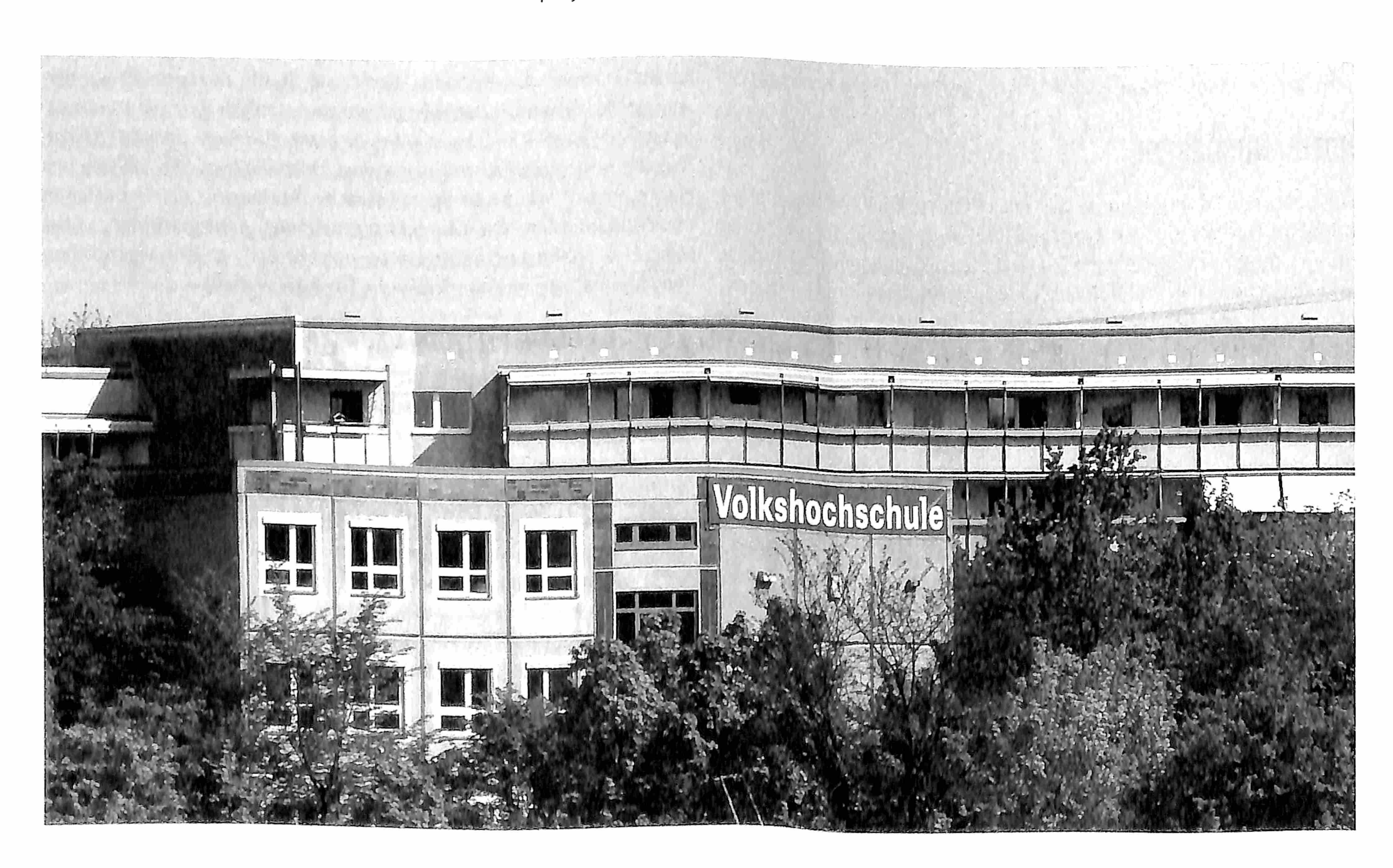
✖ Alternatives Wohnen

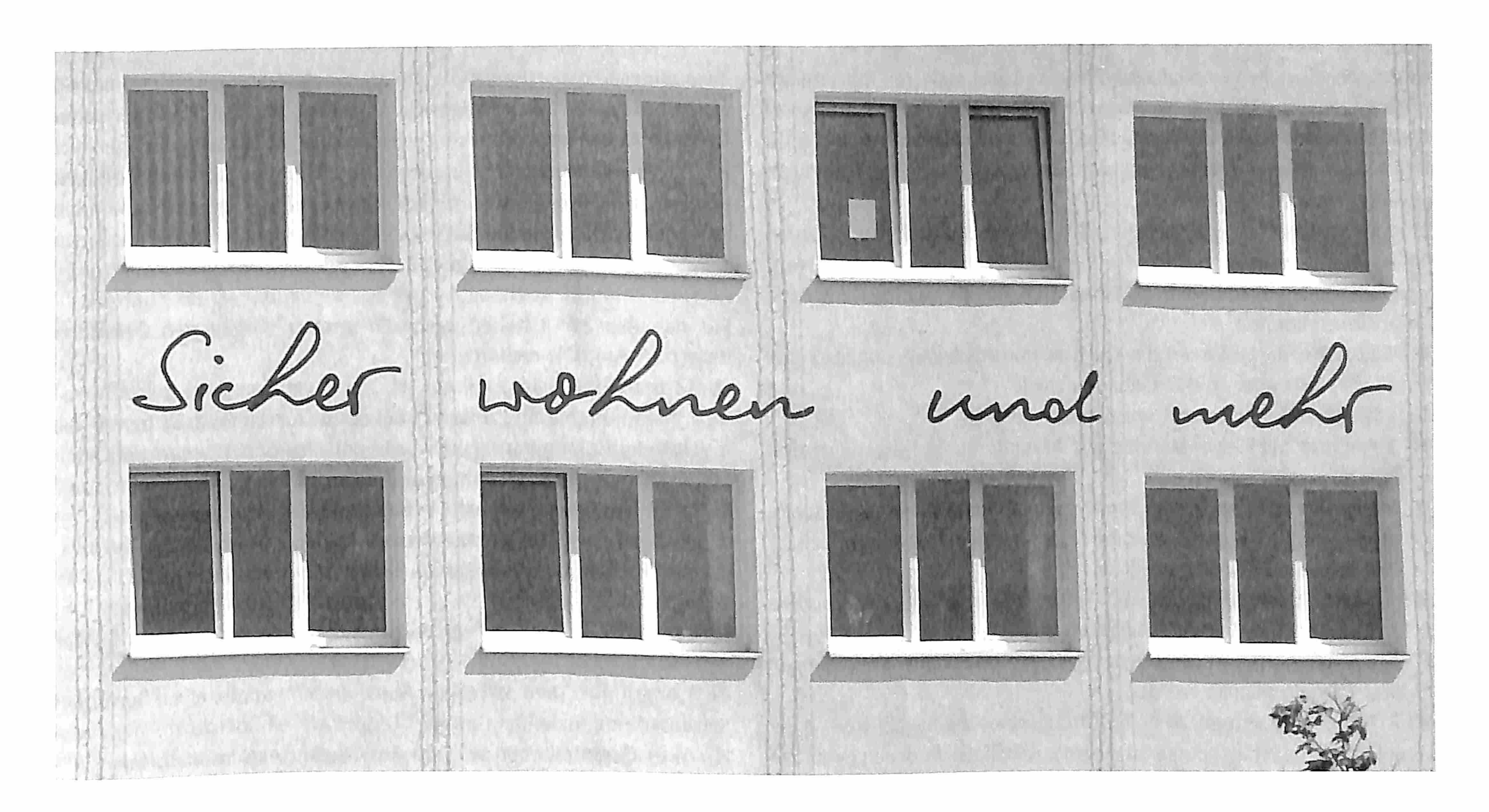
Wenn es darum geht, sich in Formen des Zusammenlebens solidarisch zu zeigen, Flüchtlinge mit einzubeziehen und soziale Möglichkeiten zu reflektieren, könnte ein Feld der soziale Wohnungsbau sein. An dessen eigentliche Aufgabe zu erinnern, sozial schwächere Gruppen unterbringen zu können, wäre ein Punkt. Ein anderer wäre es, bei den Formen des Zusammenlebens Orte der Zusammenkunft und der Organisierung nicht zu vergessen. Auch müssten die sozialpolitischen Strukturen gestärkt werden, z.B. der Wohnberechtigungsschein für Flüchtlinge gefordert und eine ausreichend hohe Quote an Wohnungen für Flüchtlinge den Gemeinden und Kreisen abgerungen werden. Wenn aber, beispielsweise in Kassel, Flüchtlinge für sich Wohnungen suchen können, bleibt dennoch das Problem, dass Vermieter_innen oft aus rassistischen Gründen dem Vertragsabschluss im Weg stehen. Projekte wie das »Grandhotel Cosmopolis« in Augsburg – in dem Flüchtlinge und Künstler_innen zusammenwohnen – sind Modellprojekte, die der Realität in der Breite nicht gerecht werden. Ein Anfang für neue Wohnformen sind dagegen Selbstverpflichtungen von linken Aktivist_innen, beim Aufbau von neuen Wohnprojekten auch Flüchtlinge mit einzubeziehen, wie das zur Zeit in einer ehemaligen Kaserne in Freiburg geschieht.

✖ Soziale Frage

Alle Anwesenden betonten, dass es sich bei den Fragen um Mietenkämpfe und Wohnungen für Flüchtlinge um eine künstliche Trennung handle, die aufgelöst werden müsse, weil sie den gesellschaftlichen Realitäten nicht gerecht werde, dass die Gemeinden Obdachlose mit europäischen Staatsbürgerschaften zusammen mit Flüchtlingen an die Ränder der Gemeinden verdränge und dort z.T. gemeinsam unterbringe. Die vermeintlichen »Problemgruppen« werden so außerhalb der Stadtzentren unter Kontrolle gehalten. Zudem wird der Betrieb von Sammellagern zunehmend zum lukrativen Geschäft.
Obgleich wir es also insgesamt mit verbindenden Fragestellungen zu tun haben, muss man auch die trennenden Aspekte sehen. Die Situation am Wohnungsmarkt stellt sich je nach Herkunft und Status unterschiedlich dar. Rassismus produziert eine spezielle Qualität des Ausschlusses.
Dennoch: Ärmere Mieter_innen – egal welcher Herkunft – werden in bestimmten Regionen zunehmend Schwierigkeiten bekommen, Mietverträge abschließen zu können. Auch weil die sozialen und solidarischen Netzwerke oft fehlen, ist es wichtig sich solidarisch zu zeigen, den Widerstand gegen Räumungen so offen wie möglich zu zeigen, keinem rassistischen Diskurs der getrennten Kämpfe das Wort zu reden und alle Gruppen in ihrem sozialen und egalitären Kampf um das Recht auf Wohnen und auf die Städte zu unterstützen: Weil wir hier wie da alle zusammenleben. ✖

WEITERE INFORMATIONEN:
✖ *http://bglbb.blogsport.de/*





ASYLLAGER ALS ZIELSCHEIBE RASSISTISCHER GEWALT

MASSIVER ANSTIEG VON ANSCHLÄGEN IN DEN LETZTEN BEIDEN JAHREN

DOKUMENTATIONSSTELLE DER ANTIRASSISTISCHEN INITIATIVE

Anfang März diesen Jahres schrieb die *taz*, dass die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im letzten Jahr drastisch gestiegen sei: »Zählten die Sicherheitsbehörden 2012 noch 24 Delikte, waren es 2013 bereits 58 – mehr als eine Verdoppelung«.[1] Und weiter führt die *taz* unter Berufung auf die Zahlen des Bundeskriminalamtes (BKA) aus, dass das BKA »nur die eindeutig rechtsextrem motivierten Straftaten« aufführe. Diese Meldung wurde von vielen Medien unter Berufung auf den *taz*-Artikel schnell weiterverbreitet. So titelten bspw. *Zeit Online* »Zahl der Angriffe auf Asylbewerberheime hat sich verdoppelt«, *Spiegel Online* »Zahl der Angriffe auf Asylbewerberheime verdoppelt« oder die *Welt:* »Angriffe auf Asylbewerberheime mehr als verdoppelt«. In allen uns dazu bekannten Artikeln wurde allerdings nicht differenziert aufgeschlüsselt, was sich genau hinter diesen Zahlen verbirgt. Lediglich die *taz* hat in dem besagten Artikel zumindest das Spektrum sowie einige Beispiele erwähnt, das die verschiedenen Geschehnisse umfasst, dennoch fehlten auch dort weitergehende Informationen.

Diese Leerstelle ist jedoch nicht weiter verwunderlich, da das BKA lediglich die Information »58 Angriffe auf Asylunterkünfte« herausgab, dazu jedoch nichts konkreteres ausführte. Auf telefonische Nachfrage bei der BKA-Pressestelle wurde uns mitgeteilt, dass Polizei Ländersache sei und wir uns an die Landeskriminalämter wenden sollten für weitere Informationen. Interessanterweise wurde jedoch Mitte Dezember 2013 eine Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion veröffentlicht, in der zumindest 42 Angriffe auf Asyllager für das Jahr 2013 nach Datum, Ort und Deliktart aufgeschlüsselt werden.[2] Warum daher die weiteren 16 Geschehnisse für das Jahr 2013 vom BKA nicht konkretisiert wurden, bleibt auch nach mehrmaligem Nachfragen beim BKA unbeantwortet. Aber auch bei den 42 aufgeführten Angriffen bleibt letztlich unklar, was sich dort genau ereignete.

Im Rahmen unserer Dokumentationsarbeit[3] gelang es uns in monatelanger, akrobatischer Recherche bisher 48 der 58 »Fälle« zu klären. Im Folgenden wird ein grober Überblick über Quantität und Qualität dieser Angriffe im Jahr 2013 sowie ein Vergleich der letzten 6 Jahre gegeben, um die deutlich steigenden Tendenzen der letzten beiden Jahre zu verdeutlichen.

STATISTIK DES BKA: VON KETCHUPATTACKE BIS ZU MOLOTOWCOCKTAILANSCHLÄGEN

Anders als die *taz* und viele andere Medien schrieben, beziehen sich die 58 Angriffe auf Asyllager, die das BKA für 2013 angibt, *nicht* auf »eindeutig rechtsextrem motivierte Straftaten« (*taz*). Vielmehr geht es um politisch motivierte rechte Straftaten, bei denen »eine Asylbewerberunterkunft Tatort oder Angriffsziel war«, wie es in besagter Antwort der Bundesregierung vom 18.12.2013 heißt. Dies ist insofern ein ziemlich wichtiger Unterschied, weil »eindeutig rechtsextrem« suggeriert, dass erstens die Täter/innen[4] organisierte Neonazis/Rechtsextreme waren und dass sie zweitens auch bekannt sind. Beide Aussagen sind unseren Recherchen zufolge in dieser Ausschließlichkeit nicht haltbar (siehe unten).
Das Spektrum der vom BKA genannten Angriffe ist recht groß und reicht von einer Ketchupattacke bis hin zu Molotowcocktail- und Butter-

säureanschlägen gegen Asyllager. 2 »Fälle« hatten unseren Recherchen nach keinen Bezug zu einer Asylunterkunft und 1 »Fall« aus unserer Sicht keinen rassistischen Hintergrund. Im Einzelnen können die Angriffe folgendermaßen aufgeschlüsselt werden, wobei hier keine Mehrfachnennungen vorkommen:

- 11 Brandanschläge: Hierbei wurden Brände/Brandsätze in oder auf Asyllager oder in deren unmittelbarer Nähe gelegt/geworfen. Dazu zählen auch Böller und Silvesterknaller, da sie massive Brände auslösen können.
- 4 Angriffe, in denen auf das Gelände von Asyllagern eingedrungen wurde, teils auch in das Gebäude sowie
- 1 tätlicher Angriff direkt vor einem Asyllager.
- 2 Angriffe mit Gegenständen auf Asylunterkünfte (Steinwurf und Beschuss mit Stahlkugeln).
- 6 sogenannte Hakenkreuzschmierereien an Fassaden von Asyllagern, deren Gebäudekomplexen oder auch in einem Fall auf ein Schild, das auf das Gelände gestellt wurde.
- 3 Geschehnisse, in denen der »Hitlergruß« oder andere verbotene Zeichen vor Asyllagern gezeigt wurden.
- 5 Vorkommnisse, in denen vor Asyllagern rassistische Beleidigungen und Parolen gegrölt wurden.
- 2 Taten im Rahmen einer Eröffnung eines Asyllagers bzw. einer Informationsveranstaltung zu einem zukünftigen, in denen es zu Versammlungen von Gegner/innen und entsprechenden rassistischen Äußerungen kam.
- 1 Ketchupattacke gegen ein Asyllager.
- 10 Angriffe auf zukünftige Asyllager. Hierbei reichte die Bandbreite von sogenannten Hakenkreuzschmierereien bis hin zu Molotowcocktailanschlägen.

Von den 45 hier angeführten Angriffen ereigneten sich 27 im Osten Deutschlands (ohne Berlin) sowie 18 im Westen. Unter Berücksichtigung der Einwohner_innenanzahl geschahen in Ostdeutschland damit gut 6 mal mehr Angriffe als in Westdeutschland. Besonders auffällig sind die vielen Brandanschläge (9) sowie Anschläge auf zukünftige Lager (8) im Osten Deutschlands. Damit ist die manifeste rassistische/ rechte Gewalt - wie auch im Allgemeinen bekannt - im Osten Deutschlands wesentlich höher als im Westen. In gut 2/3 aller »Fälle« waren die Täter/innen unbekannt; von den gefassten Tätern war nur ein kleiner Teil der neonazistischen Szene zuzurechnen. Etliche Taten wurden durch mehr als nur eine/n Täter/in ausgeführt. - Soweit zu den BKA-Zahlen.

STATISTIK DER ARI-DOKUMENTATIONSSTELLE: ANGRIFF IST NICHT GLEICH ANGRIFF

Nicht zuletzt deshalb, weil der Fokus unserer Recherche auf der - mitunter massiven - Verletzung der körperlichen Unversehrtheit von Geflüchteten beruht, definieren und dokumentieren wir nur solche Angriffe auf Asyllager und Wohnunterkünfte, in denen Geflüchtete potentiell oder tatsächlich körperlich zu schaden kommen können oder auch kamen.[5] Unserer Zählung und Dokumentation liegt demnach eine andere Logik als die der genannten BKA-Statistik zugrunde. So werden Angriffe auf leerstehende Einrichtungen, Plakatierungen oder sogenannte Hakenkreuzschmierereien, aber auch Kundgebungen vor Asyllagern von uns nicht als Angriffe dokumentiert und daher im Folgenden nicht aufgeführt. Unsere Kriterien sind strenger und müssten zu kleineren Fallzahlen führen. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Vergleichszahlen zu verstehen.

Für das Jahr 2013 haben wir nach unserer dargelegten Definition bisher 25 Angriffe recherchiert:

- 13 Brandanschläge,
- 5 Angriffe (plus ein geplanter), bei denen auf das Gelände bzw. in die Unterkunft eingedrungen wurde und Bewohner_innen teils auch direkt bedroht sowie angegriffen wurden,
- 1 tätlicher Angriff direkt vor einem Asyllager sowie
- 6 Angriffe mit Gegenständen auf Asyllager/Wohnunterkünfte.[6]

Im Vergleich zu den BKA-Zahlen sind das 7 Angriffe mehr.

Für das Jahr 2012 haben wir bisher 16 Angriffe recherchiert:

- 8 Brandanschläge,
- 1 Angriff, bei dem mit einem Auto versucht wurde, einen Bewohner umzufahren sowie
- 7 mit Gegenständen verübte Angriffe auf Asylunterkünfte.

Verletzt wurden in den letzten beiden Jahren 7 Geflüchtete bei insgesamt 42 Angriffen.

Besonders deutlich werden die Anstiege der Jahre 2012/2013, wenn die Jahre 2008-2011 als Vergleich herangezogen werden. Für diesen Zeitraum recherchierten wir insgesamt 15 Angriffe:

- 6 Brandanschläge;
- 1 Angriff, bei dem mit einem Auto auf spielende Kinder zugerast wurde;
- 2 massive Bedrohungen bzw. körperliche Angriffe auf Bewohner_innen vor ihrer Unterkunft;
- 1 Angriff, bei dem in das Gebäude eingedrungen wurde sowie
- 5 Angriffe mit Gegenständen auf Asylunterkünfte.

Verletzt wurden in diesem Zeitraum 5 Geflüchtete. Insgesamt gibt es für den Zeitraum 2008-2011 15 Angriffe, während es 2012 bereits 16 waren. Damit bilden die Vorkommnisse in den Jahren 2012/2013 einen vorläufigen Höhepunkt an Angriffen gegen Asyllager in Deutschland in den letzten 6 Jahren, haben sich die Angriffe doch in den Jahren 2012/2013 im Gegensatz zu den vier Vorjahren mehr als verfünffacht.

Es ist - wie oben bereits für 2013 anhand der BKA-Zahlen dargestellt - ein deutliches Ost-West-Gefälle zu konstatieren. Werden sämtliche 56 Angriffe für den Zeitraum 2008-2013 zusammengefasst, ergibt sich folgendes Bild: In den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) gab es insgesamt 18 Brandanschläge, während es in den westdeutschen 9 waren. Verübte Angriffe mit Gegenständen geschahen 11 in Ost und

7 in West. Von den weiteren oben angeführten Angriffen ereigneten sich 8 in Ost sowie 3 in West. – Diese Zahlen sind auf der einen Seite insofern zu relativieren, als es in allen ostdeutschen Bundesländern Opferberatungsstellen gibt, die entsprechende Geschehnisse dokumentieren, so dass es dadurch in unserer Statistik mehr dokumentierte »Fälle« für Ostdeutschland gibt. Diese unterschiedlichen Informationskanäle in Ost und West gibt es bei den BKA-Zahlen nicht – und dennoch bestätigen sie die große Ost-West-Differenz bei den Fallzahlen.

Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass unsere Zahlen nur eine Tendenz darstellen, was mehrere Gründe hat: Erstens erfahren wir nicht von allen Geschehnissen. Zweitens gibt es in den westdeutschen Bundesländern immer noch nicht flächendeckend Beratungsstellen für Opfer rassistischer Gewalt, die für unsere Recherchen wichtig sind, da sie i.d.R. eigene Chroniken rechter und rassistischer Gewalt führen. Drittens ist die Ursache vieler sich in Asyllagern ereignenden Brände nicht klar. Gibt es Hinweise auf rassistische Motive, werten wir diese als Angriff. Schließlich stellten wir viertens im Zuge unserer Recherchen fest, dass es der jeweiligen Staatsschutzabteilung obliegt, ob eine polizeiliche Pressemeldung zu einem »Fall« herausgegeben wird oder nicht, was wiederum Einfluss auf die Medienberichterstattung hat. Wenn in solchen »Fällen« kein Kontakt zu Betroffenen oder Unterstützer_innen vor Ort besteht, erreicht unsere Recherchearbeit ihre Grenzen.

AUSBLICK: STEIGENDE TENDENZ VON ANGRIFFEN

Offensichtlich hat der deutliche Anstieg von Angriffen gegen Asyllager in den letzten beiden Jahren auch einige Behörden »erreicht«. So führen die Bundesländer Berlin und Niedersachsen (möglicherweise auch noch weitere Bundesländer) ab 2014 eigene Statistiken in Bezug auf Angriffe gegen Asylunterkünfte. Auch das BKA hat offenbar eine sogenannte Clearingsstelle für diese Thematik eingerichtet – allerdings war bisher auf telefonische Nachfrage keine Konkretisierung dieses Vorhabens zu erfahren. Insofern bleibt abzuwarten, was sich dahinter verbirgt.
Die hier aufgezeigte Tendenz scheint sich auch im Jahre 2014 fortzusetzen. Uns sind bereits aus den ersten drei Monaten zahlreiche Angriffe auf Asylunterkünfte bekannt. Hinzu kommen – wie auch im Jahre 2013 – viele Demonstrationen und Mobilisierungen, die nicht zuletzt ebenso die extreme Rechte für sich zu nutzen weiß. Auch die rassistischen politischen und teils gesellschaftlichen Diskurse reißen nicht ab. Vor diesem Hintergrund ist das Dokumentieren von Angriffen eine Möglichkeit, die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren. Damit ist es gleichermaßen eine gewichtige Argumentationshilfe im Kampf gegen Rassismus.

Die Dokumentationsstelle der Antirassistischen Initiative recherchiert und dokumentiert staatliche Maßnahmen, in deren Folge Geflüchtete körperlich zu Schaden kommen – bspw. im Zusammenhang von Abschiebungen, durch die Existenz der geschlossenen Grenzen, durch Misshandlungen von Polizei und Betreuungspersonal, aber auch Verletzungen durch marode Unterbringungen in den Asyllagern sowie Suizide. Außerdem werden rassistische Angriffe auf Geflüchtete seitens der Bevölkerung, d.h. auch auf Asyllager, dokumentiert. ✖

WEITERE TEXTE DER ARI-DOKU

- *Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen. 21. Auflage der Dokumentation. In: graswurzelrevolution, 43. Jg, Mai 2014.*
- *Oury Jalloh – Das war Mord. In: graswurzelrevolution, 42. Jg., Dezember 2013.*
- *Hellersdorf ist überall. In: graswurzelrevolution, 42. Jg., Dezember 2013.*

FUSSNOTEN:

1 *www.taz.de/!134080/*

2 *http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/002/1800203.pdf*

3 *»Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen (1993-2013)«. Unter: www.ari-berlin.org/doku/titel.htm*

4 *Im Folgenden wird – je nach Kontext – der Gendergap (_) als auch der Schrägstrich (/) verwendet. Hintergrund ist der, dass damit einer Vereinnahmung des Gendergaps vorgebeugt werden soll, der in trans/queer/feministischen Kontexten entstand. Der damit implizierte Stachel radikaler Macht- und Gesellschaftskritik wäre stumpf, wenn damit Menschen bezeichnet würden, die rassistische Angriffe verüben.*

5 *Unsere mittlerweile 21jährige Recherche- und Dokumentationsarbeit ist thematisch allerdings viel weiter gefasst: Wir dokumentieren staatliche Maßnahmen, in deren Folge Geflüchtete körperlich zu Schaden kommen: bspw. im Zusammenhang von Abschiebungen, durch die Existenz der geschlossenen Grenzen, durch Misshandlungen von Polizei und Betreuungspersonal, aber auch Verletzungen durch marode Unterbringungen in den Asyllagern sowie Suizide. Außerdem dokumentieren wir rassistische Angriffe auf Geflüchtete seitens der Bevölkerung, d.h. auch auf Asylunterkünfte, worum es hier geht.*

6 *Nicht dokumentiert sind die Angriffe auf ein Haus in Duisburg-Rheinhausen, in dem Menschen aus Südosteuropa leben, sowie ein vermuteter Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Duisburg-Hocheide, da nach unseren Recherchen unklar ist, ob in den Häusern auch Nicht-EU-Bürger_innen leb(t)en.*

DER REVOLUTIONÄRE EUROPAMARSCH NACH BRÜSSEL

UNSERE FORDERUNGEN

TURGAY ULU

Wir haben auf lokaler Ebene Widerstand geleistet gegen die Gesetze und Praktiken, die Geflüchtete in die Isolation sperren, und wir haben den Widerstand auf ganz Deutschland ausgeweitet. Jetzt bereiten wir uns darauf vor, unseren Widerstand auf ganz Europa auszuweiten. Als wir mit unserem Protestmarsch von Würzburg gestartet sind, haben wir darüber diskutiert, dass die Probleme aller Geflüchteten in Europa ähnlich sind und wir unseren Widerstand deshalb bis ins Zentrum Europas ausweiten müssen. Schon bei diesem Gespräch kam die Idee auf, einen Protestmarsch nach Brüssel zu organisieren. Nun wird dieser Plan in die Praxis umgesetzt.

Wir haben den dazu nötigen Kontakt mit anderen Geflüchtetenprotesten und antikapitalistischen, antifaschistischen Kräften in Europa aufgenommen. Wir starten kurz vor den Europawahlen in Straßburg, um gemeinsam nach Brüssel zu laufen.

Wir brechen mit dem revolutionären Europamarsch die Grenzen und Verbote Europas. Dafür haben wir auch die nötigen Einladungen verschickt, um alle antikapitalistischen und antifaschistischen Kräfte dabei zu haben. Sie waren auch an den Vorbereitungen beteiligt. Meines Erachtens birgt ein Widerstandskampf, der sich auf das Geflüchtetenthema beschränkt, das Risiko der Stagnation, denn der Ursprung des Problems ist das kapitalistische Weltsystem. Rechte und Freiheiten sind nur dann erreichbar, wenn man einen effektiven Widerstandskampf gegen das System leistet.

FORDERUNGEN

In Europa hauchen die Institutionen und Gesetze des Systems den Verboten und Grenzen Leben ein. Wir wollen, dass diese Gesetze und Institutionen abgeschafft werden! Die Gesetze und Institutionen, die aus Rassismus und Kolonialismus entspringen, sollen abgeschafft werden! Wir verlangen die sofortige Einstellung aller Isolationsmaßnahmen!

Frontex abschaffen! Frontex ist eine Institution, die wie eine Armee arbeitet und behauptet, lediglich die Grenzen der EU zu beschützen. Frontex besitzt sowohl Schiffe als auch Waffen und jagt damit die Geflüchteten auf internationalen Gewässern.

Dublin abschaffen! Wir fordern, dass das Dublin II/III Abkommen rückgängig gemacht wird, welches bestimmt, dass Geflüchtete in das EU Land zurückgeschickt werden, in dem sie ihre Fingerabdrücke zuerst abgeben mussten.

Abschiebung stoppen! Geflüchtete, die vor Krieg und Diktaturen fliehen, um in Europa Frieden zu finden, werden massenhaft abgeschoben. Wir fordern den Stopp aller Abschiebungen von Geflüchteten in Länder, in denen sie sich dann in Lebensgefahr befinden.

Residenzpflicht abschaffen! Die Residenzpflicht ist ein Gesetz, das nur in Deutschland existiert. Sie verbietet Geflüchteten ihren Landkreis bzw. Bundesland zu verlassen. Die Residenzpflicht muss abgeschafft werden! Dieses Gesetz raubt Menschen ihr natürlichstes Recht – das Recht auf Bewegungs- und Reisefreiheit.

Rassismus bekämpfen! Wir wollen den Rassismus stoppen, der in Krisenzeiten des Kapitalismus auch in Europa immer heftiger wird! Wir wollen, dass die rassistischen Maßnahmen den Geflüchteten, Migrant_innen und anderen Unterdrückten gegenüber aufhören! Diese rassistischen Maßnahmen treffen alle, die nicht als Teil der Mehrheitsgesellschaft gesehen werden und aus Parks, Büchereien und Diskotheken ausgeschlossen werden. Dies soll ein Ende haben, ebenso wie rassistische Polizeikontrollen!

Kapitalismus bekämpfen! Um die Krise des kapitalistischen Weltsystems zu überwinden, wollen wir das Ausbeutungssystem gegen Arbeiter_innen, Arbeitslose und alle Unterdrückten ändern.

Kriege beenden! Wir wollen den Stopp aller Kriege und Massaker, die aus purer Gier nach Öl, Profit und Waffen geführt werden! Von diesen ungerechten und reaktionären Kriegen hat die Arbeiter_innenklasse nichts. In den verschiedensten Regionen der Erde sterben hunderte von Menschen aufgrund von Kriegen und Konflikten. Die Überlebenden erwartet in Europa ein sklavenähnliches Dasein.

Keine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts! Menschen werden wegen ihrer Klasse, ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Orientierung erniedrigt. Wir wollen, dass all diese Unterdrückungsmaßnahmen ein Ende haben!

Lager schließen! Wir fordern die Schließung aller Geflüchtetenlager! Lager befinden sich an den Stadträndern. Sie grenzen die Menschen von der Gesellschaft aus und sperren sie in ein Leben voller Isolation.

Aufhebung des Arbeitsverbots! Wir wollen, dass das Arbeitsverbot endet, denn es entreißt Geflüchteten ihre Existenzgrundlage und zwängt die Menschen in ein elendes Leben. Wir wollen, dass Geflüchtete und Migrant_innen auch ein gleichwertiges Recht auf Arbeit bekommen, wie der Rest der Gesellschaft. Wir wollen, dass diejenigen Gesetze abgeschafft werden, die uns stundenlang für einen Hungerlohn schuften lassen! Wir wollen nicht wie Sklav_innen arbeiten müssen, um die Kassen der Bourgeoisie zu füllen.

Recht auf Wohnen! In Europa leben die Menschen hinter dem Vorhang der Demokratie ohne Unterkunft und werden gezwungen auf der Straße zu leben. In allen Städten gibt es leere Häuser und trotzdem leben Menschen ohne Dach über dem Kopf.

Recht auf Bildung! Jeder Mensch sollte ein gleiches Recht auf Bildung und Erfüllung der kulturellen Bedürfnisse haben.

Repression stoppen! Wir sind dagegen, dass Widerstandskämpfer_innen gegen den Kapitalismus zu Terrorist_innen erklärt, zu schweren Strafen veruteilt und in Gefängnisse gesteckt werden. Wir sagen: Die eigentlichen Terrorist_innen sind alle kapitalistischen Staaten. Alle Waffen und Angriffsmittel befinden sich in den Händen der kapitalistischen Staaten. Wir wollen, dass alle Anti-Terror-Gesetze und -Maßnahmen außer Kraft gesetzt werden!

Wir wissen, dass uns all diese Rechte und Freiheiten nicht einfach so von den Herrschenden geschenkt werden. Deshalb vereinen wir uns auf den Straßen für ein kollektives Leben gegen die kapitalistische Klassengesellschaft.

Es lebe die Menschlichkeit und unser kollektiver Widerstand! ✖

ÜBER DEN AUTOR:

✖ *Turgay Ulu war 15 Jahre in Isolationshaft in der Türkei, weil er als marxistisch orientierter Student einen Gefängnisausbruch vorbereitet haben soll. Im Anschluss gelang ihm die Flucht nach Deutschland. Er war beim Protestmarsch von Würzburg nach Berlin dabei und seit Beginn des Camps auf dem Oranienplatz und in der besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg. Unmittelbar nach der Räumung des Camps am Oranienplatz trat er mit 4 weiteren Geflüchteten in Hungerstreik.*

SOLIDARITÄT IST KEINE EINBAHNSTRASSE

□ WOMEN IN EXILE & FRIENDS

Rund um eine Demonstration für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) am 29. März 2014 in Berlin, gab es viele Diskussionen darüber, wie die Kämpfe der LGBT um ihre Rechte mit Kämpfen von anderen FlüchtlingsaktivistInnen um Bewegungsfreiheit verbunden sind.
Zu der Demonstration hatten AFRICAN REFUGEES UNION (ARU) und INTERNATIONAL WOMEN SPACE (IWS) aufgerufen, um vor den Botschaften Ugandas und Nigerias gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender zu protestieren. In beiden Staaten wurden kürzlich Gesetze verabschiedet, die lebenslange Gefängnisstrafen für Homosexuelle vorsehen. Im Aufruf zur Demo schrieben sie »We are hereby condemning the passing and signing of this anti-gay bill and want to show our strong solidarity with our brothers and sisters that are affected of homophobic hatred in Uganda, Nigeria and elsewhere worldwide. We demand the right to asylum and the right to stay for all refugees.«
Andere Flüchtlingsaktivisten auf dem Protestcamp hingegen positionierten sich ausdrücklich gegen die Demonstration und versuchten eine Verbindung mit dem Protestcamp zu verhindern, indem sie einen der Organisatoren der Demo persönlich mit Gewalt bedrohten.
Um dem etwas entgegenzusetzen und um deutlich zu machen, warum wir Solidarität mit LGBTs als notwendigen Bestandteil antirassistischer Politik sehen, veröffentlichen wir deshalb hier einen Redebeitrag, den wir auf der Demonstration zusammen mit einem Aktivisten von FelS/ Bündnis gegen Lager gehalten haben.

„Wir möchten euch in wenigen Sätzen erzählen, wie wir die Zusammenhänge zwischen Rassismus, Nationalismus, Sexismus und Hass gegen Homosexuelle sehen und warum wir glauben, dass man das alles zusammen bekämpfen muss, wenn man gleiche Rechte für alle will.
No Border! No Nation! So rufen wir auf allen unseren Demonstrationen, weil wir wissen, dass die Grenzen um die EU tödlich sind. Und weil wir wissen, dass das Konzept von Nation oder von nationalen Interessen der EU Staaten die Grundlage für diese tödlichen Grenzen ist.
Weltweit definieren Nationen ihre territorialen Grenzen und setzen sie mit Gewalt durch, mit Kriegen, mit Grenzschutz oder mit Abschiebungen. Hinter all diesen Formen von Gewalt steht dieselbe Idee: Die Idee, dass ein Nationalstaat bestimmt, wer auf seinem Gebiet lebt. Wir alle wissen, wie absurd diese Idee eigentlich ist und kämpfen darum, dass jeder Mensch selbst entscheiden kann, wo er leben möchte.
Weltweit versuchen Nationen auch, ihre Bevölkerung zu kontrollieren, indem sie Einfluss darauf nehmen, wer Kinder bekommt, wie viele Kinder und von wem. Die Formen, in denen Bevölkerungspolitik Einfluss auf unser Leben nimmt, sind dabei sehr unterschiedlich. Aber sie haben fast weltweit eines gemeinsam: Immer wird Frauen das Recht abgesprochen, **ganz allein** darüber zu entscheiden, ob sie Kinder bekommen oder nicht. Fast überall mischt sich der Nationalstaat mit Regelungen zu Abtreibung, zu Geburtenkontrolle oder anderen Gesetzen in diese Entscheidung ein.
Und noch etwas ist in der Bevölkerungspolitik von Nationalstaaten fast überall gleich: Als Ideal, um Kinder zu bekommen und groß zu ziehen gilt die heterosexuelle patriarchale Familie. Warum ist das so? Die heterosexuelle patriarchale Familie garantiert die Kontrolle von Männern über die Entscheidungen von Frauen und damit den indirekten Einfluss des Nationalstaates auf ihre Entscheidungen.
Vielleicht denkt ihr jetzt, aber Heterosexualität ist doch normal, das ist doch die Natur der meisten Menschen... Das kann niemand wissen, denn weltweit wird diese angebliche Normalität mit subtiler oder offener Gewalt durchgesetzt: Mit Gewalt gegen Menschen, die nicht heterosexuell sind. Überall dort, wo ein Staat mit Gesetzen gegen Homosexuelle vorgeht, spricht er eine klare Warnung an **alle Menschen** aus und sagt: »Niemand hat das Recht, sich frei zu entscheiden.«
Vielleicht denken manche von euch jetzt, aber in meiner Kultur gibt es Homosexualität nicht... Auch das kann niemand wissen, denn es gibt keine Kultur, die nicht durch die Kolonialherrschaft und die damit verbundene, religiöse Dominanz radikal beeinflusst wurde. Wir wissen aber zum Beispiel über die Situation in Afrika eines ganz sicher: Die Wurzeln von Hass gegen Homosexuelle kommen nicht aus irgendeiner afrikanischen Kultur, sondern christlichen Moralvorstellungen der Kolonialzeit.

Vielleicht denken manche von euch jetzt, aber meine Religion, die christliche, die islamische oder die jüdische Religion sagt, dass Homosexualität eine Sünde ist... Ja, jede dieser Religionen ist eng verbunden mit der Idee von einem sogenannten Volk Gottes und damit mit der Idee von Nation. Das liegt an der Geschichte dieser Religionen. Aber egal, ob Bibel, Thora oder Koran – in allen Büchern dieser Religionen finden wir auch die Vorstellung, dass Gott alle Menschen liebt.
Religion und Kultur werden oft als Argumente benutzt, wenn es darum geht Herrschaft durchzusetzen. Für uns ist klar: Nationalismus, Rassismus, Hass und Gewalt gegen Homosexuelle und Sexismus sind alles verschiedene Formen **des einen** Herrschaftssystems, das uns und allen Menschen die Freiheit nehmen will, über unser Leben selbst zu entscheiden.
Dazu sagen wir »**Nein**«! Nein zu Nationalismus! Nein zu Rassismus! Nein zu Sexismus! Nein zu Hass gegen Homosexuelle! Jeder Mensch hat das Recht zu leben, wo er will und zu lieben, wen er will.

Freedom of Movement is everybody's right!
Freedom to love is everybody's right!
We are here and we will fight!"



HEIL IN HITLERSDORF

EIN ERLEBNISBERICHT

GOOD NOOSE

Am 20. August 2013 versuchte die NPD eine Kundgebung gegen die neue Flüchtlingsunterkunft im Rechtsaußenbezirk Hellersdorf. Auf dem Weg zum »Auswärtsspiel« wirrten außer mir noch dutzende langhaarige Akademiker_innenkinder aus Kreuzkölln durch die U-Bahn. Einst in die Berliner Schmuddelkieze gezogen, um Buschkowski zu bekämpfen, suchen sie nun neue Schlachtfelder.

Ich hab viel gehört von Hellersdorf: Die Plattenzonis hier sind ökonomisch und emotional frustriert. Ihre ängstlichen Seelen sehnen sich nach Autorität. Hier wuchert die im Privatfernsehen persiflierte Parallelgesellschaft: infantile Fleischbrocken, denen seit 1990 Jobs versprochen werden. Bekommen haben sie nur Einkaufszentren. Ihre niveaulose Gesellschaft kenne genau zwei Klassen: Neo-Nazis und Neon-Assis. Aber entgegen dem gängigen Vorurteil gewinnen geoutete Faschos wie Pro Deutschland und die NPD hier nur niedrige einstellige Wahlergebnisse. Die meisten ihrer KandidatInnen sind »nicht tageslichttauglich«. Anders als die lokale Visage der Linken, Petra Pau; die war nicht mal richtig bei der Stasi. Hellersdorfer_innen unterstützen den Rassismus wie Bratwurstfans den Massenmord an Zuchtvieh: Was auf der Karte steht wird gefressen. Und Rassismus gibt's bei jeder Volkspartei, welch Wunder. Wer »Ausländer« abschieben will, muss nicht die NPD wählen. Daher sind auch die stärksten Parteien in der Gegend CDU, LINKE, SPD. Wie die meisten Normalbürger_innen sind diese Parteien bei den öffentlichen Protesten gegen die NPD völlig abwesend.

Heute, am 20. August 2013, protestieren ca. 800 Leute gegen 20 Nazis. So gut wie alle auf der Gegendemo sind laut Polizei und Presse »militante Linksradikale«. In der Theorie ist Widerstand gegen den Faschismus nix Linkes; Militärputschisten wie Stauffenberg sind doch die Pilgerväter der BRD. Besonders mutig brauchst du auch nicht zu sein, um mit 800 gegen 20 zu marschieren. Aber in der Praxis kriegst du aufs Maul und landest im Knast. Vielleicht gibt sich auch deshalb eher das gefestigte Bildungsbürgertum die Mühe, gegen Nazis zu protestieren. Auch in Kreuzberg schaffen es die meisten Arbeiter_innen beim Aufmarsch höchstens bis auf den Balkon. Das bedeutet nicht, dass sie nie protestieren. Aber eher auf Bürger_innenversammlungen gegen die Eröffnung neuer Lager in ihrer Nachbarschaft oder gegen die »Verslummung« des Oranienplatz. Rassenpolitik geht heute ohne SS. Wer kann es ihnen verübeln? Wenn es den Linken zu bunt wird in Kreuzberg – meistens zur Einschulung des Erstgeborenen – ziehen sie halt wieder nach Schwaben; die beste Alternative der verdrängten Berliner Arbeiter_innen ist ein Plattenbau mit Blick auf Brandenburg.

Aber auch die Hellersdorfer_innen wissen heute nicht so recht, was sie davon halten sollen. Jungens mit prall gefüllten T-Shirts und Mädchen mit stukkatierten Gesichtern sehen von der sicheren Seite der blockierten Straßenkreuzung zu. Eine Gruppe Trinker_innen, ungewöhnlich minderjährig, ungewöhnlich weiblich, gafft bedrohlich von ihrer Stammbank vor dem Einkaufscenter Helle Panke. Vielleicht verhindern einzig die gepanzerten Hundertschaften, dass die Anwohner_innen ihre Wut gegen die »Nazischande« auf die Straße tragen? Schließlich betraten auch die Rostocker Volksmassen erst den Rasen, als die Bullen angesichts randalierender Halbstarker spontan in den Urlaub fuhren. Wenn nur die Polizei es zuließe, würde das Volk heute eher die Nazis angreifen, als grölend hinter ihnen zu stehen? Natürlich nicht, aber Tags darauf blökt nicht nur die Vulgärpresse, auch das Wartezimmer-Infotainment (DER SPIEGEL: »Streit um neues Asylbewerberheim in Berlin eskaliert«) und das Organ des Bionade-Sozialismus (TAZ: »Action in Hellersdorf«) apologetische Kackscheiße: Radikale hier, Radikale dort, Polizei versucht zu vermitteln; Nazis sind eigentlich nur traumatisierte Arbeitslose, Flüchtlinge leben halt im Lager, sonst



wären es ja keine Flüchtlinge mehr, eher Spätaussiedler_innen oder so. In Wirklichkeit öffnet die Polizei den Nazis Tür und Tor und prügelt auf die friedlich-lautstarke Gegendemo ein. Gegen eine Übermacht von 40:1 hätten die Nazis ohne Polizei nicht ihre Fahrzeuge verlassen können. Jedes Mal wenn die NPD einen Stand in der Fußgängerzone aufbaut und so den halben Bezirk lahmlegt, demonstriert sie, dass die Staatsmacht nach ihrer Pfeife tanzt.

Ich frage mich, warum die Bullen nicht gleich die Regenschirme für die Nazis halten, um die Lautsprecheranlage gegen die »brutalen« Eiwürfe der »Linken« zu schützen. Als aber ein Nazi eine Reporterin hinter der Polizeiabsperrung mit einem Seitenhaken umnietet, reagieren die nur wenige Meter entfernt stehenden Bullen überhaupt nicht, selbst als er die am Boden Liegende weiter misshandelt.[1] Oft genug lösen die Bullen unter Vorwand der öffentlichen Sicherheit Versammlungen auf. Warum tun sie es nicht jetzt? Allein im letzten Jahr bin ich dreimal in Massenverhaftungen geraten, nur weil ich mich im Umfeld von spontan für beendet (oder eröffnet) erklärten Versammlungen aufgehalten habe. Auch die 25 verhafteten Nazigegner_innen am 20. August 2013 werden angezeigt wegen »Verstoß gegen das Versammlungsgesetz«, »gefährlicher Körperverletzung« oder »versuchter Gefangenenbefreiung«. Die Verhaftetenzahl ist etwa Durchschnitt für eine Anti-Nazi-Demo. Nehmen wir die kleinste (600) und höchste (800) Schätzung der Teilnehmenden, liegt das Risiko der Festnahme für öffentlichen Protest gegen Nazis bei 3 bis 4 %. Das Risiko für das Durchführen einer Nazikundgebung: 0 %.

In der Presse erscheinen keine Fotos der Gewalt von Polizei und Nazis. Die gelackte Hauptstadtjournaille exerziert ihre »Vierte Gewalt« hinter der Polizeiabsperrung – auf der Seite der Nazis. Keine_r traut sich in die Gegendemonstration. Ihre Berichte lesen sich auch so. Sie reden bestenfalls mit Polizeisprecher_innen und »Expert_innen«, die gar nicht auf der Demo waren, oder sie kopieren gleich die Pressemeldungen der Polizei. Am nächsten Tag rät der befehlshabende Polizist im Radio den Bürger_innen, sich keine Sorgen zu machen, denn seine Trupps hätten »alles unter Kontrolle«. Christliche Kader empfehlen »besorgten Anwohnern« sich nicht von »Rattenfängern« instrumentalisieren zu lassen. (Einige Monate später rennt der CDU-Mann Wansner um den Oranienplatz herum, um Anwohner_innen vor der »Seuchengefahr« durch Ratten zu warnen.)

In Hellersdorf können die Unterkulturen – Prolls, Ausländer_innen, Nazis, Autonome – sich fetzen, ohne die schicken Leut' zu behelligen. Aber soll mal ein Fuzzi vom LaGeSo[2] es wagen, in Dahlem ein Lager aufzumachen. Dann gibt's keine peinlichen Bürger-Inis, sondern eine Strafversetzung nach Märkisch-Oderland. Ganz Hellersdorf ist das Endlager einer Gesellschaft, die »Völkerfreundschaft« predigt, und Faschist_innen in Uniformen steckt, die geil auf das Drama zwischen Täter und Opfer glotzt, ohne zu fragen, wer den ganzen Streifen produziert. ✖

INFORMATIONEN ZUM TEXT

✖ *Der Text erschien auf englisch am 22.08.2013 zuerst im Blog Good Nosse unter dem Titel »Hell in Hitlersdorf« zu finden unter http://goodnoos.wordpress.com/2013/08/22/hell-in-hitlersdorf/.*

FUSSNOTEN:

1 *Foto: www.flickr.com/photos/pm_cheung/9557016389/in/set-72157635165794092/*

2 *Das LaGeSo (Landesamt für Gesundheit und Soziales) ist unter anderem damit beauftragt, Flüchtlinge in Aufnahmelagern und Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen und die Einrichtung solcher Unterkünfte zu organisieren.*

KRISE DES ANTI-FASCHISMUS

EMANZIPATORISCHE BEDÜRFNISSE UND ERFAHRUNGSHORIZONTE ZUM AUSGANSPUNKT NEHMEN

HARRY WAIBEL

In Europa sind gegenwärtig über 100 neo-faschistische Terrorgruppen, Kampfbünde und Parteien aktiv – allein in Russland treiben etwa 30 Organisationen dieses Spektrums ihr Unwesen. Der Neo-Faschismus ist wieder zu einem Machtfaktor aufgerückt, der in zunehmendem Ausmaß auf die sozialen, kulturellen und politischen Verhältnisse Europas einwirkt. In Deutschland fehlte bislang ein neo-konservativer »Türöffner«, wie er sich mittlerweile in zahlreichen EU-Ländern – und dabei insbesondere in einigen Ländern der europäischen Kernzone – etabliert hat. Trotz des seit Jahren betriebenen Zusammenspiels der deutschen Geheimdienste mit der neo-nazistischen Szene ist deren politische Repräsentation, die NPD, öffentlich geächtet. Wird es bei dieser Konstellation bleiben, wenn sich, wie in den Nachbarstaaten geschehen, ein starker neo-konservativer Transmissionsriemen etabliert hat? Es wird sich zeigen inwieweit die im Frühjahr 2013 gegründete »Alternative für Deutschland« (AfD) diese Rolle übernehmen wird. Bislang repräsentiert die AfD den marktradikalen anti-europäischen Flügel der deutschen Krisengewinler in den mittleren Familienunternehmen, den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und in einigen Medienkonzernen. Bei den Bundestagswahlen vom 22. September 2013 erhielt die AfD vor allem Zulauf vonseiten der abgehalfterten Neo-Liberalen (FDP) und von ca. 340.000 ost-deutschen Protestwählern. Diese soziale Zusammensetzung kann sich durchaus noch ändern und vollends auf die von den etablierten Neo-Liberalen und den Grünen enttäuschten akademisch qualifizierten Funktionseliten sowie auf weitere Protestwählerschichten ausgreifen, die über den neo-liberalen Anpassungskurs der in einigen ost-deutschen Bundesländern mitregierenden »Linkspartei« frustriert sind. Das wäre dann in der Tat eine soziale Konstellation, die den Stoff abgibt für eine offen auftretende deutsch-nationale Partei.

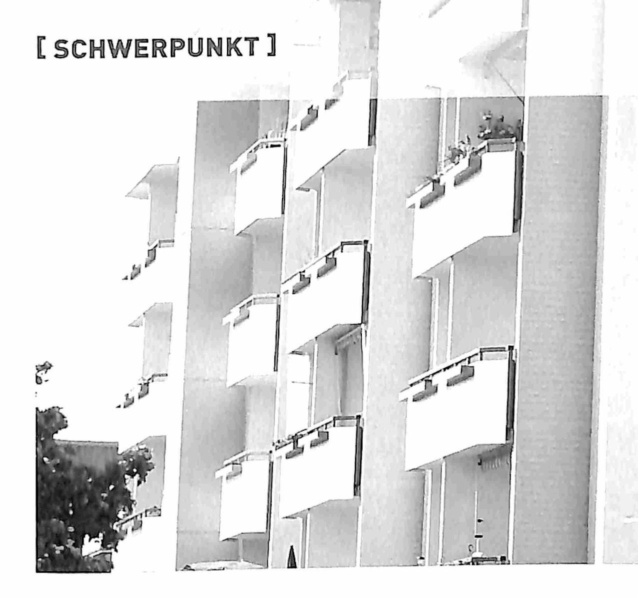
Die institutionelle Linke hat den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Überlebensinteressen der unteren Klassen und Schichten den Rücken gekehrt. Sie hat dafür – wenn auch teilweise mit erheblicher Verzögerung – auf der politischen Ebene die ihr gebührende politische Quittung erhalten. Das Dilemma ist dabei jedoch, dass die nicht-institutionelle, außerhalb des parlamentarisch-politischen Systems agierende Linke bis jetzt zu schwach war, um dem selbstzerstörerischen Treiben der institutionellen Linken Einhalt zu gebieten und glaubwürdige Alternativen zu erarbeiten. Das wird ihr nicht zuletzt dadurch erschwert, dass die unteren Klassen in der Regel die außerparlamentarische Linke mit den sozialdemokratischen Parteien und den durch diese kontrollierten Gewerkschaften gleichsetzen. Und das wiederum hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich immer größere Segmente der Unterklassen und unteren Mittelschichten dem Neo-Faschismus (und teilweise auch dem Neo-Konservatismus) zuwenden. Sicher spielen dabei auch autoritäre Dispositionen eine Rolle, insbesondere bei den vom sozialen Abstieg bedrohten Restkernen der großindustriellen Arbeiterklasse.

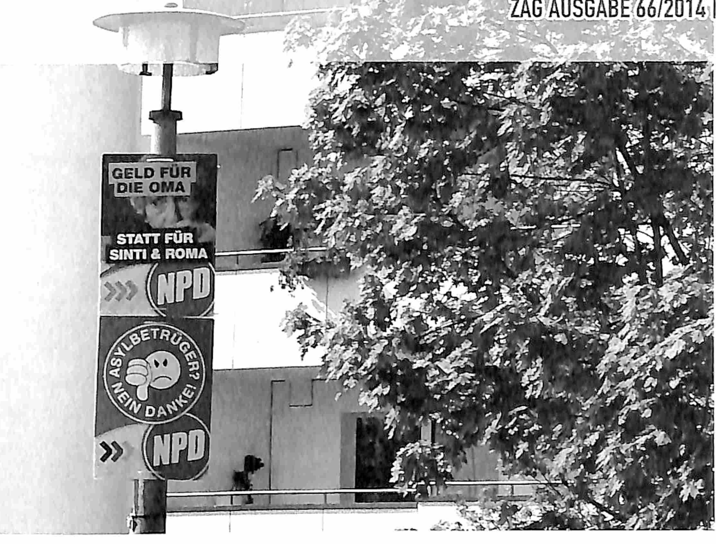
Diese Einschränkung kann uns aber nicht vor der bitteren Einsicht bewahren, dass wesentliche Teile der institutionellen Linken seit Jahrzehnten für den sozialen Absturz und die nachfolgende sozio-kulturelle Demoralisierung der Unterklassen wesentlich mitverantwortlich sind. Die daraus resultierende Orientierungslosigkeit hat dann immer größere Teile der sozial abgestürzten oder vom sozialen Abstieg bedrohten arbeitenden Klassen und Schichten dazu gebracht, sich mit dem Neo-Faschismus zu identifizieren.

VERLEUGNENDES VERDRÄNGEN

Die Verbrechen der Gruppe »NSU« haben die verheerenden Konsequenzen des Verdrängens des Rassismus in den gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen plötzlich offen gelegt. Das deutsche ideologische Syndrom aus Nationalismus und Rassismus bzw. Anti-Semitismus ist nach 1945 nicht verschwunden. Nicht nur Anti-Semitismus sondern auch Nationalismus und Rassismus durften öffentlich nicht stattfinden, wucherten aber sowohl auf der gesellschaftlichen Ebene der Alltagskultur, wie auch in der Form eines institutionellen Rassismus fort. Dieses verleugnende Verdrängen bei staatlichen Behörden, Parteien und Medien hat Methode, es ist das fleischgewordene Bedürfnis, solche Themen und Ereignisse bis zur Unkenntlichmachung zu verdrängen. Auch anti-faschistische Individuen und Gruppen nehmen die Realität selektiv wahr, wenn es darum geht, Ursachen und Ausmaß der rassistischen Bedrohung zu rezipieren. Ein Beispiel dafür sind die unterschiedlichen Angaben zu den Opfern der rassistischen Angriffe: Während die Bundesregierung 63 Tote zählt, die seit 1990 durch rassistische Gewalt ums Leben kamen, zählt der Berliner »Tagesspiegel« 152 Tote. Meine Recherchen hingegen ergaben 250 Tote, die ich in meinem Buch »Rassisten in Deutschland« (2012) belegen konnte. Den Differenzen in den verschiedenen Angaben über die Anzahl der Toten liegt die unterschiedliche Wahrnehmung zu Grunde, was als politisch oder nicht politisch verstanden wird. In einer engen Definition der rassistischen Verbrechen tauchen Obdachlose, Arbeitslose, Homosexuelle oder Punks so gut wie nicht auf.

Gegenwärtig erleben wir verstärkt rassistische Propaganda- und Gewaltangriffe, die sich im Jahr 2012 auf über 17.000 rechte Propaganda- und Gewalttaten summieren. Auf Unterkünfte von Flüchtlingen fanden im Jahr 2013 insgesamt mindestens 67 Angriffe statt; ein Jahr zuvor waren es nur 24 Angriffe. Bis Anfang März 2014 haben bereits 20 Angriffe stattgefunden, davon waren 12 Brandanschläge. Zwischen 2008 und 2012 wurden mindestens 82 Angriffe auf Synagogen festgestellt. Das Zusammenspiel von rassistischen Äußerungen von führenden Politikern einerseits und der Zunahme von Gewalttaten von Rassisten anderseits war bereits Anfang der 1990er Jahre zu beobachten, als während des Streits um die Einengung des im Grundgesetz verankerten Rechts auf politisches Asyl zwischen der SPD und





den Unionsparteien, die Pogrome gegen Flüchtlinge und Ausländer in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und in Solingen und Lübeck stattfanden.

Für das verleugnende Verdrängen sind drei Bereiche zu nennen: Wir erleben erstens eine Verharmlosung der rassistischen Gefahren bedingt sowohl durch die verfehlte Ent-Nazifizierung als auch die Tradierung rassistischer Bewertungen im Staatsapparat bzw. im Sicherheitsapparat (in beiden deutschen Staaten und darüber hinaus bis in die Gegenwart). Zweitens muss bei der Rassismusforschung konstatiert werden, dass es (in beiden deutschen Staaten) keine Institution gab oder gibt, die sowohl den historischen als auch den aktuellen Rassismus im Fokus ihrer Arbeit hatte. Drittens sind die Versäumnisse zu nennen, was die Kritik und Weiterentwicklung des linken Anti-Faschismus angeht, als einer Ideologie, die ohne relevanten Bezug zur Realität ist. Die mangelnde Wahrnehmung der rassistischen Erscheinungen, also die verleugnende Verharmlosung rassistischer Verbrechen durch bürgerliche und linke Kräfte, sowie eine gesellschaftspolitisch einflusslose und desorientierte Linke, sind Resultat der historischen Fehlentwicklung in Deutschland.

DIE ZWEITE KRISE DES ANTI-FASCHISMUS

Mit Nachdruck weise ich daraufhin, dass bereits in den 1920er und 1930er Jahren der Anti-Faschismus in Europa so gut wie vollständig gescheitert ist. Die gegenwärtige Krise des Anti-Faschismus ist auch ein Ausdruck einer tiefgreifenden Marginalisierung der Linken insgesamt. Sie ist eine Folge des Versagens der institutionellen Linken, also der Sozialdemokratie, des Eurokommunismus und der Grünen, die eine Austeritätsökonomie betreiben, verbunden mit imperialistischer Großmachtpolitik, die sie gegen heftige Proteste verteidigen. Dadurch haben zwei Drittel der Bevölkerung der EU-Länder ihre politische Repräsentation verloren. Eine Folge davon ist eine zunehmende Desorientierung der Lohnabhängigen, die inzwischen bedenkliche Ausmaße erreicht hat, wenn in Europa überall wieder ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der sozialen Frage und dem Faschismus hergestellt wird. Für die außerparlamentarische Linke - sie ist es die, im Wesentlichen aktiv gegen Neo-Nazis und Rassisten kämpft - ist es wichtig geworden, einen Trennungsstrich zu ziehen zur institutionellen Linken. Auch um deutlich werden zu lassen, dass es emanzipatorische Alternativen zur bestehenden Ordnung gibt.

Seit 1990 haben in Deutschland, nach offiziellen Angaben der Sicherheitsbehörden, über 300.000 rassistische und nazistische Propaganda- und Gewaltstraftaten stattgefunden. Wie bei allen diesen Vorgängen haben die Anti-Faschisten kaum Einfluss nehmen können, um das mörderische Geschehen zu verhindern. Sie sind in verschiedene Gruppen und Strömungen zersplittert, es fehlt nicht nur eine schlagkräftige, gemeinsame Organisierung, sondern auch an einer aussagekräftigen, die gesellschaftlichen Sphären durchdringende Programmatik, sowie einer Taktik und Strategie umfassenden Theorie. Es gibt mehrere Publikationen (z.B. Antifa-Infoblatt, Antifa, Antifa Nachrichten, usw. usf.) verschiedener Gruppen, ganz abgesehen von den Anti-Rassisten, die sich seit 1988 von der anti-faschistischen Strömung distanziert haben. Entscheidend ist es, selbstkritisch an die Probleme heranzugehen, denn um bei den Massen glaubwürdig zu sein, ist der Kampf gegen Rassismus und Nazismus strategisch umzumünzen in einen Kampf für eine emanzipierte Gesellschaft, in der Ausbeutung und Unterdrückung bereits im Keim erstickt werden kann. Die Ausgestaltung einer solchen befreiten Gesellschaft blieb bei der Fundamental-Opposition, und dazu zählt sich das Gros der Anti-Faschisten, bisher weitgehend unerörtert. Deshalb fanden auch emanzipatorische Bedürfnisse und Erfahrungshorizonte armer und prekär Arbeitender keinen Eingang in die intellektuellen Diskurse. Reform und Revolution sind keine sich gegenseitig ausschließenden Seiten des emanzipatorischen Handelns, denn im kollektiven Gedächtnis der Klasse der Lohnabhängigen bilden sie eine unzertrennliche Einheit. Die Strukturen einer nach-revolutionären Gesellschaft müssen präzise definiert werden, was soziale Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und ein von jeglichen Herrschaftsbeziehungen befreites gesellschaftliches Leben ausmacht.

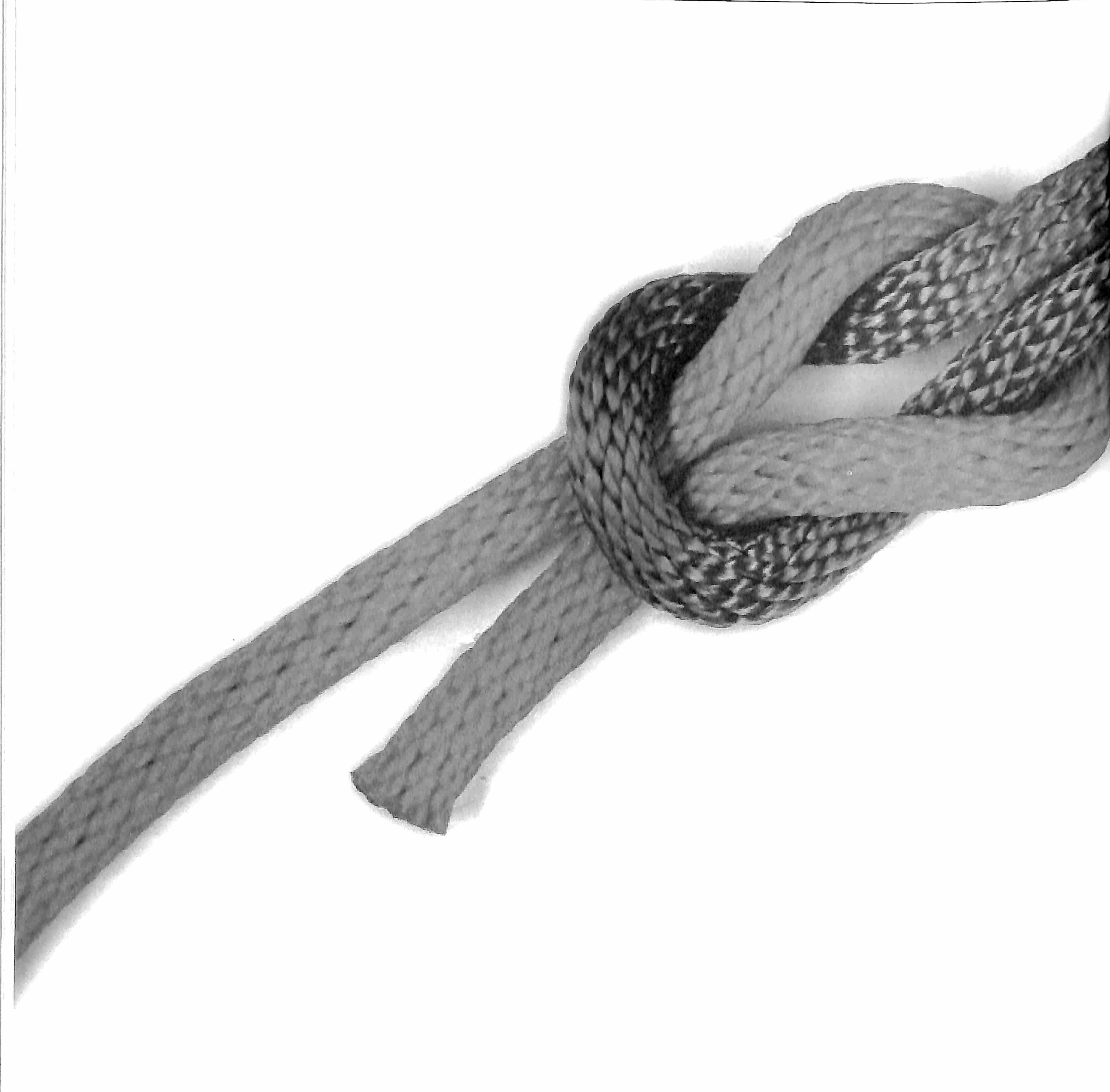
Eine Antwort auf den Rassismus ist ein kosmopolitisches Verständnis von Gesellschaft, dass den nationalen Albtraum hinter sich lässt und die freie Mobilität aller und das Recht auf politische und soziale Teilhabe voraussetzt - unabhängig von Papieren und Status. Setzen wir unser Wissen, unsere Zusammenhänge und Ideen für ein politisches und soziales System ein, das wirklich Schluss macht mit dem Rassismus. Solidarisieren wir uns mit den Kämpfen der Migration und kämpfen gleichzeitig für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Rassismus!

Der Neo-Faschismus ist dabei, sich in Europa zu einem von erheblichen Teilen der Unterklassen mitgetragenen Phänomen der sozialen Regression und des neuerlichen Wegs in die Barbarei zu entwickeln. Sein politischer Hauptfeind ist und bleibt die Linke in allen ihren Schattierungen, obwohl sie durch ihren übermächtigen institutionellen Flügel bis zur Unkenntlichkeit deformiert ist. Wenn wir uns den damit einhergehenden Herausforderungen wirklich stellen wollen, dann müssen wir zu allererst mit einer radikalen Selbstkritik anfangen. ✖

INFORMATIONEN ZUM TEXT

✖ *Dieser Text ist in großen Teilen durch die folgenden Publikationen angeregt worden:*

- *Karl Heinz Roth/Zissis Papdimitriou: Die Katastrophe verhindern. Manifest für ein egalitäres Europa, Hamburg 2013;*
- *Karl Heinz Roth: Neofaschismus in Europa, November 2013, http://egalitarian-europe.com/wb/media/workin_papers/10.01.-2013.Neofasch.Aufs.korrigiert.12.12.13.a.pdf;*
- *Harry Waibel: Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED - Rassismus in der DDR, Frankfurt/M. 2014.*







DEBATTE

BREITE BÜNDNISSE STATT RECHTHABEREI IM ELFENBEINTURM

KLAUS MEYER

Weil es in bestimmten Kreisen üblich geworden ist, möchte ich mit meiner gesellschaftlichen Position und mit meinem Anliegen beginnen. Ich bin ein Kind der Unterschicht. Bestenfalls aus dem Kleinstbürger_innentum. Ich mache Politik, weil ich gegen Hierarchien, Konkurrenzsysteme und Machtspielchen bin. Eines meiner Ziele ist es, möglichst viele Menschen zu erreichen. Aber aufgrund meiner Überzeugungen bin ich schon lange in der linken Szene unterwegs.

Obwohl ich ein bisschen akademische Bildung genossen habe, fühle ich mich in diesen Zusammenhängen oft mit den Spielen akademischer Konkurrenz in Kombination mit einer moralisierenden Identitätspolitik zum Schweigen gebracht.[1] Aus diesem Schweigen heraus habe ich beschlossen, diesen Beitrag zur Debatte zu stellen.
Vorneweg: Ich finde es gut und richtig, dass ZAG, noborder Bremen und die Kampagne Transact die Konzepte »Critical Whiteness« und »Definitionsmacht« undogmatisch interpretiert und so gegen Missbrauch verteidigt haben.

Trotzdem möchte mich kritisch dazu äußern. Erstens habe ich große Probleme mit dogmatischer Sprachpolitik, zweitens mit der Debatte über »Weiße Antirassist_innen«, die ich als sehr unsolidarisch und kontraproduktiv wahrnehme. Drittens möchte ich die These formulieren, dass ein Teil der Probleme aus der theoretischen Ausrichtung resultiert und viertens für einen anderen Umgang miteinander plädieren.

1 SPRACHPOLITIK: DIE WELT ALS TEXT UND TABU

Zunächst einmal: Sprachpolitik ist eine Möglichkeit, Politik zu machen. Die Sprache, die wir verwenden, gibt Auskunft darüber, was wir wie denken. Ist klar.
Problematisch erscheint mir die praktisch angewandte Sprachpolitik aus drei Gründen. Erstens gibt es bei vielen Leuten einen sehr dogmatischen Umgang mit Sprachpolitik, der nah an den Aufbau von Tabus kommt und m.E. das politische Ziel verfehlt. Zweitens wirkt dieser Umgang als Ausschlussmechanismus, was drittens zu einem Problem von Anschlussfähigkeit und damit auch zu mangelnder Politikfähigkeit führt.
Wie gesagt schätze ich den Erkenntniswert sprachpolitischer Überlegungen sehr. So ist es für mich selbstverständlich, nach Möglichkeit alle Geschlechter sprachlich zu repräsentieren und mir stets und ständig zu überlegen, was ich mit dem Text aussagen möchte. In dieser Hinsicht ist mir Anatol Stefanowitsch ein leuchtendes Vorbild. Wenn ich aber für die Verwendung von Formen wie »Bürgerinnen und Bürger« in der gesprochenen Sprache zum Schweigen gebracht werde mit der Begründung, ich sei Heterosexist_in und das hätte man hier gar nicht gern, dann steige ich aus.
Wenn eine Gruppe in einer nichtöffentlichen Situation darüber spricht, dass das »Z-Wort« nicht ausgesprochen werden dürfe und auch auf die unbedarfte Nachfrage eines Neulings sich niemand bereit findet,

das Sprechverbot zu benennen und zu erklären, dann steige ich aus. Wenn ein Roma in einer Diskussionsveranstaltung angehalten wird, sich nicht als Zigeuner zu bezeichnen, weil das rassistisch sei, dann steige ich aus. Wenn es nicht mehr möglich ist, schwarze Bürgerrechtler_innen der 1960er Jahre unzensiert im Original zu zitieren, weil diese damals den Begriff »Negroe« auf sich selbst verwendeten, dann steige ich aus.

Natürlich ist es wichtig, sich über die Herkunft und Bedeutung von Worten klar zu sein und zu informieren. Aber das wäre leichter, wenn diese Begriffe nicht mit einem Tabu belegt würden. Meiner Ansicht nach muss die Gefahr der Verletzung und der rassistischen und/oder sexistischen Wirkung einer Sprachhandlung im Kontext gesehen und bewertet werden. Das bedeutet, dass bei einer nichtöffentlichen Situation, an der keine Sinti und Roma zugegen sind, niemand verletzt werden kann. Es gibt die Möglichkeit, das verletzende Z-Wort zumindest einmal auszusprechen, um die Sache zu (er-)klären. Bei Zitaten verhält es sich ähnlich - der Abdruck von N**** ändert gar nichts, weil das Wort dann halt gedacht wird. Diese Umgangsweise ist auch insofern problematisch, als sie der rechten Kritik in die Hände spielt, die political correctness erfolgreich als Zensurversuch diffamiert. Weiterhin finde ich es problematisch, so zu tun, als sei die (uninformierte) Verwendung eines in der Mehrheitsgesellschaft gängigen Begriffs im gleichen Sinne Gewalt wie ein paar in die Fresse zu bekommen.[2]

Insgesamt führt der dogmatische Umgang mit Sprachpolitik dazu, dass die ohnehin völlig unverständliche akademisierte radikale Linke eine eigene Sprache entwickelt, die in der Gesamtgesellschaft noch weniger anschlussfähig ist.

Mehr noch. Im Zuge der professionellen Ausdifferenzierung von »Gender Studies«, »Postcolonial Studies«, »Feministischer Linguistik« »Disability Studies« und anderen Fachsprachen entwickeln sich sogar Sprachräume innerhalb der radikalen Linken. Ein paar dieser Sprachgrenzen werden vermutlich irgendwann unüberwindbar - wenn diese merkwürdige Kombination aus akademischem Konkurrenzgebaren und Dogmatismus die Oberhand behält.

Die Linke bleibt dann eine zwar elitäre, weil mit Bildung und meist mit elterlichem Geld gesegnete, aber doch kleine und wirkungslose Minderheit. Selbst Sympathisant_innen werden abgeschreckt, bzw. müssen erst die richtigen Fächer studieren.

2 »WEISSER ANTIRASSISMUS« – (K)EIN OXYMORON

Ein gutes Beispiel für eine unsolidarische Sprachpolitik ist der äußerst spezielle Umgang mit dem Begriff »(Anti-)Rassismus« in Teilen der Critical Whiteness-Szene. Im Alltagsgebrauch und in weiten Teilen der Sozialwissenschaften bezeichnet »Rassismus« je nach Zusammenhang eine politische Einstellung oder Strukturen oder Machtverhältnisse. Es gibt engere Rassismusbegriffe, die sich nur auf rechtsextreme und andere rassistische Einstellungen beziehen, weitere Rassismusbegriffe, die den Rassismus der politischen Mitte umfassen und sehr weite, die auch den Alltagsrassismus in Sprache, Werbung und Denkgewohnheiten berücksichtigen. All diese Begriffe haben ihre Berechtigung und werden zumeist erklärt. Im Rahmen der »Critical-Whiteness-Szene« wird ein sehr weiter Rassismusbegriff verwendet, der im Prinzip die gesamte (Welt-)Gesellschaft umfasst und deshalb ungeeignet ist, Sachverhalte voneinander zu unterscheiden. Nazis sind dann ebenso »rassistisch« wie weiße Antirassist_innen, das Asylrecht in seiner alten Fassung ist dann ebenso »rassistisch« wie die Residenzpflicht. Rassismus ist in dieser Lesart eine Struktur, aus der es kein Entkommen gibt, und die Positionen in dieser Struktur sind eindeutig festgelegt: Weiß oder People of Color. »Rassistisch-Sein« ist in diesem Zusammenhang so unentrinnbar wie das Heideggersche »In-die-Welt-geworfen-Sein«. Diese spezielle Verwendungsweise wird in der Regel aber nicht erklärt. Und wenn das weiße, sich als antirassistisch verstehende Subjekt sich davon beleidigt fühlt, dann ist das halt sein_ihr Problem. Erklärt wird nichts, weil das bedeutete, die eigenwillige Definition von »Rassismus« zur Diskussion zu stellen. Wegen der Definitionsmacht der »von Rassismus negativ Privilegierten« ist das unbedingt zu vermeiden. Abgesehen davon, dass dieser Dogmatismus viele weiße Antirassist_innen demotivieren könnte und die Bewegung schwächt, wirft er vielfältige Fragen auf.

Eine binäre Weiß/PoC-Logik ist nicht nur politisch, sondern auch theoretisch unbefriedigend. Wenn Rassismus eine soziale Konstruktion ist, dann lässt sich das gerade daran zeigen, dass die Systematisierung von »Rassen« und die Zuordnung von Individuen zu den jeweiligen Kategorien historisch und örtlich stark variiert.

Interessant ist auch die Einlassung von Maureen Maisha Eggers in einer Broschüre über Diversität, die besagt, dass Migrant_innen nicht rassistisch sein können, weil die rassistischen Strukturen gegen sie seien. Dem würde ich widersprechen. PoC können durchaus rassistische politische Überzeugungen haben. Prof. Eggers verwendet hier offensichtlich den umfassenden »Rassistisch-Sein-Begriff« und dass die PoC-Jugendlichen keine Verletzungsmacht besitzen. Aber das hängt m.E. vom Kontext ab. Unter Umständen können sie das Zahlenverhältnis in der Klasse zu einer Ressource machen, die ihnen sehr wohl eine Verletzungsmacht über die deutschen Mitschüler_innen gibt.[3] Noch komplizierter wird es, wenn zum Beispiel türkische Schüler_innen Mitschüler_innen aus dem Kongo mit N**** beschimpfen. In diesem Beispiel nutzten die Türk_innen die rassistische Struktur und könnten doch nicht rassistisch sein - weil sie PoC sind. Ich ziehe kontextsensiblere analytische Ansätze vor, die Einstellungen von Strukturen trennt und die zudem in Blick bekommen kann, warum und wie auch negativ privilegierte Positionen an der Reproduktion rassistischer, sexistischer und kapitalistischer Strukturen teilhaben.

Abgesehen davon entmündigt das Denkmodell weiße Antirassist_innen und spricht ihnen ihre Überzeugungen ab. Es verbietet ihnen auch, Verantwortung zu übernehmen. Sie sollen als »Verbündete« nur People of Colour unterstützen ohne sich selbst gegen Rassismus zu positionieren. Warum? Weil sie nicht negativ von Rassismus betroffen sind und deshalb keine Ahnung haben, worum es geht? Dann darf ich

mich als Mann vermutlich auch nur noch in Anleitung von Frauen mit Sexismus auseinandersetzen? Das ergibt keinen Sinn und behindert solidarische Bündnispolitiken, in denen alle ihre Interessen einbringen können. Sicher sind es verschiedene Betroffenheiten und verschiedene Interessen. Das sollte reflektiert werden.
Aber es gibt weiße Antirassist_innen und das ist gut so.

3 GEMEINSCHAFT ODER GESELLSCHAFT?

Es ist wichtig, dass Konzepte wie Critical Whiteness und Definitionsmacht immer wieder konstruktiv diskutiert werden und dass sinnvolle, pragmatische und damit praxisnahe Vorgehensweisen entwickelt werden. Das hilft gegen Dogmatismus.
Aber ich habe den Verdacht, dass ein Teil der Probleme in der theoretischen Fundierung begründet liegt. Auf jeden Fall scheinen mir Critical Whiteness, Teile der Intersektionalitätsdebatte und sogar die glücklicherweise aufkeimende Klassismusdebatte theoretisch unbefriedigend und letztlich sehr kapitalismusverträglich zu sein.
Es ist ein Problem, dass linke Theoriearbeit mittlerweile fast ausschließlich kulturwissenschaftlicher Herkunft ist. Denn in Industriegesellschaften lässt sich nicht alles aus der Kultur heraus erklären. Das wäre vielleicht bei Gemeinschaften möglich, deren Organisation ausschließlich oder zumindest überwiegend auf kulturelle Normen aufbaut. In arbeitsteiligen Gesellschaften jedoch gibt es viele Makrostrukturen wie globale Märkte, die die Macht »hinter dem Rücken der Menschen« organisieren. Tove Soiland hat im Zusammenhang mit der Intersektionalitätsdebatte den Begriff des Gruppismus geprägt.[4] Stark zusammengefasst argumentiert sie, dass es nur darum geht, identitätspolitisch gebildete Gruppen zu unterscheiden, von denen einige privilegiert sind und andere nicht. Die weißen Männer sind immer schon privilegiert, heteronormativ und lassen niemanden mitspielen. Aber wie das Spiel heißt und wie es funktioniert, also die Theorie kapitalistischer Verhältnisse bleibt unterbelichtet.
Weil der Fokus auf der Reproduktion von Macht liegt, bleiben sogar widerständige Praktiken unterbelichtet. In so einem theoretischen Rahmen kann es keine weißen Antirassist_innen und keine rassistischen PoC geben.
Letzten Endes laufen die moralisierende Sprachpolitik und die gruppistische Kritik an Ableism, Racism, Sexism, Lookism, Whateverism etc. darauf hinaus, dass alle im Kapitalismusspiel mitspielen dürfen. Die Ironie besteht darin, dass diese Forderung oft verbalradikal daherkommt, aber ganz und gar nicht subversiv ist. Staatliche Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitiken fordern genau Dasselbe: Dass alle Bevölkerungsgruppen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen sollen.

Die einzige Identitätskategorie, für die es keine staatliche Gleichstellungspolitik gibt, ist der Klassismus. Die Differenz zwischen Arm und Reich soll bestehen bleiben und soziale Mobilität ist entgegen sozialdemokratischer Lyrik nicht gewünscht. Nun ist es aber m.E. so, dass eine Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik, die die Klassendiskriminierung als Mechanismus nicht versteht und nicht beachtet, zum Scheitern verurteilt ist. Sehr große Teile der Migrationsbevölkerung in Deutschland sind zugleich von Rassismus *und* Klassendiskriminierung betroffen und deshalb würde eine Beendigung von Rassismus den meisten Migrant_innen nicht weiterhelfen. Schon heute ist es schwer, rassistische Diskriminierung statistisch nachzuweisen, weil sie so stark von »allgemeiner sozialer Ungleichheit« (Klassendiskriminierung) überlagert wird.

Selbst wenn alle Klassen und alle Gruppen mitspielen dürften, änderte sich das Spiel nicht. Es hieße dann immer noch Kapitalismus und es bestünde weiterhin aus Konkurrenzsystemen und Entsolidarisierung.

4 SOLIDARISCHE BÜNDNISSE BILDEN

Mir geht es nicht darum, Recht zu haben und zu schreiben, wo es langgeht. Ich will eine Debatte anstoßen. Ich schlage vor, dass wir einen solidarischeren Umgang miteinander versuchen sollten. Damit meine ich keinen Burgfrieden einer als einheitlich gedachten »linken Bewegung«, sondern eine solidarische linke Diskussionskultur. Eine Diskussionskultur, in der wir unsere Positionen, Privilegien und Interessen ehrlich reflektieren und kommunizieren – inklusive der Klassenherkunft. Eine Diskussionskultur, in der negative Privilegierungen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Meiner Ansicht nach ist durch die Ereignisse rings um Hellersdorf eines deutlich geworden: Wir brauchen möglichst breite Bündnisse gegen Faschist_innen, Rechtspopulist_innen und große Teile der politischen »Mitte«. Wir brauchen möglichst viele Menschen, die bereit sind, sich gegen Rassismus und Sexismus und Kapitalismus auszusprechen. Vermutlich wird es das nicht im Paket geben. Deshalb brauchen wir anlassbezogene Bündnisse, bei denen wir uns auf gemeinsame Interessen und Ziele einigen und Differenzen auch mal stehen lassen können. ✖

FUSSNOTEN:

1 *Kritischen Nachfragen wird häufig begegnet mit dem Verweis »Lies erst einmal die richtigen Texte« oder mit dem Verweis, dass ich als weißer Mann alle dominieren würde und deshalb ruhig sein sollte.*

2 *Dazu gehört auch der inflationäre Gebrauch von Begriffen aus der Traumatherapie wie z.B. »Trigger«. Wer bei jeder Gelegenheit »getriggert« wird, setzt diejenigen herab, die tatsächliche traumatische Erfahrungen nicht verarbeiten konnten.*

3 *Allerdings möchte ich mich an dieser Stelle deutlich von Ministerin Schröders »Deutschenfeindlichkeit« distanzieren. Gesellschaftlich betrachtet ist diese irrelevant. Es kommt auf den Kontext an.*

4 *Tove Soiland hat damit einigen marxistischen schwarzen Autorinnen Unrecht getan, aber ein verbreitetes Problem gut auf den Punkt gebracht.*

CALL ZUR ZAG 67

ALLES KLASSE HIER – »KLASSISMUS«

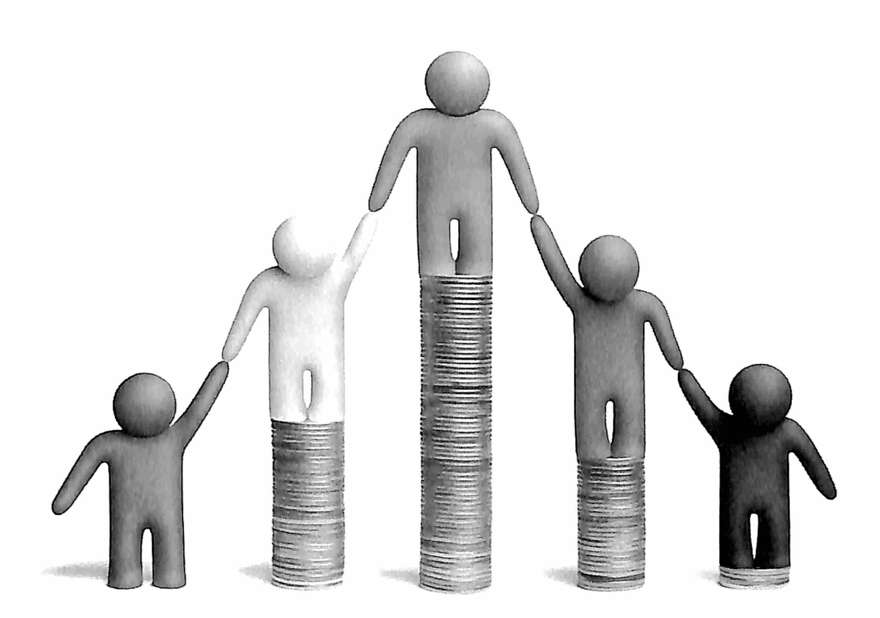
▮ ZAG

Seit der Staatssozialismus als Alternative zum Kapitalismus weggefallen ist, wird die Strukturkategorie Klasse kaum noch in der politischen Linken diskutiert. Dazu dürften Diskussionen der Geistes- und Sozialwissenschaften beigetragen haben. Erstens hat der »Cultural Turn« die Aufmerksamkeit auf kulturelle Formen von Macht gelenkt und zweitens wurde in der Soziologie gleich mehrfach behauptet, die Klassengesellschaft sei durch soziale Mobilität und Wohlfahrtsstaat überwunden worden.

Sexismus und Rassismus sind seither die Top-Themen, wenn es darum geht, die herrschende Normalität zu kritisieren und einen herrschaftsfreien Umgang einzufordern. Um die Klassenverhältnisse wurde es seltsam still. In den letzten fünf Jahren gab es in Deutschland allerdings zaghafte Veröffentlichungen zum Thema »Klassismus«, es gründeten sich Foren wie Arbeiterkind.de und in der Konkret 1/2014 wurde die Ignoranz der akademisierten Linksradikalen gegenüber Arbeiter*innenkindern beklagt. Klassismus ist ein Reimport aus den USA und analysiert Privilegien und Benachteiligungen von Individuen und Gruppen – ähnlich wie es bei der kulturwissenschaftlichen Kritik von Rassismus und Sexismus gemacht wird. Dabei kommt Klassismus im Gegensatz zur Klassenanalyse weitgehend ohne die Strukturkategorien Produktionsverhältnis, Kapital, Warentausch etc. aus. Das Konzept des »Klassismus« kann auf vielfältige Art und Weise für antirassistische Arbeit und emanzipatorische Politik bedeutsam sein. Wir wünschen uns von euch Artikel zum Thema. Dabei können wir uns eine ganze Reihe verschiedener Perspektiven und Fragestellungen vorstellen:

- In der Praxis einer gleichberechtigten Diskussion ist es nötig, die eigenen Privilegien zu reflektieren. In der antirassistischen Szene werden dabei meist ausschließlich sexistische und rassistische Privilegien diskutiert. Warum sind klassistische Privilegien so schwer thematisierbar?
- Häufig werden akademische Konkurrenztechniken eingesetzt, um Kritik abzuwehren. So wird zum Beispiel in der Critical Whitenes Debatte oder im Blog der Mädchenmannschaft häufig gefordert, die vergangenen Diskussionen nachzuvollziehen und die bisherigen Texte zu lesen, bevor sich neue Personen äußern dürfen. Handelt es sich dabei um einen Ausschlussmechanismus, sozusagen klassistisches »Silencing«?

NÄCHSTE AUSGABE



- Auch die legitime Forderung nach geschlechtergerechter Sprache oder nach einer bestimmten Form geschlechtergerechter Sprache schließt systematisch Menschen aus. Wie gehen wir damit um?
- In linken Debatten geht es meist um die Kritik von Herrschaftsverhältnissen. Die Form der Debatte ist oft eine akademische. So wird die klassistische Diskriminierung in der Form reproduziert, während sie inhaltlich kritisiert wird. Wie entkommen wir dem Dilemma?
- Wie können die verschiedenen Benachteiligungen angemessen berücksichtigt werden, ohne dass sich daraus unproduktive Machtspiele (Opferkonkurrenzen) entwickeln? Sind Sexismus und Rassismus »schlimmer«, weil ihre Zuschreibung nicht überwindbar ist?
- Die Abgrenzung der linken Szene gegen »die Anderen« wird häufig organisiert mit den rhetorischen Figuren des »dummen Spießers, des dummen Nazis oder auch des dummen Prolls«. Als gäbe es keine rassistischen Akademiker*innen und keine intelligenten Nazis. Wäre es in diesem Fall nicht klüger, die politische Gegnerschaft präziser zu benennen? Geht es um Dummheit oder um Menschenverachtung?
- Staatliche und EU- Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitiken benennen eine Menge möglicher Diskriminierungsmerkmale und ignorieren die Klasse. Kann es im Kapitalismus subversive Politikansätze geben, die Kapitalismus als Phänomen ignorieren und alles auf diffuse Diskriminierungstatbestände beziehen?
- Wie kommt es dazu, dass »Klasse« so erfolgreich aus dem Bewusstsein gedrängt wurde? Liegt es daran, dass klassistische Benachteiligung nicht unmittelbar sichtbar ist? Hat sich die Ideologie der Leistungsgesellschaft so weit durchgesetzt, dass klassistische Diskriminierung als »Begabung« naturalisiert wird?
- Sarrazin hat – Klassismus ignorierend – Pisa-Daten analysiert und biologistische Schlüsse über die Intelligenz von Migrant*innen gezogen. Wie kann das Zusammenfallen von verschiedenen Benachteiligungen gut analysiert werden?
- Kolonialismus, Anwerbung von niedrig qualifizierten Arbeitskräften führten historisch dazu, dass Migrant*innen in der Arbeiter*innen- und Armutsbevölkerung überrepräsentiert waren. Wie sind heute Klassenverhältnisse und Rassismus miteinander verschränkt?
- Ist das Konzept »Klassismus« kulturalistisch verkürzt? Wird die Klassenanalyse dadurch nicht auf Gruppenzugehörigkeiten reduziert? Können kulturwissenschaftlich geprägte Machtanalysen gesellschaftliche Machtstrukturen jenseits personaler Interaktion in den Blick bekommen?
- Wie gehen wir damit um, dass ein gruppistisches Gesellschaftsverständnis sich auf alle möglichen Ingroup-Outgroup-Prozesse erweitern lässt? Ist zum Beispiel Lookism wirklich ein politisches Thema? Ist es ein gesellschaftstheoretisches Thema?
- Inwieweit können mit dem Begriff des Klassismus weltweite Migrationsbewegungen als praktische Antworten auf ungeklärte Klassenverhältnisse begriffen werden, inwieweit basieren die Konflikte in Folge globalisierter Produktionsverhältnisse und der anhaltenden Krisentendenzen auf Interaktionen und Privilegien; oder wieweit ist der Begriff des Klassismus von dem der Klassenverhältnisse entfernt?

Wir bitten um die Zusendung von Artikeln und Artikelvorschlägen zu dem von uns angerissenen Thema und unseren im obigen Text aufgeworfenen Fragen.

- Artikel sollten bis zu 12.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.
- Hinweise zur Textgestaltung senden wir auf Wunsch.
- Geschlechtergerechte Sprache ist erwünscht.
- Der Redaktionsschluss ist der 30.9.2014. Wir freuen uns aber auch über früher eingereichte Beiträge.
- Infos, Nachfragen, Artikelvorschläge und Kritiken an **redaktion@zag-berlin.de**.
- Mehr Infos über die ZAG unter **www.zag-berlin.de**.

»UNDERSTAND HOW THE BLOODY SYSTEM WORKS« STUART HALL LESEN JETZT!

JANA KRTEK & ANDREAS NOWAK

Stuart Hall, bekannt als Mitbegründer der Cultural Studies, Herausgeber der New Left Review und für seine Vielzahl an theoretischen und politischen Aufsätzen, starb am 10. Februar 2014. Geboren 1932 in Kingston, Jamaika, kam er als Rhodes-Stipendiat nach England, lebte und arbeitete dort bis zu seinem Lebensende.

Unter dem Eindruck des Einmarschs der Roten Armee in Ungarn, der Suez-Krise sowie der Entstalinisierung in der Sowjetunion verließen 1956/57 mehr als 10.000 Mitglieder die kommunistische Partei Großbritanniens. Es ergab sich eine neue Situation für linke Politik und die Sozial- und Geisteswissenschaften. Aus diesem Gemenge von pazifistischen und anti-stalinistischen Überzeugungen, die in politischen Clubs und an Universitäten diskutiert wurden, entstand 1960 als Zusammenschluss zweier Zeitschriften die New Left Review, deren erster Herausgeber Stuart Hall wurde. Hauptsächlich ging es in den Anfängen der Zeitschrift um eine marxistische Kritik des zeitgenössischen Kapitalismus und der Analyse der Alltagskultur. Seine erste große Veröffentlichung gemeinsam mit Paddy Whannell »The Popular Arts« führte ihn 1964 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an das in Birmingham im selben Jahr gegründete Centre for Contemporary Cultural Studies, dessen Direktor er von 1986 bis 1978 war.

Weltweit bekannt geworden ist Hall als einer der führenden Vertreter der englischen Cultural Studies. In einem Interview von 2012 kritisiert er ihre heutigen VertreterInnen für ihre Ignoranz gegenüber ökonomischen Fragestellungen.[1] In Halls Interpretation der Basis-Überbau-Metapher bei Marx ist es die Ökonomie, die zwar nicht in letzter aber in erster Instanz die »relative Autonomie« anderer gesellschaftlicher Ebenen wie Politik und Kultur begrenzt. »In its attempt to move away from economic reductionism, it [Cultural Studies] forgot that there was an economy at all.« Statt sie in Bausch und Borgen zu verwerfen, sollte die Frage lauten »What is the role of economic in cultural live?« Er befürchtet, dass eine bestimmte Form kritischen Denkens in den Cultural Studies verlorengegangen ist. »It is not that Marxism is not around. [...] A Marxist tradition of critical thinking is absent [...] in Cultural Studies [...] And that's a real weakness.«

Als Vertreter eines westlichen Marxismus, wie Perry Anderson die nicht-orthodoxen, nicht-parteigebundenen Theorieströmungen einer Generation von TheoretikerInnen nannte, die den Marxismus um neue Ansätze und Themen erweiterte, wie beispielsweise die Frankfurter Schule, hat Stuart Hall mit seinem Bezug auf Gramsci sowie seine Kritik am Althusserschen Strukturalismus, dem Poststrukturalismus Foucaultscher Prägung und zuletzt postkolonialer Ansätze wesentlich zum Verständnis von »Kultur« beigetragen. Er selbst hat sich nicht als Marxist bezeichnet. Sein wesentlicher Bezugspunkt war Gramsci mit seinen Überlegungen zu Herrschaft und Hegemonie. Einer von Halls bekanntesten Aufsätzen entwickelt an Gramscis Überlegungen orientiert den Begriff des »Thatcherismus« noch bevor Margret Thatcher 1979 Premierministerin wurde. Der Thatcherismus kündigt eine Wende und Einschnitt hin zu einer neoliberalen Hegemonie an. Dabei geht es um mehr als die angekündigten sozialen Einschnitte, den Kampf gegen das sozialdemokratische Modell des gebändigten Kapitalismus oder um Law-and-Order -Politik. Hall stellt nicht die Gewaltsamkeit des neoliberalen Modells, das mehr Markt und mehr Staat verspricht, in den Vordergrund, sondern die neue ideologische Formation, die Erzählung, die zum einen Widersprüche mit ihrem autoritären Populismus neutralisiert. Dabei ist dies nicht einfach eine Übertölpelung, ein geschickter Kniff, sondern spricht tatsächliche Widersprüche, Erfahrungen und Probleme an – und beantwortet diese im Sinne der radikalen Rechten. Zum zweiten greift der Thatcherismus die eingeübte Praxis der Menschen auf und veränderte sie, die Begriffe und das Feld, auf dem die politischen Auseinandersetzungen stattfinden. Der Thatcherismus bietet ein passendes Gedankengebäude an, das verschiedene politische Strömungen zusammenzurrt und darüber hinaus den Subjekten ein Angebot macht: individuelle Freiheit und Wettbewerb gepaart mit Werten wie Britishness, Familie und Nation sind es letztendlich, worauf der Konsens des neoliberalen Projekts fußt. Hier können sich dann auch die sich bis dato unvertreten gefühlten Gesellschaftsgruppen vertreten fühlen.

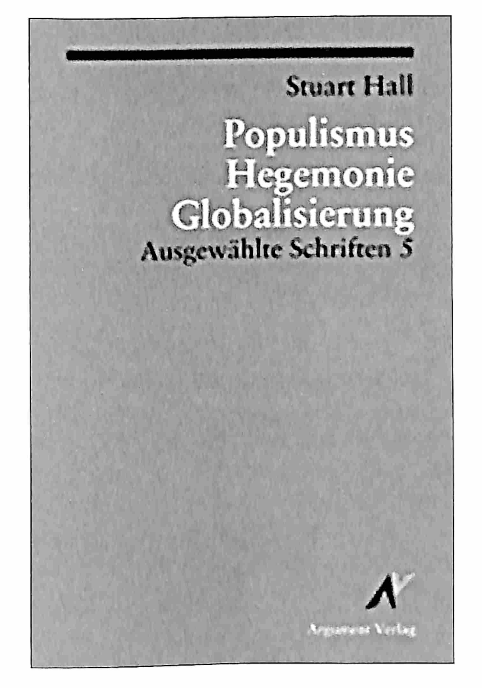
Rassismus ist eins der Bänder, die das neoliberale Projekt zusammenhalten und RassistInnen sind erfolgreich, wie Hall schreibt, weil sie »reale Widersprüche zwischen und innerhalb der Klasse behandeln«. Doch sind es nicht rassistische Einstellungen, die die rassistische Hierarchisierung und Unterdrückung erfordern, sondern die Artikulation, das Zusammenklingen verschiedener gesellschaftlicher Ebenen und Verhältnisse als Gesellschaftsformation zeigt, weshalb Rassismus zu einem

BUCHVORSTELLUNGEN

»sinnvollen Angebot« wird. Ein solches Angebot hat der Thatcherismus gemacht, heute sind es andere PopulistInnen, die versuchen, dieses Terrain zu beackern. Sicher muss für die BRD die Antwort anders ausfallen, als damals für die britische Situation, die Hall analysierte. Doch in dem Angebot zur Einwanderung nach Deutschland für gut ausgebildete MigrantInnen und die Zurückweisung vieler anderer ist weiterhin die Botschaft enthalten: Wenn ihr nützlich seid, seid ihr willkommen. Leistung zählt. Und zwar für alle, die hier leben, ob hier geboren oder nicht.

Man merkt es Hall an, dass er schreibt, um für die politische Praxis einen Standpunkt und Handlungsoptionen zu gewinnen. Es gibt von ihm keine Monographien im eigentlichen Sinne, die Zeitschriftenaufsätze aber sind Legion. Er schaut dabei auf die gesellschaftlichen Veränderungen, um deren neue, veränderte Funktionsweise unter veränderten Bedingungen zu verstehen. Dies ist in der Linken eine selten gewordene Absicht, die in einer Krise steckt: »The left is in trouble. It has not got any ideas, it has not got any independent analysis of its own, and therefore it has got no vision. It just takes the temperature«.[2]

Der fünfte Band der Ausgewählten Schriften Stuart Halls »Populismus, Hegemonie, Globalisierung« ist Anfang 2014 im Argument Verlag erschienen. Eine Leseempfehlung, um mehr als die Temperatur der aktuellen sozialen Kämpfe zu messen. ✖



FUSSNOTEN:

1 *»Stuart Hall. Interviewed by Sut Jhally. London, August 30th, 2012«, http://vimeo.com/53879491*

2 *»The Saturday interview: Stuart Hall«, Zoe Williams, The Guardian, 11.02.2012, www.theguardian.com/theguardian/2012/feb/11/saturday-interview-stuart-hall*

✖ Hall, Stuart: »Populismus, Hegemonie, Globalisierung«, Hamburg: Argument-Verlag, 2013, 240 Seiten, 19 Euro. ISBN 3-88619-323-3

NEVA LÖW: WIR LEBEN HIER UND WIR BLEIBEN HIER!
DIE SANS PAPIERS IM KAMPF UM IHRE RECHTE.

ZAG

Neva Löw legt mit ihrer Arbeit den »Fokus auf kämpfende, sich organisierende illegalisierte Migrant_innen« und will so »mit bisherigen Perspektiven auf Migration und Migrant_innen brechen und die Analyse der Bewegungen von Migrant_innen in den Mittelpunkt stellen.« Sie konzentriert sich dabei »auf zwei Bewegungen illegalisierter Migrant_innen, die in Paris stattfanden: einerseits die «Bewegung von Saint Bernard» (1996) und andererseits die Streikbewegungen «L'acte I» und L'acte II« (2008-2010). [...] einerseits eine Bewegung, die eine Kirche besetzt, [...] und andererseits eine Streikbewegung, bei der die größte linke Gewerkschaft Frankreichs, der CGT, eine wesentliche Rolle spielt [...]." (S. 11)



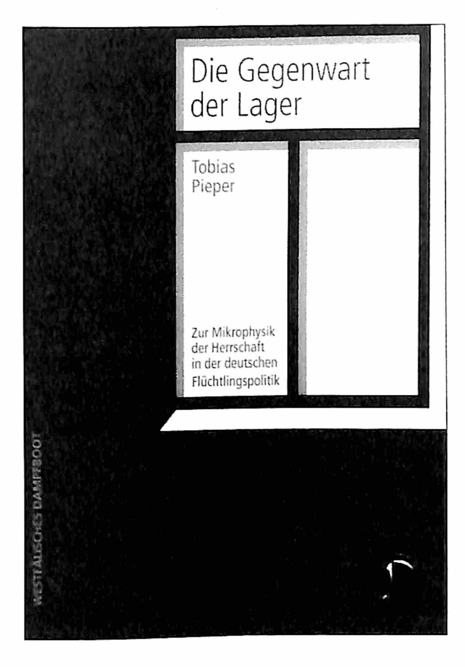
Mit der Untersuchung dieser beiden Bewegungen will die Autorin herausarbeiten, »welche Kampfformen *Sans Papiers* anwenden können und welche ihnen in einem spezifischen Migrationsregime nahegelegt werden.« Hierbei ist ihr »die klare Absage an jegliche Viktimisierung und Passivierung der Migrant_innen ein wichtiger Eckpfeiler.« (S.39) Löw stellt ihrer Arbeit folgende Fragen voran: »Wie beeinflussen die Strategien und Taktiken der *Sans Papiers*-Bewegungen den Kampf an sich und in weiterer Folge das Migrationsregime? Welche Bündnisse sind für die Kämpfe der *Sans Papiers* möglich und welche Hindernisse und Widersprüche ergeben sich daraus? Was ist die Ideologie der Bewegung? Welche Veränderungen ergeben sich für die Subjekte aus der Partizipation an den Kämpfen?« (S. 11-12) Die Autorin führt in klar geschrieben 150 Seiten vor, dass es zur Beantwortung dieser Fragen hilfreich ist, Theorie und Praxis zusammen zu denken und die sich daraus ergebende Komplexität sprachlich nicht in einer unverständlichen Verkettungen von Nebensätzen und Fachtermini nach außen verschließen muss. Lesenswert und praktisch relevant! ✖

✖ Neva Löw: Wir leben hier und wir bleiben hier! Die Sans Papiers im Kampf um ihre Rechte. Westfälisches Dampfboot, Münster 2013. 159 Seiten, 19,80 Euro.

HERRSCHAFTSZEITEN IN DER DEUTSCHEN FLÜCHTLINGSPOLITIK

ZAG

Geboren werden kann ein Mensch in der BRD nach wie vor als »Flüchtling«, sterben noch in dritter Generation als »Migrant_in«. »Flüchtling«, »Migrant_in«: Konserviert ist in diesen Einschreibungen ein gesellschaftsfähiger Mehrheitswille, der seinen rassistischen Grundkonsens nicht erkennen mag. Die spezifische Flüchtlings- und Migrationspolitik, die diesen Konsenswillen in Gesetze gegossen praktisch werden lässt, zeigt sich unter anderem in »Die Gegenwart der Lager«.



Tobias Pieper zeigt mit seinem Buch detailliert auf, wie dieses politische Regime Menschen fernab jeglicher Stimme und Mitsprache systematisch das Leben ruiniert. Die geschichtliche Entwicklung der Flüchtlings- und Migrationspolitik in der BRD seit dem Ende des Nationalsozialismus ist hierbei ein leitendes Thema seiner im Herbst 2013 im Verlag »Westfälisches Dampfboot« in 2. Auflage erschienenen Untersuchung »Die Gegenwart der Lager: Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik«. Pieper zufolge beginnt diese Herrschaft auf Drängen von Seiten der Arbeitgeber_innen mit der Installation eines Arbeitsmigrationsregimes in den 1950er Jahren, das auf Rotation der Arbeitskräfte ausgelegt ist. Die Menschen sollen ihre Arbeitskraft verkaufen und das Land danach wieder verlassen. Weder fallen Staat und Unternehmen Kosten für eine Ausbildung zu, noch kommen die eingezahlten Sozialleistungen den Arbeitsmigrant_innen zugute.

Eigentlicher Gegenstand der Untersuchung Piepers sind die konkreten Institutionen deutscher Flüchtlingspolitik und die Menschen, die in diesen bürokratisch verwaltet werden. Im empirischen Teil seiner Arbeit sucht er Orte und Menschen auf, anhand derer er die Gegenwart bundesdeutscher Flüchtlingspolitik aufzeigt und die Herrschaftsmechanismen in Interviewausschnitten mit Geflüchteten und Mitarbeiter_innen der entsprechenden Institutionen greifbar nachzeichnet. Es werden vor allem die subtilen Praktiken des psychischen Zermürbens der Menschen sichtbar gemacht, die bis zur Erzwingung ihrer freiwilligen Ausreise führen.

»Im Mittelpunkt der Deskription stehen Unterkünfte in Berlin und Brandenburg sowie die Ausreiseeinrichtung Bramsche/Niedersachsen.« (S. 21) Letztere ist insofern von Besonderheit, als dass diese Ausreiseeinrichtung Teil eines 2005 realisierten Vorhabens mit Modellcharakter zukünftiger Migrationspolitik ist. Hier entstand »ein integriertes Konzept eines umfassenden Lagerkomplexes, an dem die zukünftigen Konturen bundesdeutscher ›Flüchtlingspolitik‹ aufgezeigt werden können« (S.206). Das Neue besteht darin, dass nicht mehr die Kommunen und Gemeinden nach einem bestimmten Schlüssel Menschen auf der Flucht zugewiesen bekommen, sondern diese in halboffenen Großlagern zusammengefasst werden, in denen sowohl alle vorgesehenen Institutionen wie Aufnahmeeinrichtung, Gemeinschaftsunterkunft und Ausreiseeinrichtung, alsauch Einrichtungen wie Kantine zur Vollverpflegung, eine Schule, Krankenstation an einem Ort vorhanden sind. Von der Öffentlichkeit weitgehend ausgeschlossen werden so die administrativen Praktiken verfeinert, mit denen Menschen permanent als »Flüchtlinge« und »Migranten« (re-)produziert werden.

Im dritten Teil des Bandes schiebt Pieper gewissermaßen die Theorie nach. Hier werden zum einen zentrale Begriffe wie Rassismus und der Begriff des Lagers ausführlich erörtert, zum anderen wird eine Einbettung des Lagersystems in seiner räumlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ausdehnung vorgenommen, ohne dabei die verflochtene Materialität der gesellschaftlichen Praxis zu vergessen.

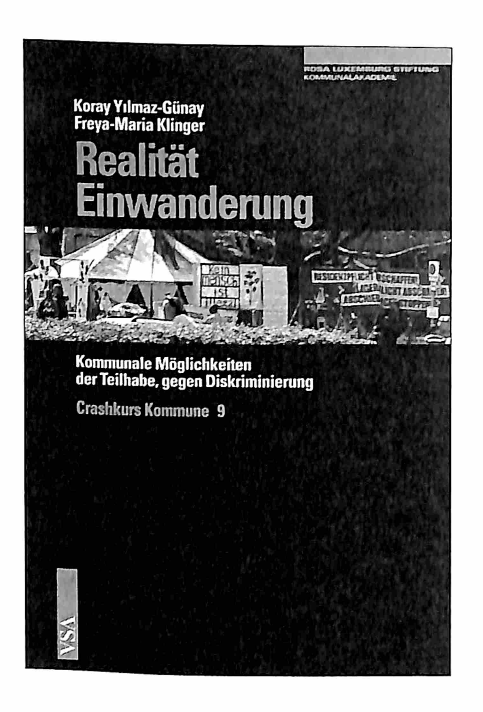
Alle drei Teile des Bandes sind durchaus auch eigenständig zu lesen und so hält man mit Piepers Buch letztlich drei Bücher in der Hand: eines zur Geschichte deutscher Migrationspolitik, eines zur Gegenwart der Lager und eines zur Theorie des institutionellen Rassismus. ✖

✖ Pieper, Tobias: Die Gegenwart der Lager – Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik, 2. Auflage, 2013, 425 Seiten, 34,90 Euro, ISBN: 978-3-89691-741-6

REALITÄT EINWANDERUNG

ZAG

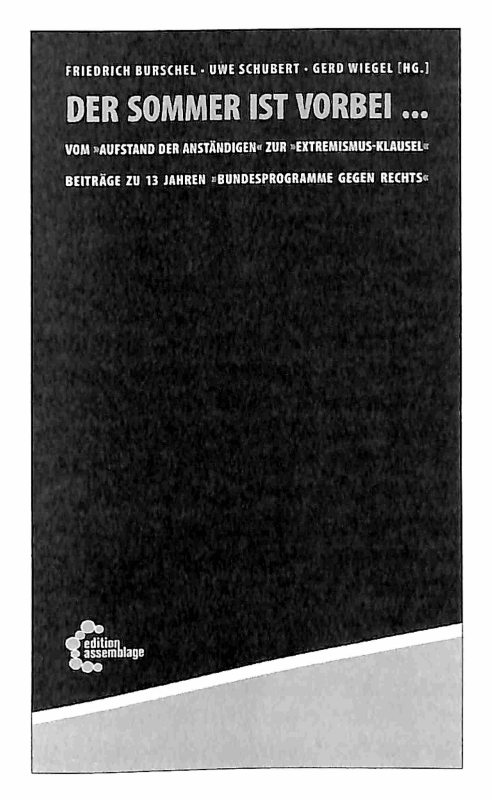
Der Band 9 der Reihe »Crashkurs Kommune« befasst sich mit Teilhabe und Diskriminierung auf kommunaler Ebene. Welche Möglichleiten gibt es auf kommunaler Ebene für Migrant_innen und Geflüchtete aktiv zu werden, wie können sie unterstützt und einbezogen werden, wie lassen sich ihre Lebensbedingungen verbessern? Obwohl die Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene eingeschränkt sind, weil viele Regelungen von Landes- und Bundesrecht den Rahmen vorgeben, zeigen Yilmaz-Günay und Klinger vielfältige Optionen auf, die Aktive in der Kommune anstoßen können. Die Stärke ist die umfassende Einführung in die Problematik, in der zunächst einmal das Feld und die Begriffe aufgezeigt werden. Der Band wird nach und nach konkreter und gibt viele Praxisbeispiele. Schade ist, dass es sich so dezidiert an Politiker_innen der DIE LINKE richtet, doch davon sollte sich niemand ausgeschlossen fühlen. ✖



✖ Koray Yılmaz-Günay & Freya-Maria Klinger: »Realität Einwanderung. Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe, gegen Diskriminierung«. Crashkurs Kommune 9, VSA-Verlag, 120 Seiten, 2014. 7,50 Euro. ISBN 978-3-89965-584-1

DER SOMMER IST VORBEI ...

ZAG



Der Sommer 2000 hatte eine Überraschung parat: Die Bundesregierung schien Nazis als Problem wahrzunehmen und legte ein neues Bundesprogramm zur Bekämpfung von Rechtsextremismus auf. Es löste das alte Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt kurz AgAG ab. Der Aufstand der Anständigen begann. Ein Fortschritt konnte man denken.

Vierzehn Jahre später nimmt der Sammelband »Der Sommer ist vorbei ...« eine Rückschau vor. Die AutorInnen und Herausgeber des Bandes haben zum großen Teil Erfahrungen in den damals entstandenen Initiativen gegen Rechts gesammelt und berichten über Erfolge und Rückschläge, Fehleinschätzungen und bewerten die aktuelle Lage. Dabei sind in der Rückschau interessante Einsichten zu gewinnen, für die Arbeit gegen Rechts im Spagat zwischen politischer und finanzieller Abhängigkeit.

Die Entwicklung dieses Programms und seine Tücken stellen Uwe Schubert, Henning Obens und Doris Lebscher in ihren Beiträgen dar. Am Anfang konnten die Projekte relativ frei agieren. Doch mehr und mehr wurden die Zügel kürzer gefasst. Die Autonomie der Projekte und Trägervereine wurde eingeschränkt, alle Veröffentlichungen, selbst wenn sie nicht zum geförderten Projekt gehörten, mussten vorgelegt werden. Der Höhepunkt war die Durchsetzung der Extremismusklausel, die symbolisch die Extremismusthese und die Gleichsetzung von links und rechts politisch adelte. Auch wenn es bitter ist, muss man nun schon von einem Erfolg sprechen, wenn diese wieder abgeschafft wird.

Wie diese Arbeit in diesem Zwiespalt gelingen kann, versuchen das Gespräch mit Binca Klose vom MBR Berlin und die Beiträge von Katrin Reimer und Heike Kleffner aufzuzeigen. Zusammenfassend könnte man vielleicht formulieren, dass es eines Standpunkts bedarf, um diese Arbeit angemessen zu machen. Nicht nur, dass Kritik an der offiziellen Politik nötig ist, sondern, dass auch die strukturellen Bedingungen des Rechtsextremismus benannt werden müssen. Es sind eben nicht nur verwirrte Jugendliche, sondern es gibt, wie sich im Falle der NSU gezeigt hat, ein politisches und staatliches Problem, den rassistischen Bias aufzulösen.

Wie diese strukturellen Probleme in die Programme und die Arbeit mit »devianten« Gruppen eingebettet sind und waren, zeigen die Texte von Fritz Burschel, Titus Simon und Norbert Madloch. Burschel zeigt, wie sich der Begriff der Zivilgesellschaft im Bundesprogramm gegen Rechtsexremismus zu einem positiven, harmonischen Selbstbild der bürgerlichen Mitte wandelt. Kein Laut des Widerspruchs ist zu vernehmen. Dies gelingt, indem die Rechten und RassistInnen aus dieser Sphäre ausgeschlossen werden. Die Vorstellung, dass Rassismus und Faschismus auch ein Problem der bürgerlichen Mitte sein könnte, wird verdrängt. Tür und Tor werden der Extremismusthese geöffnet. Das Problem sind die anderen, könnte man diese Politik zusammenfassen. Die Anschläge und Morde durch Nazis im Jahr 2000 hatten das Fass zum überlaufen gebracht. Nun konnte auch die etablierte Politik nicht mehr wegschauen, da das Ansehen der Bundesrepulik im Ausland gefährdet schien. Ein Fortschritt, konnte man denken. Jedoch einer, der immer wieder aufs Neue erkämpft werden muss. ✖

✖ Burschel, Friedrich; Schubert, Uwe; Wiegel, Gerd (Hg.): »Der Sommer ist vorbei ...« vom Aufstand der ›Anständigen‹ zur ›Extremismus‹-Klausel; »Beiträge zu 13 Jahren ›Bundesprogramme gegen Rechts‹«, Münster: Ed. Assemblage, 2013. 152 Seiten, 16,00 EUR. ISBN: 978-3-942885-61-4.

»DEUTSCHES AUSWANDERERHAUS« (DAH), BREMERHAVEN

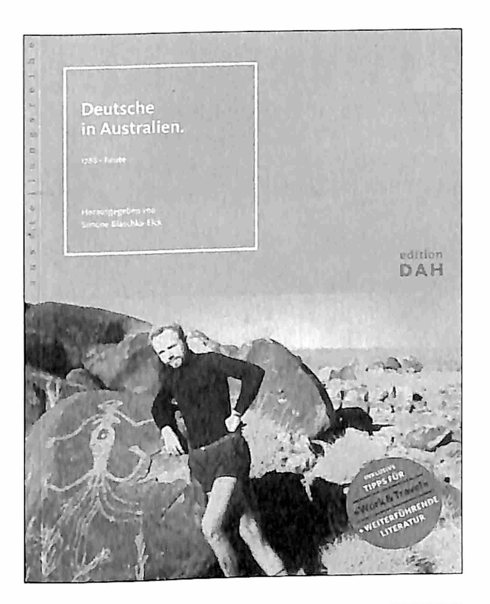
KLAUS MÜLLER

Kann das gut gehen? Ein Museum zur Auswanderungsgeschichte der Deutschen über die Jahrhunderte in »Public Private Partnership«, privat betrieben und gelobt von konservativen Medien? Eine erlebnispädagogische Ausstellung dieses Themas, die auch und besonders für Kinder und Jugendliche geeignet sein soll? Ohne das Thema bis zur Unkenntlichkeit zu verflachen und zu romantisieren?

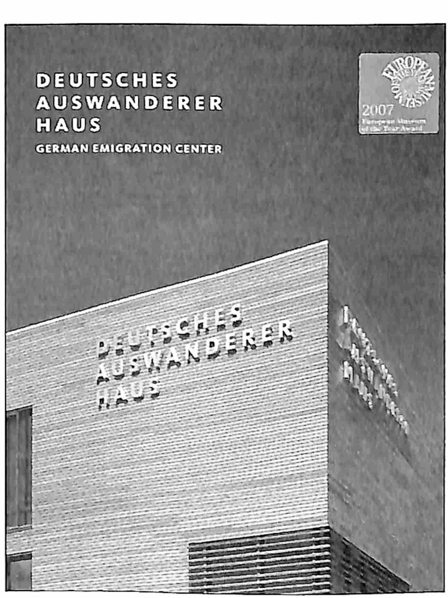
Auf nach Bremerhaven, auf zum Selbstversuch! Direkt am innerstädtischen alten Hafen hat sich nach dem wirtschaftlichen Niedergang der Stadt dank mannigfaltiger öffentlicher Subventionen eine bemerkenswerte Museumslandschaft herausgebildet: das Klimamuseum »8 Grad Ost« (eine Reise um die Welt durch alle Klimazonen und durch die [Migrations-]Folgen des Klimawandels), das »Maritime Museum« (in einem bemerkenswertem Gebäude der klassischen Moderne aus den 60ern), der dazugehörige historische Hafen mit seinen Schiffen, der Meereszoo und eben das »Deutsches Auswandererhaus Bremerhaven«. In zwei etwas ungewöhnlichen, holzverkleideten Gebäuden wird dort die vielzitierte und vielstrapazierte »Geschichte zum Anfassen« vermittelt. Im größeren Haus wird die Geschichte der Auswanderung aus Deutschland (vornehmlich in die USA), im kleineren Haus die Geschichte der Einwanderung nach Deutschland (aus aller Welt) und im separatem Saal bis Mitte des Jahres die Sonderausstellung »Deutsche in Australien, 1788 – heute« präsentiert. Das Ganze zu bemerkenswert privatwirtschaftlichen Eintrittspreisen.

Direkt nach dem Eintritt und dem Warten auf Einlass (nur schubweise werden die Türen zum ersten Raum der Ausstellung geöffnet) erwartet die Besucher*innen eine Inszenierung der historischen Situation des Auswanderns von Bremerhaven aus. Sie beginnt im 17. Jahrhundert und geht bis zum (vorläufigen?) Ende der Migrationsbewegung in den 1960ern. Der Beginn des Rundgangs ist eher auf Kinder zugeschnitten und alle durchlaufen die Erlebnisräume »Wartesaal 3. Klasse« (18. Jahrhundert), Hafenmole & Bordwand (19. Jahrhundert), im »Inneren des Überseedampfers« und schließlich das Leben an Bord der drei Schiffstypen typischer Auswandererschiffe aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert. In den folgenden Räumen kommen diejenigen, die eine Vertiefung des Themas erwartet haben, auf ihre Kosten: Hunderte von Einzelschicksalen werden anhand von Dossiers über die Migrationsgründe, die innerdeutschen Wanderungsbewegungen, die Auswanderung und die weitere Zukunft in Übersee beleuchtet, zeitlich gegliedert und geordnet nach den jeweils dominanten Gründen der Auswanderung. Über die gesamte Ausstellung verteilt sind Hörstationen, an denen einige der Texte verlesen werden – bezogen auf die jüngere Vergangenheit gibt es auch O-Töne zum jeweiligen Thema. Als nächste Stationen auf dem Rundgang kommen die Besucher*innen in einen Nachbau der Räumlichkeiten der Migrationsstation Ellis Island, in einen Teilnachbau der New Yorck Central Station sowie den Ausstellungsteil »Angekommen«, der die weiteren Lebenswege einiger Migrant*innen beleuchtet.

Das etwas kleinere Gebäude zur Einwanderung nach Deutschland ist anders konzipiert: Den Beginn der Teilausstellung markiert der Tag des »Anwerbestopps für Gastarbeiter*innen«. Die Atmosphäre der Zeit in Deutschland wird anhand einer typischen 60er Jahre Ladenpassage dargestellt: Frisiersalon, Fotogeschäft, »Tante Emma«-Laden, Kiosk und Trödelladen. In all diesen Läden tauchen an den ungewöhnlichsten Stellen kleine Schildchen mit den Namen, Migrationsdaten und Werdegang in der BRD von Migrant*innen auf, deren Arbeit und Wirken in der Gesellschaft der 60er Jahre einen erheblichen Teil zum wirtschaft-



✖ Katalog Sonderausstellung »Deutsche in Australien, 1788 – heute«, Erschienen in der Edition DAH, 1., überarbeitete Auflage 2013, 54 Seiten, durchgehend farbig, 7,90 €, ISBN 9783000445743



✖ Katalog »Deutsches Auswandererhaus Bremerhaven«, Erschienen in der Edition DAH, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage 2009, 128 Seiten, durchgehend farbig, 12,80 €, ISBN 9783000283840



✖ Susan Duxbury – »Buschleben«, Aus dem englischen »Up The Gum Tree«, 2. Auflage 2013, 330 Seiten, durchgehend s/w, ca. 10 €, ISBN 9781490541778

lichen Aufschwung beitrug. Im Untergeschoss befindet sich der Nachbau einer deutschen Ausländerbehörde und anhand der ausgestellten (»ausliegenden«) Formulare und der offenen Aktenordner können die Besucher*innen den Umgang der deutschen Behörden mit Migant*innen nacherleben. Es stellt sich allerdings die Frage, warum beide Teile dieser Ausstellung sich ausschließlich auf die 60er und frühen 70er Jahre beziehen.

Im Basement der Ausstellung befindet sich ein originaler Kinosaal der 60er Jahre, liebevoll in das Museum umgesetzt und restauriert. Hier werden Kurzfilme zu den verschiedenen in der Ausstellung genannten Themen in einer Endlosschleife gezeigt.

Der Gesamteindruck der Ausstellung ist verhalten positiv. Positiv fällt auf, dass die Kurator*innen immer wieder die historischen Erinnerungslücken und Verdrängungen der Besucher*innen beleuchten. So ist z.B. in der Sonderausstellung »Deutsche in Australien, 1788 – heute« schon im dritten Absatz des einführenden Textes zur Migration vom deutschen Chauvinismus und Rassismus die Rede, der offensichtlich auch ein »typisch deutscher Exportartikel« ist. Trotz der Fülle der ausgestellten Texte, Materialien, Erinnerungsstücke und trotz der überwältigenden Installation der Ausstellung, in der mensch den gesamten Tag verbringen kann, bleibt ein Gefühl der informativen Leere, das erst beim Lesen des ausführlicheren Ausstellungskataloges gemildert wird. Schade auch, dass der im Museumsshop verkäufliche historische Roman »Buschleben« in der Ausstellung zwar immer wieder gestreift, aber nicht näher benannt wird; erst zufällig findet sich der ergänzende Zusammenhang zur Ausstellung beim Schmökern.

Fazit: Beim ausführlichen, gegebenenfalls auch mehrmaligen Besuch der Ausstellung und beim Kauf beider Ausstellungskataloge und des biographischen Romans finden die Besucher*innen eine ausführliche, facettenreiche und zum Nachempfinden anregende Ausstellung vor, die das Thema Migration historisch beleuchtet. In der Summe ist dieser Einblick aber durch Eintritts- und Buchpreise mit erheblichen Kosten verbunden. Schmerzhaft vermisst, weil vollkommen ausgespart, wird in dieser Ausstellung der Bezug zur Gegenwart und Zukunft der Migration. Ein Bezug, der bezeichnenderweise im Museum gegenüber, dem Klimamuseum »8 Grad Ost«[1] gegeben wird. ✖

FUSSNOTE:

1 *siehe Rabe Ralf, Ausgabe August September 2014, beziehbar über die Grüne Liga Berlin, Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin.*

ANZEIGEN



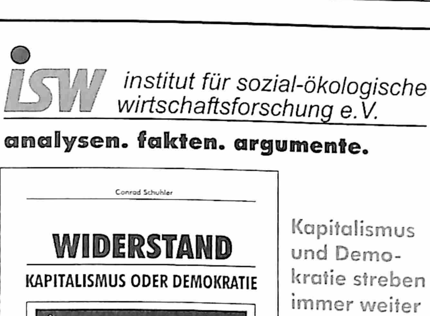
Antifaschistisches Infoblatt

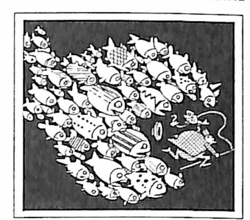
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar





Kapitalismus und Demokratie streben immer weiter auseinander.

Die Alternative: Demokratie ohne Kapitalismus

isw-report 96
April 2014
40 Seiten
3,50 EUR + V.

isw – Institut f. sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München. fon 089-130041
fax 089-168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft



„Die 'Graswurzelrevolution' lässt sich vom Siegeszug des Kapitalismus nicht beirren."
(Frankfurter Rundschau)



herrschaftskritische Einführungen Theorie Debatten

CRILL.ME critical left laboratory

Aktuell: ***Antikapitalismus und politische Praxis - Eine herrschaftskritische Perspektive***



inamo
Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten

Frühling 2014 77

Tunesien 2014

Tunesische Verfassung 2014 • Das Netzwerk Dusturna • Wirtschaft: Tunesien am Scheideweg • Staat und Gewerkschaft • Frauenbewegung im Konflikt zwischen religiöser Regierung und säkularer Opposition • Hochschulen: Der misslungene Versuch der Islamisierung • Wandlung von (Medien-)Öffentlichkeiten • Islam und Islamismus

Diskussion: Von wem stammt das Sarin? Seymour Hersh, Amy Goodman u. a. • Asad-Regime und Jihadisten • **Israel** und die arabischen Christen • **Türkei:** Korruption in der Türkei • **Wirtschaft:** Gefährliche Illusion: Armutsbekämpfung mit Mikrokrediten

inamo e.V., Postfach 310727, 10637 Berlin, ☎030/86421845, @ redaktion@inamo.de, 5,50 €





Schwerpunkt

Vergesellschaftung

- beharrlich Demokratie gestalten
- Vergesellschaftung als Perspektive für Kämpfe um Wohnraum
- Interview mit Frigga Haug
- feministische Kritik

Probelesen: WWW.CONTRASTE.ORG

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., PF 10 45 20, D - 69035 Heidelberg



Selbstverwaltete Projekte in Griechenland.

BRABBL STATT BRABBELN

Im Netz wird viel geplappert. Eine Genossenschaft will Diskussionen im Netz besser machen.

BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT

Die neue Zeitzeugen-App, bringt mit dem Smartphone die Geschichte in die Straßen Berlins.

MIGRANTEN: SOLIDARITÄT UND SELBSTORGANISATION

Alan Mitcham reiste nach Melilla und berichtet von der Situation vor Ort.

EIN SCHNUPPERABO 3 MONATE FREI HAUS GIBT ES FÜR NUR 5€!
Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!
Gegen Vorkasse:
Schein / Briefmarken / Bankeinzung.

BACKLIST

2014 **#65** Flüchtlingsbewegungen **2013** **#64** Linke Diskussionskultur **#63** Repressive Toleranz **2012** **#62** 20 Jahre neue antir. Bewegung **#61** Critical Whiteness (*) **#60** Rassismus in der Krise **2011** **#59** Antiziganismus in Europa **#58** It's All Natural **2010** **#57** Krieg! Im Westen nicht Neues? **#56** Islambilder 2 **2009** **#55** rasse·kultur·macht **#54** Osteuropas rechte Ränder **2008** **#53** Homophobie **#52** Antidiskriminierung **2007** **#51** Grenzerfahrungen **#50** Verschwörungen **2006** **#49** Nationale Befreiungsbewegungen **#48** Die Türkei in Europa **2005** **#47** Produktionen des Westens, Gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ **#46** Lechts und Rinks **2004** **#45** Migration von Frauen (*) **#44** Migrationsmanagement (*) **2003** **#43** Antiziganismus (*) **#42** 911 Turbo **2002** **#41** Monster AG **#40** Blitzkultur **2001** **#39** Antisemitismus (*) **#38** Abschiebeknäste **2000** **#36/37** Zimmer ohne Aussicht **#35** Schengenland (*) **#34** Islambilder **1999** **#33** Konzepte antirassistischer Arbeit **#32** Die Bilder-Zag **#31** Gesundheit als Privileg **#30** Das Ende der Tabus **1998** **#29** Sport und Rassismus **#28** Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte **#27** Antirassistische Jugendarbeit **#26** MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997** **#25** Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität **#24** Globale Migrationskontrolle **#23** Mobilität **#22** City 2000 **1996** **#21** Balkan, Krieg und Flucht **#20** Ökologie **#19** Einwanderungspolitik **#18** VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹ (*) **1995** **#17** Alltag-Kultur-Rassismus **#16** Europa **#15** Illegalisierung (*) **#14** Deutscher Antirassismus?, Gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994** **#13** Polizei und Justiz **#12** Rassismus und Soziale Frage **#11** Innere Sicherheit **#10** Rassismus und Bildung **1993** **#9** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (*) **#8** Ausweisung und Abschiebungen (*) **#7** Rassismus und Bildung (*) **#6** Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne (*) **1992** **#5** Roma in der BRD / Rostock (*) **#4** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda (*) **#3** Wer schweigt, stimmt zu **#2** Greift ein! – Schaut nicht weg **1991** **#1** Rassismus tötet

(* = leider vergriffen)

ISSN: 2192-6719

IMPRESSUM

Herausgeber: Antirassistische Initiative e.V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961Berlin, Fax +49 (0) 30 6913005, **E-Mail:** redaktion@zag-berlin.de, **Internet**: www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, BIC: BFSWDE33BER / IBAN: DE19100205000003039601, **Gestaltung:** :::rainGroup-Agentur.com **Druck:** FATA MORGANA, **Gewerbliche Anzeigen:** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2007, **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer. Die **ZAG im Abonnement**: www.zag-berlin.de oder ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt**. **Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.